Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 33 Jahrgang 4 Juni '87 3,00 DM

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

00.2621 001 5

Naturkosthandel in der Zerreißprobe

Red. Rhein/Main Hat der alternative Naturkosthandel eine Überlebenschance, nachdem nun auch Supermärkte und Kaufhäuser die Marktlücke 'Bio' entdeckt haben und ausbauen? Was unternimmt der alternative Handel, um nicht in die Ecke gedrückt zu werden, wie könnte ein 'ökologisches Marketingkonzept' aussehen, was können wir dabei aus dem reichen Erfahrungsschatz konventioneller Konsumgenossenschaften übernehmen, welche Rolle spielt der Selbstverwaltungsgedanke bei der Umsetzung? Fragen über Fragen, Konzepte und Antwortversuche zum Thema 'Naturkosthandel in der Zerreißprobe' im CONTRASTE - Schwerpunkt auf den Seiten 10 bis 13

„Der Kreis hat sich geschlossen. Die herrschende Subkultur hat die oppositionelle Subkulturgeschluckt und sich angeeignet: Mit diabolischem Geschick hat sie eine Mode daraus gemacht, die man vielleicht nicht gerade faschistisch im klassischen Wortsinne nennen kann, die jedoch eine 'extrem rechte' Realität verkörpert."

(aus Pasolinis 'Freibeuterschriften')

Foto: Jörg W. Witte

Voll in die Hose!

geht die Volkszählung in Kreuzberg / Berliner Mauer wurde auf 2.000 m frisch tapeziert / Abschneiden der Kennziffern am leeren Fragebogen keine Straftat / Landgericht Lübeck erklärt Beschlagnahme für rechtswidrig

Red. Heidelberg In Berlin-Kreuzberg fand die Volkszählung bisher nicht statt. Nach den Krawallen Anfang Mai waren dort 200 Zähler abgesprungen. Weitere 2.000 wehren sich in Kreuzberg noch gegen ihre Zwangsverpflichtung als Zähler. Innensenat und Statistisches Landesamt denken deshalb für diesen Bezirk über „alternative Erhebungsmöglichkeiten" nach. Am vergangenen Wochenende wurde in West-Berlin die Mauer auf zwei Kilometer mit Tausenden unausgefüllter Bögen tapeziert.

Neu ist: Erst mit der Zustellung eines „Heranziehungsbescheides" , der die förmliche Aufforderung zur Rückgabe der Fragebögen erhält, ist ein sogenannter „Stopp-Antrag" beim Verwaltungsgericht und ein Widerspruch sinnvoll. Mit der Versendung dieser Bescheide ist aber kaum vor August zu rechnen.

Die Frage, ob das Abschneiden der Kennziffern eine Straftat ist, wurde erstmals von einem Gericht verneint. Sämtliche von der Polizei in Lübeck beschlagnahmten Volkszählungsbögen und Boykott-Aufrufe mußten in der vergangenen Woche an die „Sammelstelle" im Fraktionsbüro der Grünen zurückgegeben werden.

Das Gericht hatte einer Beschwerde gegen die vom Amtsgericht Lübeck angeordnete Beschlagnahme stattgegeben.

In der Begründung des Beschlusses heißt es: „Der einzelne Fragebogen hat nur einen ganz geringen materiellen Sachwert, der Pfennigbeträge nicht übersteigt. An der Erhaltung des Substanzwertes des leeren Fragebogens besteht auch seitens des Statistischen Landesamtes kein Interesse." Darüber hinaus „wohnt dem leeren Fragebögen auch kein strafrechtlich geschützter Gebrauchswert inne", bemerkten die Lübekker Richter. Das Abschneiden der Kenn-Nummer beeinträchtige nämlich „nicht die Brauchbarkeit des Fragebogens zu seinem bestimmten Zweck (...), vom einzelnen Bürger gewisse Informationen in maschinenlesbarer Weise zu erhalten". Ohne weiteres könne das Statistische Landesamt nach Ablauf der Rückgabefrist für die Fragebögen feststellen, wer seinen Bogen abgegeben hat und wer nicht. Nur dazu diene die Kenn-Nummer.

Gegen diese Entscheidung ist keine rechtliche Beschwerde zulässig. (Az: 4Qs 143/47).

Volkszählung

Man merkts, hier ist zu lang kein Krieg gewesen. Wo soll da Moral herkommen, frag ich? Frieden, das ist nur Schlamperei, erst der Krieg schafft Ordnung. Die Menschheit schießt ins Kraut im Frieden. Mit Mensch und Vieh wird herumgesaut, als wärs gar nix. Jeder frißt, was er will, einen Ranken Käs aufs Weißbrot und dann noch eine Scheibe Speck auf den Käs. Wie viele junge Leut und gute Gäul diese Stadt da vorn hat, weiß kein Mensch, es ist niemals gezählt worden. Ich bin in Gegenden gekommen, wo kein Krieg war vielleicht siebzig Jahr, da hatten die Leut überhaupt noch keine Namen, die kannten sich selber nicht. Nur wo Krieg ist, gibts ordentliche Listen und Registraturen, kommt das Schuhzeug in Ballen und das Korn in Säck, wird Mensch und Vieh sauber gezählt und weggebracht, weil man eben weiß: Ohne Ordnung kein Krieg!

Brecht

Volkszählung

Nachschlag

„Das, was ich Ihnen hier beantworte, müssen Sie schon mir selbst überlassen."

Bundeskanzler Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß

Aus: „DER SPIEGEL" Nr. 22/87, Hausmitteilung, Betr.: Volkszählung.

„Der Zähler, der am letzten Montag bei SPIEGEL-Redakteur Hartmut Palmer in der Bonner Buschstraße klingelte, war (was er eigentlich gar nicht sein durfte?) ein alter Bekannter des zu Zählenden: Martin Bangemann. Palmer ließ den Bundeswirtschaftsminister nicht, wie es ein Nachbar tat, draußen vor der Tür, sondern befragte ihn drinnen bei einem Glas Sherry über seine demonstrative Amtshilfe für die notleidende Staatsaktion. Draußen blieben Bangemanns Leibwächter.

Am Freitag erschien er zum zweitenmal – auf der Suche nach einem früheren Mitbewohner, der inzwischen als Zeitungskorrespondent in Ostberlin arbeitet. Bangemann trug in seiner Liste ein: „Hält sich im Ausland auf." Palmers Hinweis, die DDR sei doch für die Bundesregierung kein Ausland, tat der ministerielle Volkszähler als Lappalie ab: „Das ist doch jetzt egal." ..."

CONTRASTE intern

Auf der Seite 2 jetzt regelmäßig „Wir über uns", eine aktuelle Momentaufnahme aus dem internen Redaktions- und Herstellungsgeschehen und in Fortsetzung die Vorstellung des Redaktionskreises an Hand von Kommentaren zum Zeitgeschehen. Den Anfang macht aus unserer Hamburger Redaktion Michael Wörle mit einem Kommentar zu dem Wahlausgang in der Hansestadt.

Branchentreffen

Anfang Mai trafen sich die Schreiner (im Rems-Murr-Kreis) und die Grafischen Betriebe (in Berlin). Über beide Treffen Berichte auf

Seite 6

Finanzierungsmodelle

Arbeitnehmer-Sparen für Selbstverwaltete Betriebe? Wie Mensch vermögenswirksame Leistungen im „eigenen" oder in einem fremden Betrieb anlegt und ein Bericht über die Diskussion der bayerischen Netzwerke über die Gründung einer Kapitalbeteiligungs- und Entwicklungs-GmbH, dem „Landwerk"

Seite 8

Einige Thesen zur Ökobank

oder Plädoyer für mehr Querdenker durch die politischen Lager. Ein Beitrag von Torsten Martin, dem Sprecher der Gründungsgenossenschaft.
Außerdem berichtet Antonia Simon über den Stand der Diskussion über Finanzierungssysteme auf europäischer Ebene auf

Seite 9

Wohnungspolitik

Im Nachtrag zum CONTRASTE - Schwerpunkt vom Mai stellt nun Hannelore Schneider das Modell „Nachbarschaftliche Träger" vor.

Seite 14

Vorankündigung:

Zum Verhältnis von Food-Coops und Gewerblichen. Zwei Entwicklungen auf dem Naturkostmarkt sind zur Zeit spannend: Zum einen das zunehmende Bio- und Pseudobioangebot der Supermärkte, was manchen Pionier der Naturkostladen-Szene Umsatzeinbußen fürchten läßt; zum anderen das erschwerte Leben der in den Einkaufsgemeinschaften und Food Coops zusammengeschlossenen Naturkostendverbraucher. Diese fürchten durch verschlechterte Lieferkonditionen der gewerblichen Naturköstler um ihre Existenz.
Ein Beitrag von Tom Albrecht in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE.

DER KOMMENTAR:

Von Michael Wörle, Hamburg

»Liebe 68er...«

Die Hamburger SPD auf Leihstimmenfang

Red. Hamburg. Die Hamburger Sozialdemokraten haben das Bitten gelernt, das Kommandieren der letzten Bürgerschaftswahl vor einem halben Jahr ist ihnen schlecht bekommen. Damals plakatierten sie „Wählen", „Hingehen", „Sonntag" (vergl. CONTRASTE Dez. '86). Diesmal ganz anders, kleinlauter, netter: „Liebe 68er. Wenn Ihr wieder Grün wählt, kriegt Ihr Schwarz". Oder: „Liebe 86er. Schiebt Eure Eltern zur Wahl". Oder gar: „Schönes Hamburg wähle richtig. SPD". GAL-Wähler wurden umworben: Die Hafenstraße soll an den Mäzen Jan Phillip Reemtsma verkauft werden, die Stiftung um 1 Million aufgestockt werden. Durch das neue erweiterte Wahlprogramm der SPD zieht sich die Förderung von Projekten wie ein roter Faden. Dazu kam, daß seit der Hessen-Wahl die Angst, die CDU könnte es tatsächlich zusammen mit der FDP schaffen, so manchen Linken dazu gebracht hat, vielleicht doch lieber SPD zu wählen. Die GAL sah sich deshalb in einer großen Anzeige dazu veranlaßt, alle Wankelmütigen zu warnen:

„Jede Stimme für die SPD ist zugleich eine Stimme für die Wendeparteien F.D.P. und CDU ... Nur eine starke GAL verhindert rechte Regierungen, nicht die gestärkte SPD ... Die Wahl der SPD ist kein Mittel gegen die ‚Wende'. Denn die SPD ist mit ihrer Politik selbst mitverantwortlich für die ‚Wende'." Thea Bock sprach am Wahlabend denn auch von einer „Halbwende", die nun kommen werde.

Dohnanyis Kalkül (wer hätte das gedacht) ist also aufgegangen. Die SPD hat überwiegend von der GAL Wähler abgeworben. Die GAL wird ihre Haltung zu einer Koalition mit der SPD überdenken müssen, denn sie hat die Halbwende zumindest mit ermöglicht. Auf Bezirksebene ist Rot-Grün jedoch noch nicht vom Tisch. In vier von sieben Bezirken sind rot-grüne Mehrheiten vorhanden, ansonsten jede andere denkbare Kombination (CDU/FDP, SPD/FDP, alleinige SPD-Mehrheit und Patt). Es ist bestimmt kein unwichtiges Ergebnis dieser Wahl, daß die CDU weiter die Oppositionsbank drücken muß, daß uns die volle Wende erspart bleibt.

Erstmals seit 1978 ist in Hamburg wieder eine SPD/FDP-Koalition möglich. Hamburg ist regierbar, die Hamburger Wirtschaft gibt sich erleichtert. Auch die Projekte-Szene kann erleichtert sein. Nicht gerade wegen der neuen Regierbarkeit. Hätte es jedoch Tolerierungsverhandlungen gegeben, so wäre es auch um die Forderung der GAL nach 100 Millionen für eine Projekteförderung nach Londoner Vorbild gegangen, die allerdings an dieser herausragenden Stelle des GAL-Tolerierungspaketes ohne entsprechendes Fundament stand. Die Diskussion um Lawaetz, die zunehmende Aneignung dieses Themas bei SPD und Behörden ist nicht nur ein Durchsetzungserfolg von Netzwerk. Sie beinhaltet auch Gefahren. Eine zu wenig durchdachte GAL-Forderung in Höhe von 100 Millionen ohne befriedigende Klärung von Zielgruppen und Vergabestrukturen hätte dazu führen können, vorhandene Fehlentwicklungen zu vertiefen. Eine SPD/FDP-Koalition wird Lawaetz nicht stoppen (wie den Alternativ-Topf in Hessen), aber auch nicht forcieren (wie evtl. bei rot-grüner Zusammenarbeit). Die Entwicklung wird langsamer sein, der Flurschaden kleiner.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zeitung für Selbstverwaltung

EINE DER GROSSEN ZEITUNGEN DER WELT
ONE OF THE WORLD'S GREAT NEWSPAPERS
L'UN DES GRANDS JOURNAUX DU MONDE
UNO DE LOS GRANDES DIARIOS DE LA PRENSA MUNDIAL
UNO DEI GRANDI GIORNALI DEL MONDO
EEN VAN DE GROTE KRANTEN IN DE WERELD
UM DOS MAIORES JORNAIS DO MUNDO
EN AV VÄRLDENS LEDANDE TIDNINGAR
JEDAN OD NAJVECIH LISTOVA NA SVIJETU
YKSI MAAILMAN SUURISTA LEHDISTÄ
ΜΙΑ ΕΚ ΤΩΝ ΜΕΓΑΛΩΝ ΕΦΗΜΕΡΙΔΩΝ ΤΟΥ ΚΟΣΜΟΥ
世界の大新聞の一つ
واحدة من أكبر جرائد العالم

Redaktionsnotizen

Mai 1987

Der Professionalisierung- und Zentralisierungsprozeß innerhalb von CONTRASTE schreitet weiter voran. Es gibt jetzt eine (wenn auch schlecht) bezahlte Stammbelegschaft von vier Leuten, die für Werbung, Vertrieb, Verwaltung, Endredaktion und Herstellung der Zeitung zuständig sind. Seit letztem Monat läuft auch der Vertrieb über Heidelberg, so daß ein Ende der Vertriebspannen absehbar ist.

Wir haben diesen Weg ganz bewußt und ohne innere Zerreißprobe eingeschlagen. Schließlich wollen wir den Leserinnen und Lesern ein gutes Produkt servieren, und das heißt, daß bestimmte Ansprüche an Professionalität und Zuverlässigkeit erfüllt werden müssen.

Zumindest ist es inzwischen gelungen, den Adressenwirrwarr durch eine zentrale Adresse (in Heidelberg) zu ersetzen. Im Zweifelsfall ist man/frau dort immer richtig.

Was die inhaltliche und gestalterische Seite angeht, so sind wir nach wie vor auf die Resonanz der Leser angewiesen. Wir lesen jeden Leserbrief und engagierten Leuten bieten wir die Teilnahme an unseren überregionalen Redaktionstreffen an. Darüberhinaus führen wir im Sommer erstmals ein CONTRASTE – LESERFORUM durch. Dort wollen wir mit interessierten Lesern über die Zeitung diskutieren.

Leider ist der wirtschaftliche Druck auf die Zeitung immer noch groß. Die Abonnentenzahlen steigen zwar stetig, aber nicht so schnell, daß wir bereits schwarze Zahlen schreiben könnten.

Förderer und Unterstützer werden weiter gesucht!

Was wir tun können, werden wir tun: ein deutlicheres Profil, klare Seitenaufteilung, ständige Rubriken und mehr Transparenz, d.h. mehr Infos über die „Innereien" der Zeitung.

Wer Lust und Interesse hat, kann ruhig bei uns reinschauen. Nicht nur in Heidelberg, Nürnberg oder sonstwo. Wer uns schon auf dem Gesundheitstag in Kassel gesehen hat, aber keine Gelegenheit hatte, an den Stand zu kommen, wird auf dem Kirchentag in diesem Monat es nochmal versuchen können. Oder auch auf anderen großen und kleinen Veranstaltungen der Selbstverwaltungs- oder Ökologieszene.

Michael,
für die Gesamtredaktion

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 13402

CONTRASTE wird von ca. 30 Macher/innen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt ... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammmbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit interessierten können dies im Heidelberger Büro. kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenenden Redaktionstreffen.

Eigenverlag

Die **Anzeigenpreisliste** (es gilt 2/86) ist über CONTRASTE Heidelberg erhältlich.

Regionalredaktionen:
Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. (030) 6913072

Rhein-Main
Blätterwald eG.
Petra Inden
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 78011

Bayern
Netzwerk Franken
Kurt Regenauer
Hochstr. 23 Rückgeb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 2917821

Redaktion Sozialpolitik
AG SPAK
Kistler Str. 1
8000 München 90
Tel. (089) 6917821

Redaktion Stadtökologie
Michael Makowski
Dr. Zamenhofstraat
Rotterdam, Niederlande

Kulturredaktionen
Club Voltaire
Eckard Holler
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 51524

Riedmühle e.V.
Robert F. Mayer
Guntershäuser Str.6
3501 Fuldabrück 3
Tel. (05665) 4589

Redaktion Ökobank
Dieter Reinke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/M. 90
Tel. (069) 4990447

Redaktion Grafische Betriebe
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 6116803

V.i.S.d.P.:
Dieter Poschen
über
CONTRASTE e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg

Herstellung:
Zündsatz GbR
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg

Druck:
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/M. 1

Vertrieb:
Eigenvertrieb über
Contraste e.V.
Tel. (06221) 162467

Kontoverbindung:
Nr.: 113005-756
Postgiroamt Karlsruhe
BLZ 660 100 55

DGB-Arbeitstagung vom 9. bis 13. Juni 1987

Betriebe in Belegschaftshand und Selbsthilfeökonomie

Trotz aller Schwierigkeiten etablieren sich unterschiedliche Modelle der Selbsthilfeökonomie in den Ländern Westeuropas. Die Tagung „Betriebe in Belegschaftshand und Selbsthilfeökonomie" soll mit Hilfe von Experten aus verschiedenen Ländern mit Beispielen bekannt machen und die jeweiligen Besonderheiten erläutern. Schwerpunkte sind:

- Aspekte der Zusammenarbeit mit den regionalen Gewerkschaften
- Kennenlernen diverser Formen „experimenteller Beschäftigung" vor dem Hintergrund regionaler Arbeitsmarktfragen und struktureller Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit
- Kennenlernen der Formen von Beratungstätigkeiten für Belegschaftsbetriebe und gewerkschaftliche Unterstützung
- Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit zur Finanzierung und informeller Unterstützung

Dabei wollen wir ganz besonders Projekte vorstellen, die in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften entstanden sind, z.B.:

- Konzept der lokalen Beschäftigungsinitiativen unter Beteiligung der regionalen Gewerkschaftsorganisation, TUC Wales
- regionales genossenschaftliches Selbsthilfekonzept Mondragon/Spanien
- Wiederbelebung genossenschaftlicher Beschäftigungsinitiativen SIND-COOP/LEGA in Italien
- Arbeiterselbstverwaltung als eine Form praktizierter Wirtschaftsdemokratie, als Beispiel der Österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft
- Betriebe in Belegschaftshand und Beratungsinstitutionen in der Bundesrepublik, Bottroper Beratungsbüro, Öko-Bank, etc.

Diese Tagung ist nach den Bildungsurlaubsregelungen der Bundesländer und von der Bundeszentrale für Politische Bildung anerkannt.

Anmeldungen:
Haus der Gewerkschaftsjugend
Königsteiner Str. 29
6370 Oberursel
Tel.: 06171/5 60 53 + 5 60 54
(Werner Fiedler)

Einladung

zum 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt (Messegelände)

Veranstaltungen

Ausgewählte Diskussionsveranstaltungen, Gesprächskreise und Aktionen beim 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt (Messegelände)

Donnerstag, 18.06.:
10 – 11 Uhr: Diskussionsveranstaltung ‚Langzeitarbeitslosigkeit – Begegnug mit dem Sozialstaat', mit Jürgen Egert (Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung), Otto Fichtner (Deutscher Verein) u.a.
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

14 – 15.30 Uhr: Gesprächsrunde ‚Selbstverwaltete Betriebe und Selbsthilfegruppen: Instrumente zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit?'
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

Großveranstaltung zu ‚Banken und Südafrika'

Freitag, 19.06.:
10 – 11 Uhr: Diskussionsveranstaltung ‚Zukunft der Arbeit', mit Bernd Hassert, Handwerkergenossenschaft Mannheim, Anke Brunn (SPD), einem Vorstandsmitglied der Opel AG, u.a.
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

11 – 12 Uhr: Diskussionsveranstaltung, Beschäftigungspolitik '87 – Programme gegen Massenarbeitslosigkeit', mit Gerhard Bosch (WSI), Dieter Eichel (Uni Gießen), Dietrich Oldenburg (Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen), u.a.
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

14 – 15.30 Uhr: Gesprächsrunde ‚Welche Rolle spielen Werte und Organisationsstrukturen Selbstverwalteter Betriebe für die konventionelle Wirtschaft? Wie gehen wir damit um?', mit M. Lezius (Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft), u.a., Gesprächsleitung: Burghard Flieger
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

11 – 18 Uhr: Forumsveranstaltung zum Themenbereich ‚Mikroelektronik, Arbeit, kulturelle Identität'
Ort: Jahrhunderthalle, Frankfurt-Hoechst

– Uhr: ‚Humane Technik – Ein Disput', mit Oskar Negt und Lothar Späth
Ort: ?

Bankenaktionen der Kampagne ‚Kirchentag gegen Apartheid' in der Frankfurter Innenstadt

Samstag, 19.06.:
10 – 12 Uhr: zwei Diskussionsveranstaltungen ‚Kirche und Kirchentag im Konfliktfeld Arbeit und Arbeitslosigkeit'
Ort: Markt der Arbeit, 5.1.

10.30 – 18 Uhr: Forumsveranstaltung zum Themenbereich ‚Konsum, Arbeitsplätze, Umweltschutz'
Ort: Jahrhunderthalle, Frankfurt-Hoechst

12.30 Uhr: Großdemonstration der Kampagne ‚Kirchentag gegen Apartheid'

Anmerkung: Die aufgeführten Veranstaltungen und Aktionen sind nur ein Bruchteil dessen, was geplant ist und stattfindet. Bis Redaktionsschluß war es sehr schwierig, an verbindliche Informationen zu gelangen. Kirchentagsbesucher können im Eingangsbereich Programmhefte kaufen, der allgemeine Informationsstand wird sich im Markt der Arbeit um aktuelle Tips und Informationen bemühen.

Jochen Reinalda

Red. Rhein/Main Eine Einladung zum Evangelischen Kirchentag in CONTRASTE, der Zeitung für Selbstverwaltung? – Na klar!
Wer im Laufe der vergangenen Jahre schon einmal die Gelegenheit hatte, einen Kirchentag zu besuchen, weiß, daß dies jedesmal vor allem ein riesiges Festival und eine bunte Projektmesse war, die zeigte, daß sich in der Bundesrepublik einiges bewegt.

Das wird auch dieses Mal nicht anders sein. Auf dem ‚Markt der Möglichkeiten' werden knapp 600 Gruppen ihre Ziele und ihre Arbeit vorstellen. Geplant sind ferner Aktionen und Diskussionsveranstaltungen zu Themen wie: Strafvollzug, Dritte Welt, Aids, Ökologie, Frieden, Kriegsdienstverweigerung, Selbsthilfe u.v.m. Der Kirchentag wird am Abend des 17. Juni eröffnet, die Schlußveranstaltung ist am 21. Juni vormittags. Der ‚Markt der Möglichkeiten' findet an den drei Tagen vom 18. bis 20. Juni statt und ist von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

In der Messehalle 5, 1. Stock, befinden sich die Marktbereiche 5 (ökologische Themen) und 3 (Themenbereich: Arbeit/Wirtschaft/Sozialpolitik). Gemeinsames Projekt der am Bereich 3 beteiligten Gruppen ist der ‚Markt der Arbeit' mit einem großflächigen Marktplatz (Agora). Hier wollen und sollen sehr unterschiedliche Gruppen miteinander ins Gespräch kommen, „kontroverse Standpunkte deutlich machen und miteinander im guten Sinne streiten" (aus einem Protokoll). Ein ebenso spannendes wie schwieriges Unterfangen, wenn man um die Unterschiedlichkeit und die Gegensätze der Mitwirkenden weiß.

Neben – bis auf eine Ausnahme – sämtlichen Gewerkschaften und dem DGB wird der ‚Markt der Arbeit' getragen von Arbeitgeber-nahen Organisationen, Arbeitsloseninitiativen, Selbsthilfeprojekten, Sozialpolitischen Gruppen (u.a. AG SPAK), Christen für den Sozialismus, kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen, dem Frankfurter Arbeitsamt und der Kooperation ‚Modelle entwickeln – anders wirtschaften – anders arbeiten'. Hierzu gehören: blätterwald Genossenschaft, Initiative ‚Arbeit für jeden', Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Ökobank Verein und ASH-Krebsmühle.

Im Rahmen unseres 132 qm großen Gemeinschaftsstandes stellen wir u.a. die Ausstellung ‚Gemeinsam und selbstbestimmt – auf dem Weg zu neuen Wirtschaftsformen' vor, informieren über unsere Ziele, stehen für Diskussionen zur Verfügung. Außerdem bieten wir mindestens zwei Gesprächskreise an (vgl. Kasten), der Ökobank Verein wird zur Unterstützung der Kampagne ‚Kirchentag gegen Apartheid' Ökotaler verkaufen, natürlich gibt es auch Umweltschutzpapier von der blätterwald Genossenschaft und: CONTRASTE.

Jochen Reinalda,
blätterwald Genossenschaft

Widerstandstage

Für das Leben – gegen den Dollarthafen
Am 19./20. Juni 1987 finden in Emden die Deutsch-Niederländischen Widerstandstage statt. Der Protest richtet sich gegen diverse, unter dem Namen DOLLARTHAFEN zusammengefaßte Baumaßnahmen, u.a. die Erweiterung des Hafens von Emden und die Verlegung der Emsfahrrinne.

Informationen und Anmeldung bei:
Hartmut Ukena
2970 Emden
Tel. 04921/21545

Bundestreffen der Netzwerke

Netzwerke gründen Bundesarbeitsgemeinschaft

12. bis 14. Juni in Hamburg

Vom 12. bis zum 14. Juni, am Wochenende nach Pfingsten, werden sich in Hamburg die Netzwerkvereine zu ihrem Bundestreffen versammeln – wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Bildung einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, an der mittlerweile seit über einem Jahr herumgedoktert wurde.

Die Einladung seitens der Hamburger/innen und die „vorläufigen, nichtamtlichen Endergebnisse" einer Netzwerk-Befragung flatterten allen Provinz- und Metropolennetzwerken unlängst ins Haus – eine Bundesarbeitsgemeinschaft scheint wirklich machbar.

Die vorgeschlagene Tagesordnung sieht für Freitagabend, den 12. Juni, ein allgemeines Gemauschel und Geplauschel weit angereister Netzwerker/innen in einer gemütlichen Kneipe vor, ehe am schicksalsschwangeren Samstag, dem 13. Juni um 10 Uhr der eigentliche Gründungsakt mit der offiziellen Begrüßung durch das Hamburger Netzwerk beginnt.

Dann steht ein so dichtgedrängtes Programm formaljuristischer Klimmzüge und bedeutungsschwerer Festlegungen an, daß gute Moderation Trumpf wird. Eine Stimmberechtigung der Netzwerke durch schriftliche und gültige Mandate der jeweiligen Vereine soll eingeholt werden; die Vorbereitungsgruppe will von ihrer Arbeit und der Netzwerk-Erhebung berichten; das Meinungsbild der versammelten Netzwerke kann abgegeben werden und Satzung sowie Geschäftsordnung der künftigen BAG besprochen werden – dies alles, wenn möglich, am Vormittag. Denn der Nachmittag bliebe nach diesem Konzept einer Bestimmung der BAG-Arbeit des ersten halben Jahres, der Vorstandswahl sowie der Ordnung der BAG-Finanzen vorbehalten.

Abends kann dann ja auch gesumpft werden oder den Möglichkeiten zur „kulturellen Erbauung", die die Hansestadt bietet, nachgegangen werden. Wichtig wäre ein klarer Kopf für Sonntagmorgen, den 14.6., allemal. Denn dann sollte wirklich nochmal zusammengefaßt werden: Welche BAG wurde am Vortag gegründet und welche Aktivität wird daher nach welchem Arbeitsmodell möglich?

Ort: Werkhof, Gaußstr. 17, 2000 Hamburg 50
Anmeldung: (040) 39 51 51 (wg. Schlafplätzen)

Theoriearbeitskreis

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Sommerseminar

EINLADUNG ZUM SOMMERSEMINAR 1987
in Altenmelle
vom 17. Juli bis zum 26. Juli

Das Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK findet zum 9. Mal statt. Dieses Jahr werden vom Freitag, dem 17. 7., Anreisestag, bis zum Sonntag, dem 26. 7., CONTRASTE-Leserforum sowie Putz- und Abreisetag, fünf parallel verlaufende Arbeitsgruppen angeboten:

1. **Bildungsarbeit und Selbstverwaltung**
2. **Wirtschaftstheorien des Anarchismus (Proudhon, Tucker u.a.)**
3. **Konflikte in selbstverwalteten Betrieben**
4. **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen : Ausblutung oder Tropf?**
5. **Ringveranstaltung – Grundlegende Aspekte der Selbstverwaltung**

Anmeldung: Andrea Gerth, Kronenstr. 16, 6800 Mannheim 51

Das Sommerseminar ist auf 50 Teilnehmer/innen begrenzt. Anmeldeschluß: 31. Juni 1987. Kostenbeitrag für Selbstverpflegung 111,- DM. Zur Gültigkeit der Anmeldung sind 60,- DM auf das Konto Nr. 408 2590, Stadtsparkasse Mannheim, Kontoinhaberin Andrea Gerth, zu überweisen. Kinderbetreuung ist möglich. Bitte extra und rechtzeitig angeben!! Bildungsurlaub kann für dieses Seminar beantragt werden. Geschehen muß dies 4 Wochen vor Seminarbeginn beim Arbeitgeber. Die notwendigen Unterlagen gibt es auf Anforderung bei der Anmeldung. Eigene Beiträge inhaltlicher und kultureller Art sind erwünscht und können als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung auf dem Seminar eingebracht werden!!!!

Medienpaket

Medienpaket: Alternative Ökonomie, Selbstverwaltung, Genossenschaften

Im Sommer 1988 feiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAKAÖ) sein 10-jähriges Bestehen. Auf dem geplanten „Jubiläums-Sommerseminar" wollen wir die Themen „Alternative Ökonomie", „Selbstverwaltung" und „Genossenschaften" mit ihren vielfältigen Formen auch in vielfältiger Weise darstellen und „Revue passieren lassen". Deshalb wird von uns „medienmäßig" aufbereitetes Material zu den genannten Themen gesucht: Filme, Videos, Graphiken, Karikaturen, Fotos, Dias, Overheadfolien, Tonkassetten usw. .Alles ist interessant, was alternativ-ökonomische Inhalte und dahinterstehende Ideen auch auf nicht schriftliche Weise veranschaulicht. Auch freuen wir uns, wenn sich Frauen und Männer melden, die an der Ausarbeitung und Zusammenstellung eines solchen Medienpaketes mitwirken wollen und können. Der Kontakt läuft über: Burghard Flieger, Erwinstr.29, 7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 709023

Infoschrift

Infoschrift für local development work geplant

Red. Kassel Das European Network for Information Exchange on local Employment Initiatives (elise asbl) plant in diesem Jahr, eine Dokumentation über Beschäftigungsselbsthilfeinitiativen herauszugeben. Dazu sucht es noch in der Bundesrepublik, in West-Berlin, Österreich und der Schweiz arbeitende Gruppen, die mit in die Dokumentation aufgenommen werden können. Dies können sowohl Selbsthilfeinitiativen, Forschungsinstitute, Trainingsprogramme, oder auch Beschäftigungsstudien sein.

In dem Anschreiben von elise asbl heißt es: „Elise will be setting up a European database on all organisations involved in local development work. Our first step is to gather information on development agencies and information centres. We are planning to publish our date selectively, according to the different types of organisation (information centres, financial concerns etc.), and some details may require supplementary explanations."

Es wäre für die sicherlich wichtige Arbeit von elise asbl wichtig, wenn sich die selbstverwalteten Projekte, die Beschäftigungsinitiativen gestartet haben, sich mit elise in Verbindung setzen könnten.

Hier die Adresse: elise asbl, Rue Vilain XIIII, 38-1050 Bruxelles, Belgien, Tel. 02/ 647 24 00.

Broschüre

Regionale Konversion –Westpfalz Zivil

Nähert man/frau sich der Stadt Kaiserslautern befällt einen ein bedrückendes Gefühl. Ein Gefühl, als bewege man/frau sich auf einem freundlicherweise vom Militär freigelassenen Korridor. Große Flächen, besiedelt von meist amerikanischem Militär, benutzt als Übungsplätze, Flug- und Landeplätze, bebaut mit Kasernen, Lagerhallen und Bunkern, umringen den Stadtkern von Kaiserslautern.

In der Westpfalz lebt die größte US-Gemeinde Europas; 70.000 US-Bürger, 22.000 davon Soldaten.

Doch nicht nur das äussere Bild dieser Region ist vom Militär geprägt, auch die wirtschaftlichen Strukturen sind davon beeinflußt. Mit dieser Problematik setzt sich das Projekt Regionale Konversion auseinander.

WESTPFALZ ZIVIL ist der erste Arbeitsbericht des Projekts. Geschildert wird darin die wirtschaftliche Situation der Westpfalz sowie die Situation der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften. Erste Lösungsansätze aus dem In- und Ausland in Richtung einer EIGENSTÄNDIGEN REGIONALENTWICKLUNG werden vorgestellt.

Die Broschüre ist für DM 3,50 (incl. Porto) erhältlich bei: Projekt Regionale Konversion Adolph Kolping Platz 1 6750 Kaiserslautern

Marlene Kück, Achim von Loesch (Hg.)
Finanzierungsmodelle selbstverwalteter Betriebe
1987. 280 Seiten, DM 36,–

Die meisten Alternativ-Betriebe haben Finanzsorgen: geringes Eigenkapital läßt langfristige Planungen nicht zu, die Bank gibt keinen Kredit, die Selbstorganisation krankt oft an fehlendem Management, usw.

Hier will das Buch Abhilfe schaffen. Es bietet viele, hilfreiche Informationen über:

- die wichtigsten Finanzierungsprobleme
- Möglichkeiten der Fremdfinanzierung
- die Öko-Bank als Selbsthilfeorganisation
- Lösungsstrategien

In den zahlreichen Beispielen kommen alternative Unternehmer, Banker und andere Geldgeber zu Wort.

Campus Verlag · In jedem guten Buchladen

KURZNACHRICHTEN

Prozeß:

Blitzblume Augsburg gegen Elektroinnung

Wir haben alles im Griff auf dem sinkenden Schiff!

Elektrokollektiv gewann Unterlassungsklage vor dem Oberlandesgericht München.

Wie schon in CONTRASTE 2/86 berichtet, hatte der Obermeister der Elektroinnung Augsburg in einer Fernsehsendung über das Elektrokollektiv „Blitzblume SvB" diesen Betrieb indirekt beschuldigt, gegen Sicherheitsvorschriften zu verstoßen, und dessen Kunden gewarnt.
Einen so „dicken Hund" konnte der Betrieb natürlich nicht einfach hinnehmen und klagte beim Amtsgericht Augsburg auf „Unterlassung" einer solchen Behauptung in der Öffentlichkeit.
In erster Instanz wurde die Klage der Blitzblume abgewiesen, aber vor dem OLG München klappte es dann – und die Welt ist wieder in Ordnung?!
Freilich hätte das Kollektiv das finanzielle Risiko (bis zu DM 10.000 für beide Instanzen) nicht allein tragen können. Durch eine Spendenaktion u.a. über CONTRASTE kamen insgesamt ca. 3.200,- DM zusammen.
Nun, da das Geld nicht gebraucht wird, sollen alle Spender angeschrieben werden. Sie sollen entscheiden, was weiter mit dem Geld passiert. Wir schlagen vor, damit einen Prozeßkostenfonds für Projekte und SvB des Netzwerk Augsburg zu schaffen. Der muß dann wahrscheinlich bereits für VOBO herhalten, denn in Augsburg werden sicher einige Betriebe boykottieren.

Heinz/NW-Augsburg

Informationstechnologie

Red. Heidelberg. In der Aprilausgabe von CONTRASTE erschien ein Aufruf der Arbeitsgruppe „Neue Wege in der Informatik '. Er richtete sich an Betriebe und Organisationen, die sich kritisch mit Informationstechnologie (IT) auseinandersetzen und beinhaltete die Bitte, uns Informationen über sich und ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Auf einem bundesweiten Treffen am 4. April in Bonn kam es zu einem Erfahrungsaustausch über die ersten Ergebnisse. Dort zeigte sich ein breites Spektrum von Anwendern und Produzenten der IT im alternativen Bereich. Es scheint sich dabei abzuzeichnen, daß der Bedarf von Anwendern an IT und an Beratung zum großen Teil nicht durch alternative Betriebe abgedeckt wird und umgekehrt , die aus diesem Bereich kommenden Produkte und Dienstleistungen dort nur wenig zum Einsatz kommen.

Ziel der Informationssammlung ist es, Anwender und Produzenten miteinander in Kontakt zu bringen, sowie berufliche Alternativen in diesem Bereich aufzuzeigen. Dies sollen u. a. weitere Treffen und eine zu erstellende Broschüre ermöglichen. Darüberhinaus wollen wir uns aber auch inhaltlich mit Wegen und Mitteln für eine verantwortbare Vorgehensweise bei der Erstellung und dem Einsatz von IT-Produkten befassen.

Über die Entwicklung und weitere Ergebnisse unserer Arbeit, sowie über das Treffen in Bonn wird ausführlich in der Juli/Augustausgabe von CONTRASTE berichtet. Interessenten mit Informationen bzw. Anfragen können mit uns weiterhin über folgende Adresse Kontakt aufnehmen:

Michael Möhring EWH - Koblenz
Rheinau 3 - 4
5400 Koblenz
Tel.: 0261 / 12156 (App. 292)
Andreas Flache
Thomas Biedassek

Meßstation

Das Büro Marburg des Ökobankvereins bekam jetzt endlich einen Prototypen der Radioaktivitätsmeßstation geliefert. (Firma Genitron, Heerstr. 147, 6000 Frankfurt) Der Geigerzähler ist wetterfest, zur Montage im Freien geeignet (nur 10 x 20 x 8 cm Größe). Alle 8 Min. oder alle 40 Min. (genauere Messung) wird am Innengerät (ca. 20 x 15 x 5 cm) per Leuchtschrift die hochgerechnete Jahresbelastung am Standort angegeben. In Marburg messen wir ständig Werte um 155 Milli-Rem pro Jahr (Schwankung in der BRD – 40 bis 270 Milli-Rem pro Jahr). Der bei uns vorerst bei 170 Milli-Rem festgelegte Grenzwert würde einen Warnton auslösen.

Nachmessen durch andere Stationen wäre dann der nächste Schritt. Die Förderer der Warnstation (Paten) würden dann sofort informiert, ebenso die Presse.

Gerne würden wir zu den bereits erstellten und geplanten Anlagen weitere Gruppen im Aufbau unterstützen. Unsere Anlage kostet (ohne Aufzeichnungscomputer – 1500 DM) ca. 1000 DM (Firma Genitron). Das Umweltinstitut München, Elsässerstr. 30, 8000 München 80, mißt mit zahlreichen Gruppen um Atomkraftwerke wesentlich genauer (Anlage 7500-11000 DM). Eine Schweizer Gruppe (Franz Mühlenthaler, von Gewaltfreier Aktion „Mahlerberg Stillegen", Postfach 4050, CH-3001 Bern, Tel. CH (031) 258254) hat eine Anlage für 750 S Franken (ca. 800 DM) inclusive Computer zur Aufzeichnung zusammengestellt.

Weitere Informationen:
Ökobankverein
Büro Marburg
Uferstr. 4
3550 Marburg
Tel. (06421) 63628

Was kann das werden?

Perspektiven einer Zusammenarbeit der selbstverwalteten Betriebe in Hessen.

Red. Rhein/Main Wenn die Diskussion heute an dem Punkt ‚Öffnung des Verbandes hin zum Grünen Mittelstand' steckenbleibt, dann nur deshalb, weil man diese sogenannte Öffnung schon lange vollzogen hat. Dieser Grüne Mittelstand – Kleinunternehmer, die zwar nette Gedanken haben, ansonsten allerdings eben ihr Kleinunternehmen betreiben – hat doch seit Jahren den Verband beherrscht, **nicht** die Vorstellungen der Selbstverwaltung oder gar die der Vernetzung. Vielleicht gab es ja tatsächlich mal Ideen dazu, vielleicht sogar praktische Ansätze, aber doch nie ein kontinuierliches Engagement in diese Richtung. Mit Sicherheit war es zu SPD-Regierungszeiten angesagt, Kontakte zu Ministerien und dergleichen zu knüpfen und sich anzunähern. Andererseits ist gerade durch diese Annäherung ein Schwamm von Werteverwirrung und -verirrung entstanden, der alles aufgesaugt und umgedreht hat, was dazu führte, daß inhaltliche Werte verloren gingen und z.T. vom Gegner für eigene Zwecke benutzt wurden.

Wenn man jetzt über Öffnung redet, kann man damit nur die Aufgabe auch der letzten Ideale meinen. Mehr „Öffnung" ist nicht drin, erst recht nicht nach diesem Regierungswechsel. Man wird sich wohl nicht mit der CDU anfreunden und auch nicht auf die Politik einer FDP – darauf würde eine „Verstärkte Entwicklung in Richtung Lobby" nämlich hinauslaufen – abfahren wollen.

Es geht **inzwischen** darum, dem Verband wieder einen Inhalt zu geben, damit er Durchsetzungskraft entwikkelt, weil er wieder (?) weiß, **wovon** er redet.

Dann erst ist eine Lobby-Politik möglich und sinnvoll. Erst dann wird die Lobby auch gut sein. Aus dem einfachen Grunde: Es gibt das auch tatsächlich, was da vertreten wird.

Ich habe mir einige Gedanken darüber gemacht, wie man eine inhaltliche Arbeit im Verband angehen könnte. Und von vornherein möchte ich behaupten, daß zur Verwirklichung dieses Konzeptes mehr gehört als lediglich ‚Einverstanden-sein':

Persönliches Interesse
Persönlicher Einsatz
Persönliche Verantwortung

1. Informationen müssen wieder fließen. Sie müssen allerdings zunächst einmal wieder verfügbar sein, d.h. jeder, der glaubt, dies oder jenes könnte nicht lediglich für ihn selbst interessant sein, sondern auch für andere Verbands-Mitglieder, sollte in Zukunft das Verbandsbüro verständigen.

2. Eine grundsätzliche Diskussion darüber, was Selbstverwaltung eigentlich ist, über ihren Sinn und Zweck, ist wichtig, damit sich mal wieder was bewegt – und das nicht nur nach innen, sondern auch nach außen.

3. Sachliche Arbeitsgruppen (Technik-Kurs, Buchhaltungs-Kurs, Kalkulations-Kurs, EDV-Kurs etc.) können mehrere Dinge gewährleisten:

a) Die Integration neuer Leute in ihre sachlichen Aufgabenbereiche ist nicht mehr allein Sache desjenigen, der den Bereich vorher abgedeckt hat.
b) Man lernt andere Arbeitsbereiche viel besser kennen (ein sehr schönes Beispiel: die Undurchschaubarkeit dessen, was Buchhalter manchmal so machen)
c) Der Kontakt zwischen den einzelnen Betrieben bleibt durch die Regelmäßigkeit der AG's bestehen.
d) Diese AG's wären eine gute Möglichkeit, den Austausch von Mitarbeitern zwischen den Betrieben vorzubereiten.

Geleitet werden sollen diese AG's auch möglichst nicht von irgendwelchen Außenstehenden, sondern von einzelnen, besonders stark motivierten Mitgiedern des Verbandes.

4. Aber es sollen ja nicht nur AG's, die mit der alltäglichen Arbeit zu tun haben, stattfinden. Zumindest einige von uns wollten ja ursprünglich auch mal sowas wie Politik machen, was gerade jetzt nach der Hessenwahl auch wieder in den Vordergrund tritt: Öffentlichkeitsarbeit, die Darstellung des Zusammenhangs zwischen Selbstverwalteten Betrieben nach aussen und die Arbeit daran, daß es diesen Zusammenhang tatsächlich gibt.

5. Was sicherlich ein sehr schwieriges, doch wichtiges Thema ist, ist die Integration von Ausländern in Selbstverwalteten Betrieben. Es könnten Sprachkurse eingerichtet werden, wo Menschen durch den persönlichen Kontakt miteinander nicht nur eine Sprache, sondern auch sich zurechtfinden lernen. Nicht nur in einem anderen Land, sondern auch in einer anderen politischen Szene mit anderen Ansprüchen.

6. Und letztendlich – eigentlich einer der wichtigsten Punkte – können vielleicht auch mal (wieder?) interne Probleme offen diskutiert – vielleicht sogar durch den Einfluß „objektiver" Personen gelöst werden. Da die Probleme, die nicht sachlicher Natur sind (dafür ja die AG's), sich von Betrieb zu Betrieb sehr ähneln (Generations Konflikt, Strukturprobleme, Integration neuer Leute, wie weit kann/muß man Kompromisse mit der Außenwelt schließen, um nur einige Beispiele zu nennen), bietet es sich auch hier an, nach gemeinsamen Lösungswegen zu suchen, Erfahrungen auszutauschen und letztlich auch zu lernen.

Petra Inden

Brot und Spiele

Red. Rhein Main Der Stichtag ist vorbei, ja. Wer erwartet hat, er könne jetzt endlich aufatmen bis zum „nächsten Mal" – es gibt nämlich inzwischen den Richtlinienentwurf einer Kommission der Europäischen Gemeinschaft für eine Volkszählung in sämtlichen EG-Mitgliedsstaaten für 1991 – hat den politischen Wert der Verweigerung der Auskunftserteilung immer noch nicht begriffen.

Geplant war diese europaweite Volkszählung schon für 1981, sie scheiterte jedoch. Die Einschätzung der Verfasser des Entwurfs: „Es erwies sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Niederlanden als unmöglich, die allgemeine Volkszählung durchzuführen." Weiterhin heißt es da, „daß den Staaten, die **nicht in der Lage sind, eine herkömmliche Volkszählung durchzuführen**, die Möglichkeit geboten wird, das Programmaterial aus anderen Quellen – insbesondere Stichprobenerhebungen und Bevölkerungsregistern – abzuleiten."

Staaten, „die nicht in der Lage sind", machen nicht unbedingt einen vertrauenswürdigen, zuverlässigen Eindruck...

Man muß sie ja auch mal verstehen, diese Regierungsleute. Vertreten sie doch nach außen hin des öfteren Dinge, wo man hinterher feststellen muß, daß die eigene Bevölkerung – inzwischen ja auch das eigene Parlament – nicht immer und nicht ohne Widerspruch mitzieht. Wie steht man denn da, wenn man an bestimmten Stellen nicht auch mal bereit und in der Lage ist, hart durchzugreifen. Frei nach dem Motto „Wir haben die Sache im Griff".

Vor diesem Hintergrund wird vielleicht einsichtig, warum so hart vorgegangen wird mit Aufrufern zum Boykott, die für unseren Kanzler eine „zutiefst faschistische Gesinnung" an den Tagen legen, während seine ‚Schergen' mal hier durchsuchen, mal dort beschlagnahmen, Strafanzeigen verteilen und mit Zwangsgeldern drohen. Die Regierung eines Volkes mit immer noch großen Identitätsschwierigkeiten legt inzwischen mehr Wert auf die **Loyalität** zu anderen Staaten (in diesem Falle die EG) als auf die Entwicklung eines eigenen politischen Profils. Ein Stück schlechtes Gewissen aufgrund einer nicht verarbeiteten Geschichte? Die Volkszählung '87 wird – koste es, was es wolle – durchgezogen und, selbst wenn sie keine Ergebnisse bringt, als Erfolg verkauft werden. Von daher ist es gut und verständlich, wenn die Grünen alternative Sammelstellen einrichten, um den Gegenbeweis zu starten, um zu zeigen, wie groß eigentlich die Distanz zwischen den Abgeordneten eines Volkes und dem Volk selbst inzwischen ist. Geht es denn wirklich noch um die Daten oder gar um eine Verbesserung der Lebenssituation des einzelnen durch das Auswerten dieser Daten? Wo doch die Auswerter nicht einmal in der Lage sind, einen offenen Aufruf zum Boykott, Streiks, Demonstrationen etc. als ernsthafte Kritik zu akzeptieren, geschweige denn die Angst vor Datenmißbrauch, die durchaus gerechtfertigt ist, wie es das Beispiel eines Hamelner Ehepaares zeigt, das einen schon ausgefüllten Bogen einer anderen Person unter seinen Zählunterlagen fand. Dazu der Leiter der Zählstelle: „Menschliches Versagen."

Tja, auch das muß man verstehen. Selbst wenn dann irgendwann diese oder jene Daten doch mal miteinander verknüpft werden – denn nichts ist in der momentanen politischen Situation so breit gesät wie „menschliches Versagen" und „Black-out's" – wenn dann hier ein Ausländer abgeschoben wird, dort jemand sein Wohngeld nicht mehr bekommt oder sich aufgrund der Volkszählungsergebnisse dieses oder jenes Gesetz ändern wird, wird es sehr schwer werden, dagegen etwas zu unternehmen oder gar zu beweisen, daß all die Kleinigkeiten, die da geschehen, gar etwas mit der Volkszählung zu tun hätten. Mit der Volkszählung, die da war ein Parlamentsbeschluß, die Mehrheit hat gesprochen! Das Wort Mehrheit heißt und hieß doch eigentlich immer nur, daß eine Mehrheit den gleichen Zwängen unterlegen war und eigentlich immer nur eine Minderheit den Mut und die Bereitschaft aufgebracht hat, sich über diese Zwänge und Zwangsmaßnahmen der Mehrheit hinwegzusetzen und tatsächlich freiheitlich zu entscheiden. Keine Loyalität dem Staat gegenüber um jeden Preis, keine Angst vor eigener Benachteiligung oder irgendwelchen Folgen. Vielleicht gibt es da doch noch Menschen, die die Geschichte begriffen, verarbeitet und daraus gelernt haben.

In Kassel haben sich 60 Betriebe entschlossen, eine Klageschrift zu verfassen (siehe nebenstehende Presseerklärung).

Desgleichen haben zwei Hamburger Rechtsanwältinnen, die 1983 mit ihrer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht die Volkszählung schon einmal verhindert haben, erneut Klage eingereicht. Die Ablehnung dieser Klage – beruhend auf formalen Gründen, weil erst der Verwaltungsakt, die Zustellung des Fragebogens, abgewartet werden müsse, um dagegen zu klagen – hat die Hoffnung geweckt, daß ein „Stop-Antrag" (aufschiebende Wirkung), Aussichten auf Erfolg hat. Denn in dem Beschluß der Richter heißt es unter anderem, es sei „gegenwärtig nicht zu befürchten", daß das Gericht im Hinblick auf die einwöchige Abgabefrist für die Formulare „vorläufigen Rechtsschutz nicht in ausreichender Weise gewähren könnte".

Sechs Vorstandsmitglieder der „Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger" erklären, daß sie ihre „konkrete Zählung boykottieren werden." Die Grünen, die Jusos inzwischen, mehrere Betriebe in Berlin und Göttingen ebenso. Es ist, wie es immer war und wohl immer sein wird: Nicht aus einer Angst heraus wird der Mensch entscheidungs- und handlungsfähig, sondern aus einer empfundenen Verantwortung. Es tut sich was in Deutschland, wovor die Regierung scheinbar so etwas wie Angst entwikkelt, sonst hätte sie es nicht immer und immer wieder nötig, in dieser Form zu reagieren. Wovor diese Angst? Doch nicht etwa vor dem mündigen Bürger? Eines darf uns nicht wieder passieren: Es darf nicht wieder pariert werden, nur weil die Obrigkeit eine Paranoia entwickelt, und mit Zwang versucht, etwas in den Griff zu kriegen, was ihr hoffentlich auf diese Art und Weise nie wieder gelingen wird.

Petra

Presseerklärung

Kasseler Betriebe und Vereine zur Volks- und Arbeitsstättenzählung

Am 23.3.87 und 6.4.87 fand in der ehemaligen Ingenieur-Schule in Kassel eine Informationsveranstaltung zur Volks- und Arbeitsstättenzählung mit Vertretern etwa 60 Kasseler Betriebe statt. Während der Diskussionen sprachen sich über 40 Betriebe aus den unten angeführten Gründen gegen die Volks- bzw. Arbeitsstättenzählung aus und werden die geforderten Auskünfte verweigern.

- Die letzte Volkszählung 1970 war kein Instrument, um gesellschaftlich relevante Probleme zu lösen. (z.B. Arbeitslosigkeit, Umweltprobleme). Sie hat im Gegenteil die Basisdaten geliefert, um eine Zentralisierung, z.B. in der Energie- und Rüstungsproduktion, voranzutreiben.
- Durch die Volkszählung 1939 verschafften sich die Nazis einen Überblick über das für den Krieg rekrutierfähige Arbeitskräftepotential (auch Zwangsarbeiter) und erreichten gleichzeitig eine Sonderregistrierung der Juden.
- Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Volkszählungs-Urteil 1983 ausgeführt, daß Datenerhebungen, bei denen die tatsächliche Anonymität nicht gewährleistet ist, verfassungswidrig sind.
  Bei der Arbeitsstätten-Zählung 1987 ist die Wahrung der Anonymität letztendlich gar nicht vorgesehen (§ 14,5). Außerdem ist die Reidentifizierung der Person anhand weniger Merkmale sowieso möglich.
  Weiterhin werden zur Bearbeitung der Daten Personalcomputer eingesetzt, was im krassen Widerspruch zu dem Versprechen steht, die Namen der Auskunftspflichtigen nicht auf elektronischen Datenträgern zu speichern. Damit ist die Grundlage für den Datenmißbrauch geschaffen.
- Der Staat koordiniert nicht mehr das Wollen und Handeln seiner Bürger, sondern der Einzelne wird verfügbar für vorgegebene Planungsstrukturen, in die er sich einfügen muß. Dies stellt eine Umkehrung demokratischer Prinzipien dar.
  Die detaillierte Erhebung stellt die Basisdaten für staatliche Pläne und Projekte zur Verfügung, die heute in entscheidenden Punkten von den Interessen durchsetzungsfähiger Großunternehmen bestimmt werden. Arbeitsbereiche von kleinen Betrieben können leichter identifiziert werden. Kapitalstärkere Unternehmen verdrängen finanzschwächere oder zwingen sie durch eine bestimmte Subventionspolitik in andere Strukturen hinein. Zentralisierung, Rationalisierung und noch mehr Pleiten kleiner Betriebe sind die Folge.

Wir wenden uns nicht gegen die Volkszählung, weil wir etwas zu verbergen haben, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß jeder denkbare technische Fehler auch in der Praxis eintritt, daß jede gebaute Waffe auch gebraucht wird und daß jedes geschaffene machtpolitische Instrument auch mißbraucht wird.

Kontakt: Umweltzentrum Kassel

Betriebsstättenzählung:

Boykott – Initiativen

1000 Berlin
VOBO-Büro
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Infotelefon-Dienst jeden Di
von 11 bis 13 Uhr unter Tel.
(030) 694 15 16

2000 Hamburg
Treffen der Hamburger Initiative „Betriebe gegen Arbeitsstättenzählung" regelmäßig 14tägig. **Nächster Termine: 10.4. und 24.4.1987, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Seminarraum, Nernstweg 32-34, Hamburg.**

2800 Bremen
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1
Termine erfragen unter Tel.
(0421) 70 45 81

3500 Kassel
Umweltzentrum
Elfbuchenstr. 18
3500 Kassel
Tel. (0561) 77 53 07
Mo - Fr, 16 bis 18 Uhr)

4400 Münster
AG Arbeitsstättenzählung
c/o Netzwerk Münsterland
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
Tel. (0251) 51 19 29

4600 Dortmund
Netzwerk Ruhrgebiet Ost
Ölpfad 27, 4600 Dortmund

4630 Bochum
VOBO-Initiative
Thea-Lotzi-Schule
Pestalozzi-Straße
4630 Bochum
Tel. (0234) 1 75 90
regelmäßig 14tägig

5300 Bonn
Gegen den Überwachungsstaat, Koordinationsbüro,
5300 Bonn
Tel. (0228) 22 28 26
(Rundbrief zur Volkszählung)

6000 Frankfurt/Main
Verband Selbstverwalteter Betriebe in Hessen
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (069) 738 18 74

Petra Inden
c/o CONTRASTE
Redaktion Rhein/Main
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Bunte Hilfe
c/o Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (069) 28 39 48

6500 Mainz
AStA Johannes Gutenberg Universität
Postfach 39 80
6500 Mainz

6900 Heidelberg
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

7000 Stuttgart
Komet GmbH
Olgastr. 46-48
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 38 76
oder 6 62 82

Windhueter Kollektiv
Heinkelstr. 27
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 6 10 76

7500 Karlsruhe
AK „Betriebe"
c/o Südstadtforum e.V.
Augartenstr. 75
7500 Karlsruhe 1

Anzeige

AUCH WENN UNS MANCHE NICHT GRÜN SIND
SIND WIR FÜR VIELE DIE EINZIGE
ALTERNATIVE

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

650 Unterschrift: .....

Anzeige

BRANCHENTREFFEN

Anfang Mai:

Treffen der selbstverwalteten Schreinereien

Red. Heidelberg. „Bei uns in Berlin sind Kollektive fast out – Geldverdienen und Individualismus sind angesagt", sagte uns ein befreundeter Schreiner aus dem „Kerngehäuse" vier Wochen vor unserem Treffen bei einem Besuch.

Quatsch, dachten wir – Gerade ist in Berlin die Ausstellung des AKST gewesen (Arbeitskreis Selbstverwalteter Tischlereien), die Initiativen gegen die Betriebsstättenzählung nehmen zu und verschiedene andere langfristig angelegte Vorhaben sind am Laufen – was haben Kollektive mit Trends und Mode zu tun? Ich sehe keinen Anlaß oder Anreiz, mich auf Individualismus zurückzuziehen! Oder sollte sich die aktu-Politik, vielleicht klammheimlich sogar unsere Gesellschaft, so grundlegend verändert haben, und wir habens vor lauter Arbeiten nicht gemerkt?

Die anfängliche Skepsis und Betroffenheit über diese Äusserung gingen sehr schnell wieder im Alltag und der Vorbereitung des Treffens unter, bis die ersten Anmeldungen eingehen sollten ... eine, zwei, fünf, sieben, .., naja, wie immer, die Kollektive kriegens mal wieder nicht auf die Reihe. Zwei Tage vorher: 15 Anmeldungen – Zweckoptimismus ist angesagt. Schnell noch ein paar Rundrufe: „Ja, gerade dieses Wochenende ist schlecht", „ das nächste Mal wieder", „soviel los gerade", „lohnt sichs zu kommen?",...

Freitagabend, 1. Mai:
Es gibt so viele schöne Feste zum 1. Mai, nur keinen Frust aufkommen lassen! Langsam aber sicher sind doch noch 20 Menschen zusammengekommen – viele neue Gesichter, einige altbekannte. Wo sind die ganzen bekannten Betriebe aus der Region, aus Baden-Württemberg und dem Norden? Gehts denen so gut, daß sie keine Gemeinsamkeiten mehr brauchen oder so schlecht, daß sie sich mehr leisten zu können glauben?

Nichtsdestotrotz:
Designgruppe: Dauerbrenner als Zeichen der Zeit; Selbstverwaltung und Gewerkschaft; Fürs Fachliche und die Unverdrossenen: Kalkulationsgruppe und abends Filme zur Landwirtschaft und zum Holzabbau im tropischen Regenwald; Tropenholzboykott?

Es gab viel Spaß, der Frust hat uns nicht aufgefressen und ein paar Ergebnisse sind auch herausgekommen:

Die Designgruppe wird sich, nachdem sie dieses Wochenende lang und meditativ Steine geklopft hat, im Spätsommer zu einer Woche Freihandzeichnen treffen. Kontakt: Gerd, „DER TISCHLER UND DIE TISCHLERIN".

Kalkulation wird mit weiteren und genaueren Daten fortgeführt. Ziel könnte ein Betriebsvergleich sein, sofern die Zahl der aktiv teilnehmenden Betriebe dies lohnenswert macht. Kontakt: Andreas, BIIRABOOM, Tel. 07151/45525.

Selbstverständnis unter uns und mit anderen Gruppen soll als AG weiterbestehen bleiben und das nächste Mal evtl. mit einem Referenten der GHK diskutiert werden. Kontakt: Michael, HOLZCOOP Aachen, Tel. 0241/504938.

Ob es nun die computergeschriebene Einladung war, der späte Einladungstermin oder einer der vielen anderen Gründe, die die Bequemlichkeit und/oder Resignation uns manchmal anbieten – das Kollektivtreffen sollte daran nicht scheitern!

Damit ihr euch langfristig darauf einstellen könnt, gibt es auch schon einen neuen Termin:

Das erste oder zweite Novemberwochenende im Ruhrgebiet! Kontakt ist Michael, Bochum, Tel. 0234/771215 oder Thomas, Freiburg, Tel. 0761/54531.

Ob und welche Kollektive dem Genossen Trend zum Opfer gefallen sind, können wir dann ja mal wieder diskutieren, vorausgesetzt, ihr seid bis dahin nicht vollends dem YUPPI-tum verfallen...

Andreas Küstermann
BIIRABOOM
HOLZWERKSTATT IN SELBSTVERWALTUNG

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

»Frühlingstage« in Berlin

Branchentreffen selbstverwalteter Grafischer Betriebe

Erstmals seit April 85 trafen sich am 1.Mai in Berlin wieder Mitarbeiter aus 33 selbstverwalteten Grafischen Betrieben West-Berlins, der Bundesrepublik und der Schweiz.

Auf der Tagesordnung standen Fragen des Arbeits- und Umweltschutzes, der betriebswirtschaftlichen Kontrolle, der technischen Entwicklung im Bereich der Druckformherstellung, der Einsatz von PC für die Kalkulation und Abrechnung und das Projekt der „MusterMappe" sowie Informationen über die FOGRA (Deutsche Forschungsgesellschaft für Druck- und Reproduktionsmittel).

Daneben spielten die vielen Gespräche in kleiner Runde eine sehr wesentliche Rolle – für manche Teilnehmer die wichtigste. Es bestand eine befruchtende Wechselwirkung zwischen den Themen der Arbeitsgruppen und diesen Gesprächen.

Über den Verlauf der einzelnen AGs gibt es Berichte oder Protokolle, die angefordert werden können.

Ergebnisse für die Zukunft
Bei einer Schlußrunde am Sonntag, dem 3.5. wurde dann deutlich: Trotz vielfältiger Kritik am Verlauf waren alle Teilnehmer so angetan von dem Zusammentreffen, daß sie an einer Fortsetzung durch organisierten Erfahrungsaustausch und Weiterbildung interessiert sind. Dies soll in der Zukunft durch Wochenendseminare, Tagungen und Informationsmaterial gewährleistet werden.

Professionalisierung
Es war allen Teilnehmern klar, daß die Vorbereitung vonTagungen und Seminaren sowie die Organisation von Infos von niemandem als Nebentätigkeit ausgeübt werden kann. Das bedeutet, daß wir für eine Professionalisierung finanzielle Mittel aufbringen müssen. Bis auf einen Teilnehmer, der vorschlug, ausschließlich mit projektbezogenen Zahlungen zu arbeiten, wollten sich alle in ihren Betrieben für eine regelmäßige finanzielle Unterstützung einer solchen Arbeit einsetzen – was auf eine Mischfinanzierung durch projektbezogene und regelmäßige Zahlungen hinausläuft.

Als organisatorischen Rahmen haben wir dafür die Gründung eines Vereins vorgeschlagen. Dieser Verein soll keinen Verbandscharakter haben, auch keinen Vertretungsanspruch, sondern die Zielrichtung liegt auf Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung.

Vorerst können wir mit ca. 30 - 40 von ca. 100 selbstverwalteten grafischen Betrieben als Träger rechnen. Auch den übrigen Betrieben sollen die Ergebnisse der Arbeit sowie Tagungen und Seminaren offen stehen.

Ich werde ein Statut und einen Arbeitsplan entwerfen, die bei einem Treffen im Juni zur Diskussion stehen werden. Wir werden dann dort entscheiden, ob wir bei dieser Gelegenheit den Verein gründen. Für dieses Treffen haben Kollegen von Oktoberdruck Berlin, Windhueter-Kollektiv Schorndorf, Hinterhof-Druckerei Hamburg, Montania Dortmund, Grafische Werkstatt Kassel, Druck und Grafik Giessen die Mitarbeit zugesagt. Auf Anfrage werde ich den Statutenentwurf zusenden.

Weitere Veranstaltungen:
Aufgrund des Verlaufs der Tagung und der Schlußrunde schlage ich für die nächsten 12 Monate folgendes vor:

1. Eine allgemeine Tagung mit Themenvielfalt findet erst Anfang nächsten Jahres wieder statt.
2. Zu verschiedenen Themen bzw. Aufgaben machen wir überregionale Treffen bzw. Seminare, für die wir uns in Tagungshäusern treffen.
   - Vereinsstatut / evtl. Gründung am 20./21. Juni in Kassel. Evtl. parallel dazu: „Mustermappe".
   - Betriebswirtschaftliche Kontrolle und Lohnsysteme. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Methoden und Betriebszielen kapitalistischer und selbstverwalteter Betriebe. (Voraussichtlich vom 7. bis 9. August oder vom 14. bis 16. August)
   - Erste inhaltliche Vorbereitung für die Herbsttagung (s.u.) über Entwicklung im Bereich der Druckformherstellung (voraussichtlich im Juli)
   - Computer-Grundkurs für Textverarbeitung und Vorlagenherstellung
   - Soziale Beziehungen im Kollektiv: Warum sind meine Kollegen so nervig?
3. Im Herbst veranstalten wir in Berlin, Bonn oder Frankfurt eine Tagung zur Entwicklung im Bereich von Satz und Druckformherstellung. Diese Tagung soll sehr gründlich vorbereitet werden – z.B. auch durch ein Seminar für Computergrundwissen für Tagungsteilnehmer.
4. Als Info gibt es Artikel in CONTRASTE, nach Bedarf Rundbriefe und, sobald fertiggestellt, die Broschüre mit den Betriebsbeschreibungen aufgrund der noch laufenden Umfrage.

Wie weit die finanziellen Mittel reichen werden, wird sich in den nächsten Monaten ebenso ergeben, wie die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Weiterbildung, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit. Auf jeden Fall ist abzusehen, daß künftig neben den selbstverwalteten Fahrradläden, den Schreinern, Tagungshaus-Kollektiven und den Garten/Landschaftsbau-Betrieben auch die Grafischen Betriebe ihre Isolierung überwinden werden.

Protokolle und Berichte über die Frühlingstage (bei Bestellung bitte 10 DM in Briefmarken beilegen) und Unterlagen zur „MusterMappe" können angefordert werden bei:
Constantin Bartning,
Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36,
Tel.: 030-611 68 03.

MusterMappe

Die Mustermappe entsteht

Red. Berlin. **1.Mai 87 – Berlin Kreuzberg. Noch vor der Randale, die diesen Stadtteil erneut in die Schlagzeilen bringt, treffen sich hier 15 Teilnehmer/innen der „Frühlingstage" in der Arbeitsgruppe „Mustermappe". Im Gegensatz zu zweifelnden Stimmen in den Pausengesprächen herrscht hier die einhellige Meinung: Gute Idee! Brauchbar für den Alltag und unbedingt zu realisieren! Für dieses Anschauungs- und Nachschlagewerk der Kundenberatung werden sodann folgende Themenpakete festgelegt:**

- Gestaltungsmerkmale
- Layout
- Manuskripte
- Satz und Alternativen zum Satz
- Papierwahl
- Farbwahl
- Repro
- Offsetdruck
- Siebdruck
- Weiterverarbeitung
- Oberflächenveredelung
- Verpackung
- Adressierung
- Verkehrswerbung

Das Ding heißt Mustermappe, weil hier jede Information zum Herstellungsprozeß von Druckbarem musterhaft demonstriert wird. Wissenswertes über den asymmetrischen Satz auf Mittelachse taucht dort als ebensolcher auf, eine grünstichige Seite veranschaulicht das Problem, Gelb auf Blau zu drucken, usw.

Wer macht die Mustermappe?

Das Grafische Gewerbe in Selbstverwaltung! Das Projekt ist ein Versuch, in Kooperation ein für alle nützliches „Handwerkszeug" zu erstellen und damit gleichzeitig für den einzelnen Betrieb, der sie verkauft und verteilt, sowie für die ganze Branche zu werben.

Genutzt werden soll die als Heftsammlung in einem Ringbuchordner konzipierte Mustermappe dann nicht nur von den selbstverwalteten Druckereien, sondern auch von denen, die sich haupt- oder nebenberuflich mit Problemen der Ideenumsetzung und Herstellung beschäftigen (Grafiker/innen, Werbeagenturen, Verlage, etc.).

Um dieses Projekt der Zusammenarbeit zu realisieren, erklären sich aus der Arbeitsgruppe sechs Leute bereit mitzuarbeiten. Auf dem Plenum kommen drei weitere hinzu. Zur Abdeckung aller Bereiche ist das jedoch nicht genug. Weitere Interessent/inn/en werden deshalb nicht abgewiesen! Wer sich zutraut, an der Erarbeitung der Themenpakete sowie der technischen Umsetzung mitzuwirken, sollte sich bis zum 15. Juni 87 melden, denn das nächste bundesweite Treffen der Arbeitsgruppe „Mustermappe" ist für den 20./21. Juni in Kassel geplant.

Das Konzept wird auf Wunsch zugeschickt. Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen von:
Petra Krück und Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/6116803.

Der 1. Mai in Kreuzberg war der Anfang – heraus zur Mustermappe!

Petra Krück
Hartwig Hansen

Nachlese zum Fernsehbeitrag „Scholle, Schamhaar, Schützengraben" vom 17. Mai 1987/Gedanken zur Nazi-„Kunst"

Kunst? Un-Kunst? Anti-Kunst?

Gedanken zur Nazi-„Kunst"

Red. Heidelberg Was ist das: „Nazi-Kunst"? Kaum jemand findet sie gut, jedenfalls keiner der führenden bundesdeutschen Museumsdirektoren – nur einer getraut sich, sie „mittelmäßig" zu finden. Über eines sind sich alle einig: Propaganda ist es. „Kunst" unterm Nazi-Regime war ein Mittel der Vertuschung: die Realität, brutal, gewalttätig, schmerzhaft und ungerecht, Krieg eben und Staatsterror, die Realität wurde von der „Kunst" verschleiert, ins Gegenteil verkehrt und verherrlicht: aus Brutalität wurde Stärke, aus Gewalttätigkeit wurde Gewaltiges, aus Schmerz Sinnlichkeit und aus Ungerechtigkeit das „natürliche" Vorrecht der „arischen Rasse".

Kunst unterm Nazi-Regime, die nicht staatstragend war, die die Realität zu zeigen versuchte, wurde verboten, verfolgt, die Künstler mit Arbeitsverbot belegt und gejagt. Das, was sich „Nazi-Kunst" nennt, stand also eindeutig im Dienste der Herrschaft, einer bestimmten Herrschaft. Das wirft ein schlechtes Licht auf die amerikanischen Behörden (US-Verteidigungsministerium), die ihre Flure mit erbeuteten Nazi-„Kunstwerken" schmückten. Doch jetzt ist sie wieder hier, in Deutschland, wo sie herkam, die „Nazi-Kunst".

Und nun? Keine/r will sich die Finger daran verbrennen, scheint es. Sie soll nicht gezeigt werden, fordern die einen – mit gutem Grund:
Es sei keine wirkliche Kunst, da Kunst immer kritisch ist, Veränderung intendiert und deshalb per se nicht staatstragend sein kann. Es handele sich also gar nicht um Kunst, sondern um bloße nationalsozialistische Propaganda

und:

Diese „Kunst" diente einer bestimmten Politik. Deshalb ist sie überhaupt erst entstanden (oft genug als Auftragswerk des Nazi-Regimes). Das wofür diese „Nazi-Kunst" wirbt, ist heute politisch nicht mehr hoffähig. Wenn sie ausgestellt wird, dient sie dazu, im ästhetischen Bereich das zu genießen, was politisch und vernünftig nicht mehr akzeptabel ist: das Gesellschafts- und Menschenbild des Nationalsozialismus.

Der Gedankengang ist einsichtig. es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die ästhetische Rehabilitation nationalsozialistischer Lügenwerke Wegbereiter oder zumindest Helfershelfer sein könnte für eine Rehabilitation nationalsozialistischen Gedankenguts überhaupt. Sicher ist: an solchen Ausstellungen laben sich in allererster Linie Alt- und Neonazis.

Doch was tun mit dem Ruf nach der/dem „mündigen Bürger/in", der/dem die Möglichkeit nicht vorenthalten werden darf, sich mit der deutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen – auch in der Kunst.

Die Hoffnung eines hamburgischen Museumsdirektors, Nazi-„Kunst" werde sich, wenn sie erst ausgestellt ist, als höchst mittelmäßig entlarven und das Interesse daran bald verloren gehen, ist seicht. Daß das Interesse an derartiger „Kunst" groß ist, zeigt schon der florierende Privat-Markt für solche „Kunst".

Ebenso seicht und noch geradezu fadenscheinig ist der Ruf nach der/dem „mündigen Bürger/in", wenn er aus dem Munde solch suspekter Gestalten kommt wie dem Fabrikanten und Kunstmäzen Ludwig (Museum Ludwig, Köln), der sich selbst von einem bekannten Nazi-Bildhauer portraitieren ließ und großes Interesse an den vermeintlichen Kunstwerken zeigt. Ludwig vergleicht denn auch den Aufruf linker Künstlerinnen und Künstler, Nazi-„Kunst" nicht durch eine öffentliche Ausstellung zum gesellschaftlichen Ereignis zu erheben, mit der Kunstpolitik Görings:
Göring habe die damals sogenannte „entartete Kunst" wenigstens noch gezeigt, wenn auch „unter negativen Vorzeichen". Diese Aufrufer/innen aber wollten die „Kunst" des Nationalsozialismus gar vollends unter Verschluß halten und der Öffentlichkeit überhaupt nicht zugänglich machen. (zur Erläuterung: die „entartete Kunst" wurde im Nazi-Deutschland lediglich in Propagandafilmen gezeigt. In solchen Filmen wurden z.B. auch Juden gezeigt, unter „negativen Vorzeichen", indem sie nämlich mit Ratten verglichen wurden. Ebenso wie diese Propaganda-Filme zur Wegbereitung des massenhaften Judenmordes gemacht wurden, galten sie auch der Vernichtung der kritischen Kunst.)

Und dennoch ist etwas dran: so wenig ich mir vom Staat vorschreiben lassen will, was ich lesen darf, ob „BILD" oder „radikal", so wenig will ich mir vom Staat vorschreiben lassen, was anzusehen erlaubt ist. Deshalb erscheint mir der folgende Vorschlag als der gangbarste Weg:
Jede Kunst ist nur im Zusammenhang zu verstehen mit der Zeit, in der sie entstand. So auch die Nazi-„Kunst". Sie in diesen Zusammenhang wieder hineinzustellen, sie zu konfrontieren mit den Bildern der damaligen Realität: zerfetzten Leibern, zerstörten Häusern, hungernden Menschen, verlassenen Kindern ..., das hieße auch, sie zu entlarven als das, was sie ist: propagandistische Lüge zur Unterstützung eines terroristischen Regimes.

So könnte auch diese „Kunst" der notwendigen Auseinandersetzung, der Erkenntnis der faschistischen Vergangenheit und ihrer Herrschaftsmechanismen dienen. Daraus wäre noch einiges zu lernen.

Zu fragen bleibt: warum wird es nicht getan? Warum äußert sich keine offizielle Stelle zu diesem fragwürdigen Kultur„gut", das sich nun wieder in deutschem Besitz befindet? Sind es Berührungsängste? Berührungsängste der bundesrepublikanischen Regierung, die sich bemüht, „aus dem Schatten der Geschichte herauszutreten" (Kohl)?

Das zu glauben fällt schwer bei Politikern, die ungeniert nationalsozialistische Verhältnisse zitieren, um heutige zu verdeutlichen (Kohls Goebbels-Vergleiche), bei Politikern, deren undifferenziertes Geschichtsbewußtsein die faschistische Vergangenheit völlig verkennt, ja: auf den Kopf stellt (wenn Kohl z.B. Widerstand gegen den Staat – anläßlich des Volkszählungsboykotts – als „zutiefst faschistische Gesinnung" diffamiert, obwohl es doch gerade die (Staats-) Hörigkeit war, die den Faschismus möglich machte). Und auch Strauß' Vergleiche von politischen Gegner/inne/n mit „Ratten und Schmeißfliegen" (an dieser Stelle sei nochmals an oben zitierte Propagandafilme erinnert) ist nicht vergessen.

Mein Appell wäre: Stellt die Kunst aus, konfrontiert mit der faschistischen Realität, nicht in normalen Museen, was auch eine Akzeptanz dieser „Kunst" bedeuten würde, sondern in geeigneten Räumen: Bunkern, ehemaligen Konzentrationslagern etc..

Stellt sie aus, aber jetzt; bevor die Zeit wieder reif ist.

Manfred Dannhäusser

Leben und Arbeit mit geistig behinderten Menschen

Tagungsbericht

Vom 27.-29. März 1987 fand das zweite Treffen des bundesweiten „AK Leben und Arbeit mit geistig behinderten Menschen" in Fronhausen (bei Marburg) statt.

Der AK hat sich zum Ziel gesetzt:

1. Den Austausch zwischen arbeitenden Projekten zu fördern. Durch diese Vernetzung soll der politische Einfluß alternativer Projekte in der Arbeit mit geistig behinderten Menschen verstärkt und neuen Initiativen ein Forum geboten werden, auf dem sie Anregungen, Tips und Unterstützung bekommen können.
2. Die inhaltliche Diskussion um mögliche Alternativen zu den derzeit herrschenden Wohn- und Arbeitsbedingungen geistig behinderter Menschen, ihre Ziele und Ausgestaltungen, zu führen.

Auf seinem zweiten Treffen ging es dem AK in erster Linie um Finanzierungsfragen: Vertreter/innen der Projekte „Die Kate" (Bonn), „terra est vita" (Belau/Lüchow-Dannenberg) und „Lebensgemeinschaft im Dhrontal" (Hunsrück) erläuterten ihre Finanzierungs- und Organisationsmodelle; ein Vertreter der „Grünen" im Landschaftsverband Rheinland stellte dessen aktuelle Politik als Kostenträger dar. In der Diskussion befaßte sich das Plenum hauptsächlich mit den besonderen Schwierigkeiten des Personenkreises der „schwer geistig behinderten" und „verhaltensauffälligen", langzeithospitalisierten Menschen.
Als zweiter Schwerpunkt kristallisierte sich die Frage heraus: Kann ich mir ein Zusammenleben mit geistig behinderten Menschen vorstellen? Prinzipiell wurde diese Frage von vielen Teilnehmer/inne/n bejaht, allerdings abhängig gemacht von verschiedenen Faktoren, insbesondere von den konkreten Personen (Sympathie/Zusammenpassen), der Schwere der Behinderung und den Rahmenbedingungen (z.B. ausreichende Personalausstattung, um Rückzugsmöglichkeiten für behinderte und nichtbehinderte Bewohner/innen zu schaffen).

Das nächste Treffen des „AK Leben und Arbeit mit geistig behinderten Menschen" findet vom 6.-8. November in Bonn statt. Der thematische Schwerpunkt dieses Treffens wird noch bekanntgegeben. Alle schon arbeitenden und noch nicht gestarteten Projekte sowie interessierte Einzelpersonen sind herzlich eingeladen.

Nähere Informationen gibt es bei:
Kirsten Alers und
Manfred Dannhäuser
Südstraße 46
5650 Solingen-Ohligs
Tel.: 0212/74380

Jugendzentrum plattgewalzt

Richter hält den Abriß für rechtwidrig und wirft der Stadt Neckargemünd den Verstoß gegen Art. 19 Absatz 4 des Grundgesetzes vor

Red. Heidelberg Unter Polizeischutz ließ am frühen Morgen des 8. Mai 1987 der Bürgermeister der Stadt Neckargemünd, Oskar Schuster, das selbstverwaltete Jugend-, Kultur- & Kommunikationszentrum abreissen. Als die Abrißarbeiten kurz nach zehn Uhr durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe gestoppt wurden, war von dem Bau nicht mehr viel übrig geblieben.

Um das Jugendzentrum hatte es in den fünfzehn Jahren seiner Existenz (In diesem Jahr hätte man/frau das 15jährige Jubiläum feiern wollen) immer wieder Auseinandersetzungen gegeben. Sie spitzten sich in letzter Zeit zu, als sich die Einrichtung, die mit städtischen Zuschüssen nie besonders gesegnet war, immer mehr zu einem alternativen Kulturzentrum entwickelte. Am 9. April beschloß daher der Gemeinderat mit Mehrheit von CDU und Freier Wählervereinigung, den Vertrag mit dem Verein Jugendzentrum zu kündigen. Daraufhin ging es Schlag auf Schlag. Bürgermeister Schuster kündigte dem Jugendzentrum und setzte eine Räumungsfrist bis zum 30. April. Die Anzeichen für eine bevorstehende Räumung mehrten sich.

Der Verein Jugendzentrum beantragte beim Verwaltungsgericht in Karlsruhe eine einstweilige Anordnung, um den sofortigen Vollzug der Kündigung der Räume zu verhindern. Die zuständige Kammer lehnte den Erlaß dieser Anordnung am Vorabend des 8. Mai ab. Doch nicht etwa, weil sie die Räumung für gerechtfertigt hielt, vielmehr gingen die Richter offenbar davon aus, daß die Gefahr einer solchen Räumung gar nicht drohen könne und daher kein Anlaß für einen vorläufigen Rechtsschutz bestehe. Die Gemeinde, so erklärte das Gericht den Antragstellern, dürfe als Vertragspartner, die ein Nutzungsverhältnis kündige, „grundsätzlich nicht die Räumung durch einen Verwaltungsakt anordnen, sondern muß sich einen Vollstreckungstitel verschaffen, indem sie auf Räumung klagt".

Doch der Neckargemünder Bürgermeister klagte nicht, sondern erließ in aller Frühe die Räumungsverfügung, die er für sofort vollziehbar erklärte und die – ehe die Betroffenen von der Entscheidung informiert wurden – unter dem Schutz der Polizei sofort in die Tat umgesetzt wurde.

Als unglaublich wertete der Heidelberger Rechtsanwalt Zimmermann dieses Vorgehen. Der Bürgermeister habe den Betroffenen mit voller Absicht den möglichen Rechtschutz abgeschnitten, weil er wußte, daß sie eine gute Rechtsposition gehabt hätten. Dies sei „mehr als ein Rechtsbruch". Zwar stoppte das Verwaltungsgericht gegen 10.15 Uhr, wiederum in einem Eilverfahren, die Bagger vorläufig, doch da war nicht mehr viel zu retten.
„Aus der Entscheidung können Sie ersehen, daß ich die Räumung für rechtswidrig halte", erklärte der Richter, der den Baustopp verfügt hatte. Und zum Rechtsschutz führte das Gericht aus:
„Im übrigen dürfte das Vorgehen der Antragsgegnerin (Stadt) gegen Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz verstoßen haben. Dieses Verfahrensrecht garantiert nicht nur das formelle Recht und die theoretische Möglichkeit, die Gerichte anzurufen, sondern auch die Effektivität des Rechtsschutzes; der Bürger hat einen substantiellen Anspruch auf eine tatsächlich wirksame gerichtliche Kontrolle. Nach dem Inhalt des verfassungsrechtlichen Gebots muß er die Möglichkeit haben, eine Entscheidung eines Richters über die Frage herbeizuführen, ob die Behörde rechtmäßig handelt, wenn sie den sofortigen Vollzug eines belastenden Verwaltungsaktes anordnet. An dieser Möglichkeit hat es – wie sich erwiesen hat – vorliegend gefehlt, weil die Antragsgegnerin bereits mit der Vollziehung begann, als dem Antragsteller die Verfügung über seine Prozeßbevollmächtigten zur Kenntnis gelangen konnte."

Rechtsanwalt Zimmermann kündigte Schadenersatzansprüche und eine Klage auf Ersatz der Räume an. Außerdem wolle man eine Beschwerde gegen Bürgermeister Schuster bei der Rechtsaufsichtsbehörde einlegen.

-dp-

WAS BEKOMMT MAN SCHON FÜR

zum Beispiel ein Quartals-Abo PFLASTERSTRAND zum Kennenlernen

☐ Ja, ich möchte ein PflasterStrand Probe-Abo (6 Ausgaben) und habe 20 DM in bar oder als Scheck beigelegt

Name, Vorname
Datum
Straße/Hausnummer
Unterschrift
Postleitzahl/Ort

Bitte einsenden an:
PLASTERSTRAND GmbH
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90

Wichtige Garantie: Ich kann diese Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.
Zur Wahrung dieser Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

Datum/Unterschrift

Eigene Geldkreisläufe?

Red. Nürnberg. **Wie Mensch vermögenswirksame Leistungen im Selbstverwalteten Betrieb (SvB) anlegt.**

Seit Januar 1986 besteht die Möglichkeit, vermögenswirksame Leistungen (936-Mark-Gesetz) nicht nur, wie bisher, bei Banken oder Bausparkassen, sondern auch in einem Wirtschaftsunternehmen anzulegen. Dies gilt für den „eigenen" wie für einen fremden Betrieb.

Was sich die Gemüseregierung zur Stützung des Kapitalismus und als Motivationsknüller für die Arbeitnehmer ausgedacht hat, kommt bei diesen allerdings nicht sonderlich an, und auch die Unternehmer ziehen nicht so doll mit, da sich die politisch-soziale Haltung nicht mit einem Gesetz ändern läßt.

Was in das traditionelle Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Denken nicht reinpaßt – für die Selbstverwalteten Betriebe sollte es ein „gefundenes Fressen" sein. Denn einmal könnten sie die Kapitaleinlagen dadurch gleichmäßig auf die Mitarbeiter verteilen, zum anderen noch einen staatlichen Zuschuß (Sparzulage und anderes) bekommen. Auch die angestrebten „eigenen Geldkreisläufe" könnte man/frau ein wenig in Bewegung bringen. Das angebotene Instrument ließe sich recht wirksam zur Stützung des Selbstverwaltungsgedankens nutzen, wenn wir uns nicht von den Motiven des Gesetzgebers benebeln lassen.

Jedoch kommt diese Kapitalbeteiligungsmöglichkeit auch bei den SvB nicht an. Sei es, weil wir darin einen Kapitalistentrick sehen und dieses Instrument nicht mit eigenen Motiven füllen können, sei es wegen mangelnder Information oder weil viele Betriebe es scheuen, sich auf einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren festzulegen, das „geliehene" Sparguthaben ordnungsgemäß zu verwalten und nach Ablauf des Vertrages auch bereitzustellen.

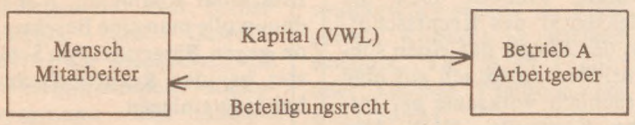
Beim letzten Punkt – der langfristigen Bindung – könnte eine Kapitalanlagengesellschaft (KAG) Abhilfe schaffen. Über den Aufbau solcher Finanzierungsunternehmen wird derzeit u.a. bei den Netzwerken diskutiert.

Sie wären darauf ausgerichtet, der Emma-Normalverbraucherin eine Möglichkeit zu geben, sich über die KAG an einem SvB zu beteiligen. Das würde in der Regel in Form einer „stillen Beteiligung" geschehen, also zwar mit Informationsrecht, aber ohne Mitspracherecht aufgrund der Einlage.

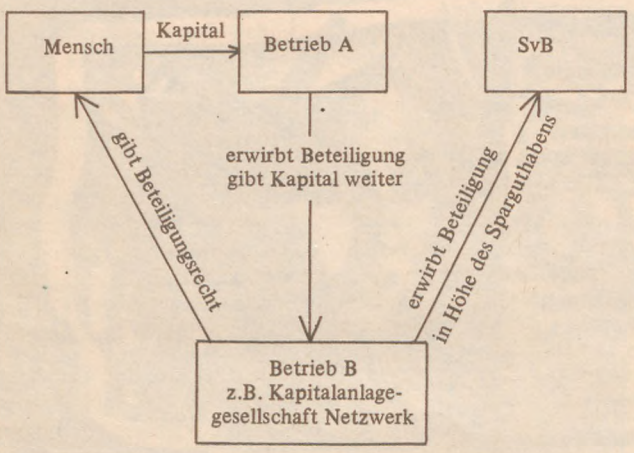
Und hier paßt dann auch ein vermögenswirksamer Sparvertrag rein. Denn die KAG ist unabhängig vom Bestand des einzelnen Betriebes und kann einer Verpflichtung über sieben Jahre hinweg leichter nachkommen. Außerdem könnten Netzwerke und SvB besser dafür werben, daß auch Arbeitnehmer aus herkömmlichen Betrieben ihre vermögenswirksamen Spargroschen über eine KAG in der Selbstverwaltungsbewegung anlegen.

Um zunächst dem Informationsmangel abzuhelfen, hier eine Erläuterung des Prinzips:

1. Mitarbeiter beteiligt sich am „eigenen" Betrieb



2. Mitarbeiter beteiligt sich über seinen Arbeitgeberbetrieb A an Betrieb B



Begriffserklärung

SvB	Arbeitgeber des Sparers
Sparer	Arbeitnehmer im SvB
Sparbetrieb	der Betrieb, der die Spareinlagen annimmt u. verwaltet
betriebl. Sparkonto	Konto innerhalb der Buchführung des Sparbetriebes
Spareinlage	monatl. Sparbetrag (vermögenswirksame Leistung)
Sparguthaben	Summe des auf dem betr. Sparkonto angesparten Geldes (Spareinlage + Sparzulage + evtl. Zinsen)
Sparzulage	wird vom Staat gewährt und auf das betr. Sparkonto gezahlt
Sparvertrag	abgeschlossen zwischen Sparer u. Sparbetrieb

WANN zahlt der Staat die Sparzulage?

Der **Sparbetrieb garantiert** gegenüber dem **Finanzamt**, das Sparguthaben nach den gesetzlichen Bestimmungen anzulegen und erst zum Ablauf des Vertrages bereitzustellen. Meldepflicht besteht allerdings nur, wenn der Sparvertrag vorzeitig gekündigt wird. Das Finanzamt zahlt die **Sparzulage** monatlich auf das betriebliche Sparkonto, in der Regel durch Abzug bei der Lohnsteuererklärung. Die Höhe der Sparprämie ist von der Höhe der Spareinlage abhängig.

WAS ist formell zu tun?

Arbeitnehmer (Sparer) und Sparbetrieb schließen einen Vertrag über die Beteiligung am Betrieb oder an einer KAG.

Beispiel 1
Sparen im „eigenen Betrieb"
Es erfolgt keine tatsächliche Zahlung der Spareinlage, sondern eine Umbuchung innerhalb der Buchführung vom Konto „Personalaufwand" zum betrieblichen Sparkonto „Einlage Peter Musterfrau".

Beispiel 2
Sparen in einem anderen Betrieb
Der Arbeitgeberbetrieb des Sparers, Betrieb A, beteiligt sich an einem anderen Wirtschaftsunternehmen (Betrieb B), z.B. der „Kapitalanlagegesellschaft Netzwerk mbH", in Form einer stillen Beteiligung und überläßt dem Sparer alle Rechte daraus. D.h., er erwirbt die Beteiligung quasi im Namen des Sparers.

Rechenbeispiel f. e. möglichen Vertragstyp (Maximalrechnung)

Kosten des Mitarbeiters:	
Lohnsteuer aus DM 936,00	./. 205,92 DM
Sozialversicherung 18% aus DM 936,00	./. 168,48 DM
Sparzulage 23% aus DM 936,00	+ 215,28 DM
	./. 260,00 DM
Kosten des Betriebs:	
Erhöhung der Betriebsausgaben um Soz.-Vers.	+ 168,48 DM
Arbeitslohn	+ 1.236,00 DM
Gewinnanteil (max 25% d. Gesamteinlage)	max. + 400,00 DM
dadurch	
ESt.-Ermäßigung 15% aus DM 936,–	./. 140,40 DM
(wenn die Leistung *zusätzl.* zum Lohn erfolgt)	
ESt.-Minderung durch Betriebsausgaben	ca. ./. 450,00 DM
GSt.-Minderung durch Lohn	ca. ./. 350,00 DM

Zusammengefaßt:

für Mitarbeiter	Lohnminderung	ca. 260,00 DM
	Sparguthaben max. + evtl. Gewinnanteil	ca. 1.200,00 DM
für Betrieb	Kapitalerhöhung	ca. 1.200,00 DM
	Abgabenminderung	ca. 800,00 DM
für Arbeitgeber (privat)	Eink.-St.-Minderung	ca. 140,00 DM

Vorteile dieser Sparform
Für den Sparer: Er kann eine Rücklage im Rahmen des eigenen Betriebes bilden und bekommt 'ne stattliche Zulage vom Staat.
Für den Betrieb: Er kann über die wachsende Höhe der stillen Beteiligung das Betriebsvermögen auf die Schultern aller Betriebsmitglieder verteilen. Erfolgt die Beteiligung über eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft, kann das ein Schritt zur Kapitalneutralisierung sein. Die Anlage des Sparguthabens als stille Beteiligung mit Verlustbeteiligung gilt außerdem als wirtschaftlich haftendes Eigenkapital und erhöht so die Kreditwürdigkeit des SvB. Durch eine Kapitalerhöhung um DM 1.600,00 wird eine Kreditaufnahme von ca. DM 1.000,00 möglich, bei einer gleichzeitigen Abgabenminderung von bis zu DM 800,00 – oh wundersame Geldvermehrung!
Für den Staat: Er hat endlich mal was Gescheites gefördert! (auch wenn er das nicht unbedingt beabsichtigt hatte)

Nachteil dieser Sparform
Ein Nachteil ist der zweifellos entstehende Verwaltungsaufwand, der jedoch nur zu Beginn schwer fällt und dann sechs Jahre lang Routine ist.

Die ersten Verträge sollten mit einem Berater oder mit den Ämtern abgesprochen werden!

Als Nachteil wird oft empfunden, daß sich der SvB und der Mitarbeiter lange (?) Zeit vertraglich binden und sorgfältig mit der Einlage umgegangen werden muß, um sie bei Fälligkeit auch „flüssig" zu haben. Außerdem darf man/frau die Spareinlagen auch nie mit seinen Erlösen verwechseln. Ich sage das deshalb, weil wir „einfachen Menschen" allzu gerne auf den Kontostand gucken und uns dann einbilden, wir wüßten schon, wie unser Betrieb gerade dasteht.

Heinz Jung/Harald Wutte, NW Augsburg

Landwerk für Bayern in Planung

Red. Nürnberg Die bayerischen Netzwerke erwägen die Gründung einer Kapitalbeteiligungs- und Entwicklungs-GmbH.
Ein LANDWERK zu gründen, um Entscheidungsstrukturen zu schaffen, wo in der Region, aber auch wie Förderung laufen kann, ist in Bayern mit seinen großen Weiten und sozialen Diskrepanzen zwischen „Nord" und „Süd" sicher keine einfache Angelegenheit. Die bayerischen Netzwerke trafen sich denn auch schon allein in diesem Jahr bereits zum dritten Mal, um landespolitische Forderungen zu koordinieren. Dabei interessiert nicht nur die Staatsknete des Landeshaushalts, etwa der bestehenden Fonds zur Regionalentwicklung, sondern genauso die Öffentlichkeitswirksamkeit einer Staatskneteforderung, die das LANDWERK mit geeigneten Finanzierungspartnern ins Gespräch bringen kann.

Die Logik, „gar nicht mehr auf Staatsförderung zu warten", sondern bestehende Finanzquellen des Selbstverwaltungsbereichs auszubauen und zu koordinieren, neue zu erschließen, und daher bereits jetzt einen gemeinsamen Vorstoß zu wagen, beherrschte die Diskussion der Netzwerke Bayerns Mitte Mai in Rosenheim. In der lauschig-plauschigen Atmosphäre des Biergartens der „Vetternwirtschaft" war der Vernetzungswille unbegrenzt. Die Vorstellung einer landesweiten Finanzierungsgesellschaft und hierfür zu interessierender Gesprächspartner gewann Gestalt: Ausgestattet mit den Gremien des Kruse-Modells, soll zur Finanzierung in Fonds zur Eigenkapitalbildung von selbstverwalteten Betrieben, zur Bezuschussung struktureller und emanzipativer Vorhaben von allen Projekten im ökologischen und sozialen Bereich sowie zur Bildung eines landesweiten Haftungsfonds geworben werden.

Ein sachverständiger Beirat als Nahtstelle der Förderentscheidungen soll einen Dialog der Finanzierungspartner mit den beantragenden Projekten ermöglichen. Die Satzung des LANDWERKs soll vorsehen, daß seine Gesellschafterversammlung bei einer Bestellung des Beirats mindestens zur Hälfte Projektvertreter/innen berücksichtigt. Angestrebt sind daher auch von Anfang an LANDWERK-Filialen in München und Nürnberg, weil dort am ehesten Entscheidungstrukturen zwischen Projekten bestehen und weitere Projektenetze aus den Nord- und Südprovinzen des Freistaats kürzere Wege haben, um ihre Vernetzung im Beirat durch kompetente Diskussion an der Basis zu bestimmen.

Das LANDWERK bliebe allen Finanzierungsbemühungen gegenüber offen, die diese Spielregeln und einen Kriterienkatalog, den der Beirat entwickelt, akzeptieren. Es richtet sich daher nicht nur an Öko-Banker, die ihrer mittlerweile hessischen Bankgründung bayerische Geschäftspartner wünschen, oder an das Münchner Kreditnetz für Frieden und Ökologie, das sobald als möglich in weitere Planungen miteinbezogen werden soll. ALLEN juristischen Personen, vom Öko-Fonds der Grünen bis zu Verbänden, Gewerkschaften oder Kirchen bliebe nach diesen Modalitäten eine Teilhabe und Mitwirkung offen. Aber auch Privatpersonen wären als stille Teilhaber erwünscht – ob ihre Einlage dann aber nach Modellen des Vermögensbildungsgesetzes begünstigt werden sollen oder Abschreibungen ermögliche sollen, wäre sicher ein nicht unbeträchtlicher Unterschied.

Der Vorstoß der bayerischen Netzwerke wird zunächst einmal für Gesprächsstoff in den einzelnen Netzwerken sorgen. Denn für Ende Juni sind bereits Termine mit Experten der bayerischen Landtagsfraktionen anvisiert, auf denen mögliche Anträge an den bayerischen Nachtragshaushalt besprochen werden.

Kurt Regenauer

Einige Thesen zur Ökobank

oder Plädoyer für mehr Querdenker durch die politischen Lager

Torsten Martin, Sprecher der Gründungsgenossenschaft, hat ein Thesenpapier erstellt, das den Rahmen des politischen Standorts und die Arbeitsinhalte einer zukünftigen Ökobank näher zu definieren versucht.

1. Die Ökobank hat eine linke Tradition, gleichwohl ist sie keine linke Bank. Ihre Wurzeln gehen zurück auf die linke Bewegung der 60iger Jahre. Die Idee einer alternativen Bank konnte jedoch erst Mitte der 80iger Jahre umgesetzt werden, als immer mehr Menschen quer durch die Gesellschaft und die politischen Lager aufgrund eigener Betroffenheit die Ökobank-Idee unterstützten.

2. Dabei entspringt die Motivation zur Unterstützung der Ökobank den unterschiedlichsten elementaren Bedürfnissen. So wollen immer mehr Menschen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die hohe Arbeitslosigkeit, den beständigen Ausbau von Massenvernichtungstechnologien, die Ausbeutung der Dritten Welt, die zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte, den Ausbau des polizeilichen Sicherheitsapparates sowie die Diskriminierung der Frauen nicht weiter kritiklos hinnehmen.

3. Mithin ist die Ökobank das Ergebnis eines Denkens, das sich dem althergebrachten Rechts-Links-Klischee nicht mehr eindeutig zuordnen läßt. Hätte sich die Ökobank auf ein derartiges Klischee festlegen lassen, so hätte sie sich zwangsläufig die Sachdiskussion erschwert und wäre womöglich kulturell bedingten Identifikations- und Ablehnungsmustern zum Opfer gefallen. In dieser parteipolitischen Offenheit – dem Querdenken – liegt die Akzeptanz und Chance der Ökobank.

4. Somit ist die Ökobank weder „Die Bank der Grünen", noch „Die Bank der SPD". Sie ist vielmehr ein finanzpolitisches Instrument verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die unter anderem aus dem Bereich der Grünen als auch der SPD kommen.

5. Die starke Unterstützung der verschiedenen Protestbewegungen zeigt auch die Defizite der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Viele Menschen sehen für sie wichtige Themen nur ungenügend in den Parlamenten behandelt. Sie begnügen sich nicht mehr mit ihrem alle vier Jahre abzugebenden Kreuz, sondern engagieren sich verstärkt in den unterschiedlichsten außerparlamentarischen Bewegungen. Gerade dort finden daher die interessantesten „Koalitionen" statt.

6. Nur vor diesem Hintergrund konnte das Ökobank - Projekt seit der Gründung des Ökobankvereins im März 1984 bis zur Stellung des Zulassungsantrages im Juni 1987 – immerhin ein Zeitraum von 3 1/4 Jahren – permanente Unterstützung erfahren. Nur so konnte das gesetzlich zur Bankgründung notwendige Kapital von 6 Mio. DM aus vielen Kleinbeträgen zusammengetragen werden. Selbst nach Erreichen dieser magischen Gesetzesmarke gehen ständig weitere Unterstützungszahlen ein, so daß sich per 1.5.1987 knapp 7,1 Mio. DM auf dem Treuhandkonto befanden.

7. Es muß zu einem wesentlichen Bestandteil der Ökobank-Geschäftspolitik werden, mit allen an diesem Projekt interessierten Menschen dialogfähig zu bleiben, um die Bank auch weiterhin jeder klischeehaften Festlegung zu entziehen.

8. Die Kreditvergabepolitik ist von tiefgreifender struktureller Auswirkung auf die Volkswirtschaft. Sie entscheidet, was finanziert wird und was nicht und bestimmt damit, in welchen gesellschaftlichen Bereichen investiert wird.

9. Es ist im Moment nicht davon auszugehen, aufgrund der vielfältigen Verbindungen der Banken mit den kritisierten gesellschaftlichen Bereichen, daß sich die Änderungen in der gesellschaftlichen Wertorientierung in der Geschäftspolitik der Banken niederschlagen werden.

10. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Ökobank mit den Erwartungen ihrer Kunden und Kundinnen konfrontiert, sich ändernde Wertvorstellungen verstärkt in der Geschäftspolitik zu berücksichtigen. Man erwartet von der Ökobank, daß sie Alternativen zum traditionellen Leistungsprogramm anbietet. Sie wird sich verstärkt bemühen, Mittelherkunft und Mittelverwendung für die Einleger und Einlegerinnen transparenter zu machen. Im Rahmen dieser „alternativen Geldpolitik" können sie durch den Erwerb bestimmter Bankprodukte „mitentscheiden" in welchen gesellschaftlichen Bereichen die Ökobank investiert. Richtschnur für eine derartige Geschäftspolitik können Impulse aus dem gesellschaftlichen Umfeld der Ökobank sein. Die Ökobank muß dies alles bei gleichzeitiger strenger Beachtung der Bankgrundsätze machen.

11. Sich parteipolitisch nicht festlegen und mithin in eine bestimmte Ecke rücken zu lassen und gleichzeitig immer wieder unbequeme Fragen zu stellen, wird nicht leicht werden. Ob die Ökobank dies schafft, wird neben der Qualität und Kreativität des angebotenen Leistungsprogramms davon abhängen, wie sie mit den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen im Dialog bleibt, daß sich die Ökobank als Dienstleistungsunternehmen für eine politische Bewegung ansieht.

Torsten Martin

Baustein eines europäischen Finanzierungssystemes

Während im Frankfurter Nordend die Mitarbeiter der Ökobank i.G. noch immer auf die Zulassung der deutschen Aufsichtsämter warten, lagen bei der Aufnahme der Ökobank in europäische Gremien nicht so viele Steine im Weg. Seit Januar 1987 ist die Ökobank i.G. assoziiertes Mitglied bei CECOP. CECOP steht für Comité Européen des Coopératives de Production (europäisches Komite der Produktivgenossenschaft) und wurde 1979 von damals 19 Mitgliedsorganisationen in Manchester ins Leben gerufen. Es hat seinen Sitz in Brüssel und inzwischen über 25 Mitglieder. Gründungsidee ist die Informationsvernetzung und Erfahrungsaustausch im Bereich der Produktivgenossenschaften und selbstverwalteten Betrieben auf EG-Ebene gewesen. Realisiert wurde sie beispielsweise durch gemeinsame Ausbildungskurse für selbstverwaltete Betriebe, Know-How-Transfers, Austausch von wirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Erfahrungen. Ziel dieser Anstrengungen ist die Verbreitung der Genossenschaftsidee und damit den europäischen Markt der neuen Kooperativen zu ebenen.

Ein Instrument zur Umsetzung ist das europäische Finanzierungssystem. Größtes Problem bei der Neugründung von selbstverwalteten Betrieben oder bei der Übernahme durch Selbstverwaltung ist der Zugang zu geeigneten Finanzierungsmitteln. Die Politiker und die europäischen Institutionen stehen den neuen Kooperativen, die Arbeitsplätze schaffen, bisher gleichgültig gegenüber. Element eines europäischen Finanzierungssystemes für Kooperativen ist der Fonds de Garantie Européen (FGE). Dieser Fonds wird Kreditbesicherungsgarantien für EG-Darlehen bzw. Mittel der Banque Européenne d'Investissement (BEI) stellen können und damit den Zugang zu Krediten auf dem traditionellen Finanzmarkt schaffen, die sonst unerreichbar bleiben. Mit einer Beteiligung nationaler genossenschaftlicher Finanzinstitutionen an dem FGE-Pool wird das Kreditrisiko der einzelnen Kreditnehmer gestreut entsprechend dem prozentualen Anteil.

Als CECOP-Mitglied will sich die Ökobank an dem Fonds de Garantie Européen beteiligen. Im März 1985 hatte bereits das erste Treffen der an der Gründung interessierten Institutionen in Rom stattgefunden, am 20. März dieses Jahres war die Ökobank i.G. erneut zu einem Treffen nach Brüssel eingeladen. In Verbindung mit CECOP hat Task Force PME (eine „Spezialeinheit", die sich aus verschiedenen Generaldirektionen der EG zusammensetzt) eine Gruppe von französischen Wissenschaftlern gebeten, eine Studie über die Möglichkeiten und Durchführbarkeit eines europäischen Finanzierungssystemes zu erstellen. Ein Zwischenbericht der Studie wurde den Teilnehmern des CECOP-Treffens im März vorgelegt. Dieser Bericht gibt einen Überblick über länderspezifische rechtspolitische Rahmenbedingungen der Produktivgenossenschaften und selbstverwalteter Betriebe. Auf dem nächsten Treffen im Juni 1987 soll weiter über Instrumente und Probleme der Eigen- und Fremdmittelfinanzierung diskutiert werden.

Zu begrüßen wäre es, wenn die Ökobank oder Mitglieder des Ökobank-Vereines weiterhin regelmäßig an den Treffen von CECOP teilnehmen. Für die Ökobank ist die Beteiligung an dem FGE interessant, es könnten damit beispielsweise selbstverwalteten Betrieben Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, die sonst nach Vorschriften des deutschen Kreditwesengesetzes nicht fließen würden. Außerdem könnten mit der Ökobank als finanzieller Zwischenträger in Kooperation mit CECOP/FGE weitere Strukturfördermittel für regionale Projekte „lockergemacht" werden. Mit Hilfe dieses europäischen „Netzwerkes" sollen auch transnationale Gemeinschaftsprojekte finanziert werden, abgesichert durch den europäischen FGE.

Mit CECOP und den angeschlossenen Instrumenten kommt die Alternativbewegung gemäß der Maxime von Marilyn Ferguson „Global denken, lokal handeln" ihren Idealen ein Stückchen näher, indem sie sich gedanklich in europäischen Dimensionen bewegt und auf der Mikroebene Projektideen in die Tat umsetzt.

Antonia Simon

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Naturkosthandel in der Zerreißprobe

Jochen Reinalda

Red. Rhein/Main. Seit ihren ersten Anfängen 1972 wurden in der Bundesrepublik und Westberlin mehr als 1.000 Naturwarenläden gegründet. Mit viel Engagement und zunehmenden kaufmännischen Kenntnissen entstand ein urwüchsiges Netz von Herstellern, Importeuren, Großhändlern, Regionalverteilern, Läden und Food Coops. Heute setzt der Einzelhandel jährlich schätzungsweise zwischen 300 und 500 Millionen um. Nicht zuletzt diese Tatsache hat den konventionellen Handel auf die offensichtliche Marktlücke aufmerksam werden lassen: Die Handelsspannen scheinen durchaus interessant zu sein ... Hinzu kommen diverse Umweltkatastrophen, die das Ernährungsbewußtsein und das allgemeine Interesse an gesunder, unverstrahlter Nahrung noch gesteigert haben. Dazu der „Konventionelle" Wolfgang Maurus, Geschäftsführer des 1300 qm großen Bio-Supermarktes „Vita-Kauf" im Gespräch mit: „Die AVA, Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, steht mit all ihren Märkten im Dienste des Verbrauchers und versucht, auch diese Lücke durch den Gesundheits-Fachmarkt mit über 7000 Artikeln zu schließen." So einfach ist das!

Das wohl kaum unerwartete Engagement der „Konventionellen" hat zur größten Zerreißprobe seit Bestehen des Naturwarenhandels geführt: Manche Ware in den Supermärkten ist Pseudo-Bio und als solche für den Kunden kaum erkennbar. Andere Ware ist echtes Bio von Lieferanten und Bauern, denen nun die Läden die Zusammenarbeit aufkündigen. Diesen wiederum wird vorgeworfen, daß sie durch mangelnde Professionalität und fehlendes Verantwortungsbewußtsein für die gemeinsame Sache nicht in der Lage seien, den steigenden Bedarf für gesunde Ernährung und umweltfreundliche Produkte zu decken.

Klaus Wagener vom ‚alternativen' Bundesverband Naturkost im Gespräch mit CONTRASTE: „Die Läden wollen nicht, daß in konventionelle Supermärkte geliefert wird – so von wegen große ökologische Bewegung – und vergessen dabei, daß es die nie gab. So beziehen manche Läden von Herstellern, die Supermärkte beliefern, nur weil diese ein paar Pfennig billiger sind. Es gibt keine beidseitige Solidarität!"

Auf Wiedergabe des Gesprächs haben wir aus Platzgründen verzichtet, stattdessen hat Klaus Wagener einen eigenen Beitrag verfaßt. Darin umreißt er die im Bundesverband geschmiedeten Pläne, die eine effiziente Neugestaltung des alternativen Naturwarenhandels ermöglichen sollen.

Oswald Paulig, Verbandsvorsitzender des Revisionsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, bemüht sich, in seinem Beitrag eine Brücke zwischen traditionellen Genossenschaften und der Naturkostszene zu bauen. Beeindruckend analysiert er Gemeinsamkeiten und Unterschiede, leitet daraus eine Reihe von interessanten Vorschlägen ab, z.B.: „Beide Seiten sollten nicht traditionelle Genossenschaften Flächen in oder vor Läden an Naturkostgenossenschaften untervermieten, die dort auf eigene Rechnung tätig werden."

Weiterhin plädiert er für die genossenschaftliche Rechtsform als basisdemokratisches Bindeglied zwischen Erzeuger, Händler und Verbraucher.

Burghard Flieger entwickelt aus seiner Kenntnis des traditionellen Genossenschaftswesens, konventioneller und alternativer Marketing-Strategien das Konzept eines „Ökologischen Marketings für den Naturwarenhandel". Das Konzept beruht auf dem Prinzip der Machtbalance, der Möglichkeit zur wechselseitigen, vertrauensvollen, verbindlichen Einmischung und Unterstützung. Als großes Problem sieht Burghard die eindimensionale Produktorientiertheit bei Produzenten, Handel und Verbraucher, die ein Entstehen von Solidarität und Zusammenarbeit erschwert.

Eines wird in allen Beiträgen deutlich: Um zu überleben und sich weiter auszudehnen, wird der alternative Naturwarenhandel in den kommenden Jahren kämpfen und eingefahrene Denkweisen und Strukturen abstreifen und verändern müssen. Auffällig ist, daß einzelne Läden und Regionalvertreter anscheinend für das klare Feindbild der Bio-Supermächte richtiggehend dankbar sind und sich daran herzhaft abarbeiten.

Viel schwieriger, dafür aber auch wesentlich sinnstiftender als der Kampf gegen, war schon immer der Kampf für eine Sache. Er erfordert nicht nur Phantasie, Kreativität und Power, sondern auch die Bereitschaft zur Zusammen-Arbeit, zur solidarischen Auseinandersetzung, zum Lernen, zur (eigenen) Veränderung. Genau hier greift das von Klaus Wagener umrissene – ansonsten gute – Konzept des Bundesverbands Naturkost zu kurz: Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind zwei Seiten derselben Medaille! Wenn es nicht gelingt, auch soziale Aspekte bei der Vermarktung von Naturprodukten zu berücksichtigen, wird sich die heute noch alternative Naturkostszene wohl nur vorläufig als seriöser Partner der Konsumenten behaupten können. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann der konventionelle Handel – z.B. über eine Qualifizierungsoffensive seiner Mitarbeiter, die Etablierung eigener Qualitätszeichen und Symbole sowie Kompetenzzuwachs bei der Verbraucheraufklärung – diesen kleinen Vorsprung aufgeholt hat.

Nicht nur das Produkt ist wichtig, sondern auch die damit verbundenen Produktions, Arbeits- und Handelsbedingungen!

Diese Aussage – nach innen ernst genommen, nach außen als Teil einer ökologischen Marketing-Strategie vertreten – ist wohl die einzige Möglichkeit, auch langfristig Marktanteile zu halten und auszudehnen. Sie basiert auf dem Vorhandensein und der Förderung einer ‚alternativen Wirtschaftsmoral' bei allen Beteiligten: Produzenten, Handel und Konsumenten. Ein sicherlich mühsamer, aber auch spannender und lohnender Prozeß, der für die beteiligten Menschen immer neue Impulse und Anforderungen mit sich bringt und eine permanente Auseinandersetzung mit dem Produkt, sowie den betrieblichen und menschlichen Entwicklungen unumgänglich macht.

In der Juli-Ausgabe von CONTRASTE wird die Diskussion um die Zukunft der Naturkost fortgesetzt. Dabei geht es im Wesentlichen um Food-Coops und Einkaufsgemeinschaften, die – als Selbsthilfegruppen organisiert – in der Naturkostszene eine heftig umstrittene Sonderposition einnehmen.■

Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher-AG

INTERVIEW

mit Wolfgang Maurus von Vita-Kauf, Bielefeld

CONTRASTE: Die AVA Bielefeld startete im Februar 1986 mit der Eröffnung des ersten Vita-Kauf-Supermarktes eine Offensive auf dem Naturkostwarenmarkt. Welche Erwägungen und Erwartungen standen und stehen dahinter?

Maurus: Auf die verhältnismäßig schnell und stetig steigende Nachfrage nach gesundheitlich orientierten Produkten und Dienstleistungen war die gesamte Handelslandschaft in der Bundesrepublik nicht vorbereitet, bzw. man traute den Forderungen und Aussagen der Verbraucher nicht recht. Die typischen bestehenden Fachhandelsgeschäfte waren selbstzufrieden, und vor allem waren sie nicht bereit, aus alten verkrusteten Ideen und Angebotsformen neue fortschrittliche Konzepte zu entwickeln. Verbände und Organisationen in dieser Szene waren und sind untereinander zerstritten und finden keinen gemeinsamen Nenner, um in einer Gemeinschaft stark zu werden.
Zwischenzeitlich häuften sich die Hiobsmeldungen in den Medien (Wasser-, Umweltbelastungen, Chemie im Essen, Recycling-Probleme, Tschernobyl, etc.).Der dramatische Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen drängte den Verbraucher immer zwingender in Richtung Vorsorge und Selbstmedikation.
Das entsprechende Angebot war gar nicht oder nicht ausreichend vorhanden. Für den Verbraucher klaffte hier eine Lücke, denn die Deckung des täglichen Bedarfs war nur mit großem Zeit- und Kostenaufwand zu erreichen.
Die AVA steht mit all ihren Märkten im Dienste des Verbrauchers und versucht, auch diese Lücke durch den Gesundheits-Fachmarkt mit über 7000 Artikeln zu schließen.

Wurden Ihre Erwartungen erfüllt und welche Konsequenzen wollen Sie aus den bisherigen Erfahrungen ziehen? Planen Sie wesentliche Verbesserungen, Veränderungen oder Erweiterungen?

Unsere Erwartungen wurden bisher noch nicht voll erfüllt, jedoch der Zuspruch und die stetig steigende Kundenzahl zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Unsere Erfahrungen sind vielschichtig und reichhaltig und werden zum Nutzen des Verbrauchers Schritt für Schritt in die Praxis umgesetzt. Kurzfristig haben wir z.B. jetzt einen Versandhandel aufgebaut, um auch die vielen Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet befriedigen zu können.

Gab es von Ihrer Seite Versuche der Zusammenarbeit mit der „alternativen" Bio-Szene? Wie sind die Erfahrungen mit „alternativen" Händlern und Herstellern, kommt es mehr zu Konkurrenzen, einem Nebeneinander oder zu sinnvollen Ergänzungen?

Diese Frage läßt meinen Blutdruck jedesmal höherschnellen, denn ich darf nicht daran denken, welche Hindernisse uns in den Weg gelegt werden. In der fast zweijährigen Vorbereitungsphase haben wir natürlich mit Organisationen, Herstellern und Großhändlern der sog. „ alternativen Bio-Szene" verhandelt, um ein sinnvolles Nebeneinander zu erreichen. Hier muß ganz klar gesagt werden, daß es zum großen Teil die reine Zeitverschwendung war. Viele Fachgeschäfte – hier besonders die Bio-Läden mit ihren entsprechenden Lieferorganisationen – leben leider immer noch in ideologisch verkrusteten Scheinwelten, und jegliches betriebswirtschaftliches Denken wird verdrängt oder ist nicht vorhanden. Es gibt allerdings auch eine ganze Anzahl von Herstellern und Lieferanten in dieser sog. „Szene", die über den Tellerrand hinausblicken. Mit diesen arbeiten wir sehr gut zusammen.

Wie beurteilen Sie die Zukunftschancen der „alternativen" Bio-Szene? Sehen Sie für diese Betriebe eine Chance , auf Dauer zu bestehen, wenn sich verstärkt traditionelle Unternehmen für den Bio-Markt interessieren? Wie müßten diese sich nach Ihrer Einschätzung verhalten?

Diese Frage könnte ich kurz beantworten mit dem Aufruf: „Liebe Lädner, macht nur so weiter!!". Ich will's mir aber nicht einfach machen, sondern mit allem Nachdruck noch einmal darauf hinweisen, daß bei einer sinnvollen Zusammenarbeit alle Beteiligten – ob Verbraucher, Handel oder Hersteller – zu einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis kommen. Eigentlich müßte die „alternative Bio-Szene" jetzt bereits dankbar sein für die Aufklärungsarbeit, die wir mit unseren werblichen Mitteln leisten.

Das Interview führte
Burghard Flieger

Mahlzeit

Wer von den CONTRASTE-Leser/inne/n in Naturkostläden einkauft, kennt sie sicherlich: die „MAHLZEIT", ein monatlich erscheinendes Informationsblatt, herausgegeben von der ökologischen Verbraucherberatung.

Die Aufmachung der Zeitung wirkt in ihrem grünschwarzen Druck auf dickem Umweltschutzpapier genauso „handfest" wie Vollkornnudeln... und darum geht es ja auch: um gesunde Ernährung, ökologische und biologische Anbauweisen und alles, was sich sonst um das Stichwort „Naturkost" dreht.

Neben ganz konkreten Verbraucherhinweisen, Nahrungsanalysen, Produktvergleichen (Herstellungsweise, Schadstoffbelastung, Preise), Kontaktadressen von Verbänden und Organisationen bis hin zu Kochrezepten und Billig-Ernährungstips kann der/die Naturkostbegeisterte sich anhand der jeweiligen Schwerpunktthemen durch fundierte Berichte über wirtschaftliche Entwicklung, Realität und Zusammenhänge von herkömmlicher Nahrungsmittelproduktion und alternativem Naturkosthandel informieren.

Themenbeispiele:
Alternativer Handel, Vollwertkost in Großküchen, Honig im Vergleich, „Fleischeslust", Naturkost für Arme, Milchseen und Butterberge, 3. Welt, Pestizide ...usw....

Die Mahlzeit erscheint im 5. Jahr und ist ein Beitrag, der Trennung zwischen Erzeuger-Innen, Händlern und VerbraucherInnen entgegenzuwirken. Ein Schritt auf den Weg, umwelt- und menschenfreundlicher zu leben.

Die Mahlzeit wird gratis in den Naturkostläden verteilt. Sie kann aber auch abonniert werden für DM 20 (im Jahr) bei: MAHLZEIT Vertrieb, Anratherstr. 300, 4150 Krefeld.

Wer mehr als ein Exemplar haben will (Betriebe, Projekte, Zentren), kann die Lieferbedingungen bei o.g. Adresse anfordern.

Na denn, prost „Mahlzeit"!
BINE

»Echt Bio«

Die Zukunft der Naturkost

Klaus Wagener, Bundesverband Naturkost

Naturkost für alle und überall! Wer wollte das nicht, daß alle Menschen sich gesund ernähren und noch dazu auf diese Weise etwas für die Umwelt täten? Biologischer Landbau ohne Chemie, Landschaftspflege, gute soziale Handelswege möglichst direkt zum Verbraucher, preisgünstig, ja, preisgünstig!

Mit diesen Idealen zu leben hieße, denNaturkosthandel in seiner jetzigen Form überflüssig zu machen. In der jetzigen Form als ein Privileg einiger Alternativler von Anbauern, über Händler zu Käufern, nur weniger Andersdenkender, die irgendwo einen Vorsprung haben. Und damit sind wir dann auch schon im Zielkonflikt: Wer daran arbeitet, sich "eigentlich" überflüssig zu machen, gerät sehr schnell an seine eigenen Existenzängste. Was tun, wenn es Naturkost wirklich überall, in jedem Supermarkt z.B., gibt? Wo bleiben wir dann im Konkurrenzdruck mit unserer Alternativität? Dann lieber doch den Handel dicht machen, damit nicht auch der Aldi und der Tengelmann....! Kampf den Supermärkten! Was da für eine Energie reingeht, die wir an anderer Stelle vielleicht besser brauchen könnten. Aber mal der Reihe nach:

Dies hier ist doch eine Zeitung für Selbstverwaltete Betriebe und Projekte, auch irgendsowas Alternatives. Und ich schreibe über einen Handel, der sich das Beschaffen „alternativer " Waren für eine „alternative" Ernährung auf die Fahnen geschrieben hat. Da möchte ich gerne mal persönlich werden. Seht euch mal um in eurer Bertriebsküche, welche Waren da stehen. Wer von euch kauft denn in Naturkostläden oder über eine Coop? Nach meiner Erfahrung die wenigsten. Warum nicht?

Der Preis. Rechnet ihr auch noch immer nach, daß Naturkost viel zu teuer ist? Und das nach Seveso, Bhopal und Basel (Sandoz)? Drei Katastrophen durch Landbau-Chemikalien! Hübsch auf Staatskosten ausgetragen, der meiste Teil des Schadens. Oder die Dünger-Nitratwerte in den Brunnen, die Verödung unserer Landschaften, das massenhafte Absterben ehemaliger autarker „Projekte", der Bauernhöfe. Das zu verhindern, ist Teil des Naturkostgedankens, der, weil praktiziert, sich im Preis bemerkbar macht.

Dann gibt es noch die Vegetarier, die den Fleischkonsum durch Milch und Käse, Quark und Joghurt ersetzt haben. Die gute Kuh gibt das alles aber nicht ohne zu kalben. Und die Hälfte der Kälber etwa sind „männlich". Soll man die verkompostieren? Die Biobauern sind gezwungen, das Fleisch ihrer Tiere an konventionelle Esser über konventionelle Märkte zu verkaufen. Ein defizitäres Geschäft angesichts des überdurchschnittlichen Aufwandes, den sie mit der Aufzucht treiben. Mehr als 50 % höhere Kosten bei nicht viel höherem Erlös. Und das, wo die Höfe zu mehr als 80 % von der Spanne beim Verkauf tierischer Produkte leben. Was tun? Dann werden die pflanzlichen Produkte, Gertreide, Gemüse vor allem, und Obst eben teurer.

Wo kauft ihr ein liebe Leute, die ihr alternativ sein wollt? Doch nicht etwa im Supermarkt oder beim Diskounter. Welche Strukturen unterstützt ihr denn da? Na gut, irgendwie ist einem da ja nicht behaglich bei, aber dann tut man es doch... Krismamurti sagt: „Hör einfach auf damit".

Wie sieht eure Ernährung aus? „Normal", mit Brotweinmüsli-Zulagen aus dem Naturkostladen? Konsequente , vollwertige Ernährung ist nicht teurer als konventionelle Ernährung. Das wissen die, die damit leben, aus täglicher Praxis. Wer über die Preise einzelner Zutaten stöhnt, braucht dies meist als Alibi für die Enthaltsamkeit! Also: Ausprobieren, es geht doch!

Und, liebe Leute, auch die Aldi-Wurst kommt von Viechern aus Massentierhaltung Käse, Milch und Eier ebenfalls.

Die Zukunft der Naturkost bedeutet, Zusammenhänge aufzuzeigen. Deutlich machen, daß die Ernährung das Ding unseres Alltags ist, das wir am meisten beeinflussen können im alltäglichen Handeln. Hier lohnt es sich, alternativ, anders zu sein. Wenn erst mal alle, die in Alternativprojekten arbeiten, alle Grünen und Grünwähler, Naturkostkunden wären, welche Freude!

Die Erzeuger geraten unter Druck, ihr Gertreide ist gefragt, der Supermarkt interessiert sich mehr und mehr für „problemlose" Produkte, Müsli, Flocken. Das Gemüse aber will er nicht: Nachfrageverzerrung. Die Esser wollen Käse und Milch. Das Fleisch aber wollen sie nicht. Die EWG macht mit Quoten das Leben zusätzlich schwer. Und mit Subventionen für Großindustrien, pardon, Großbauern, die jetzt auch „bio" werden wollen.

Die Läden geraten unter Druck: die Verbraucher wollen niedrigere Preise. Sie sind die Konkurrenz-Subventions-EG-Niveau-Preise gewöhnt und vergleichen die Preise im Laden mit denen im Supermarkt. Das hat schon Tante Emma umgebracht. Die Erzeuger wollen höhere Preise. Und der konventionelle Handel kommt auch so nach und nach.

Das Zünglein an der Waage sind die Käufer. Von staatlicher Seite ist da kaum was zu erwarten, also gilt es, selbst Kräfte zu entwickeln, um auf den Markt Einfluß zu nehmen. Dazu gehört:

1. Aufklärung der Verbraucher und Käufer über das, was Naturkost bedeutet, über Ernährung und Eßgewohnheiten, über die Umweltsituation und ihre Beeinflussung durch das Kaufverhalten.
2. Qualifizierung der Naturkostladenfreaks zu Naturkostfachhändlern und -händlerinnen.
3. Festlegen der Qualitäten im Naturkosthandel, an welchen sich auch die Konventionellen messen lassen können und Absichern des Fachhandels durch entsprechende Symbole und Erkennungszeichen.

Die Aufklärung

Ungefähr 10% von dem, was in einem Naturkostladen steht, brauche ich für meine Ernährung. Das übrige Sortiment ist schon als Kompromiss zu sehen für die Käufernachfrage, für Umsteiger und Inkonsequente. Was haben Sojafleisch, Succanat, Carobschokolade, Fruchtschnitten, Instantkaffee aus Getreide im Naturkostladen zu suchen?

Es gilt, ein **gutes Marketing** zu entwickeln, in dem Läden als Mittler zwischen Erzeuger und Verbraucher die Schlüsselrolle erhalten bei der Produktion und Verteilung sinnvoller Waren.

Die Qualifizierung

Mit guten Ideen und viel Idealismus haben alle mal angefangen, hoffe ich. Inzwischen zeigt sich, daß ein bißchen kaufmännische Betriebsführung nicht schaden kann, daß Wareninformationen nötig sind, Kenntnisse im Umgang mit Personal erworben werden müssen, daß wir uns selbst verändern müssen, wenn sich unser Laden verändern soll. Das hilft, Reibungsverluste zu mindern, Kosten einzusparen und die Spanne zu erhöhen.

Festlegen der Qualitäten

Früher war "bio", was der liebe Josef oder der Klaus als solches ausgaben. Heute muß definiert, kontrolliert, garantiert werden. Zum größten Teil als Selbstschutz. Denn alle handeln mit Bioprodukten, aber die wenigsten sind wirklich welche. (Ich will auch kein Bioprodukt sein. d. Lek.) Der Staat schickt sich, zögernd zwar, an, in Verordnungen und Gesetze zu pakken, was denn nun als "bio" gehandelt werden darf. Dabei mitreden zu können, heißt, genau beschreiben zu können, objektivieren und kontrollierbar machen.

Wer soll das alles leisten?

Der Bundesverband Naturkost ist dabei, eine neue Struktur zu schaffen, in der das möglich werden soll. Basisdemokratisch aufgebaute, autonome Verbände der Ladner, Großhändler, Hersteller und Verarbeiter in Zusammenarbeit mit den Anbauverbänden und Verbraucherorganisationen sollen sich zu einer gemeinsamen Interessenvertretung unter einem Dach zusammenfinden. Es wird ein effektives Marketing geben, eine gute Aus- und Fortbildung für Naturkostladner, ein gemeinsames Erkennungszeichen und gute Mittel, die Spreu vom Weizen zu trennen – vor allem durchschaubar auch für Kunden, die nicht erst ein Buch lesen wollen, um zu wissen, ob das jetzt wirklich "echt Bio" ist.

Eine eingerichtete Planungsgruppe hat alle Interessierten zur Mitarbeit aufgerufen. Die Resonanz ist sehr groß. Allein von den Läden werden zur Zeit schon etwa die Hälfte am Prozeß der Neustrukturierung beteiligt. Es zeichnen sich erste Tendenzen ab, wie der Naturkosthandel in Zukunft aussehen könnte. Es war Absicht, nicht fertige Konzepte vorzustellen, sondern alle an der Frage zu beteiligen, wie sich ihre Zukunft gestalten soll. Dieses offenbar ungewohnte Vorgehen hat auch erst Erstaunen, dann große Begeisterung ausgelöst und hat dazu geführt, daß sich fast einhundert Ladner engagieren und an der neuen Strukturarbeit mitwirken. Diese einhundert Ladner sind von Ladentreffen delegiert, so daß etwa 700 bis 1000 Läden an der Neugestaltung mitarbeiten.

Die Aufgaben, die der neue Verband haben soll, sind bereits recht klar ersichtlich, die künftige Struktur ist noch nicht so klar. Auch das ist neu: die Planungsgruppe hat keine Satzung oder sowas vorgelegt, sondern sammelt erst einmal Meinungen dazu, welche Aufgaben der neue Verband haben soll. Erst wenn diese klar sind, soll eine Struktur entwickelt werden, die optimal geeignet ist, diese Aufgaben in die Tat umzusetzen. Eine Vorgehensweise, die es geschafft hat, viel Energie und Kraft freizusetzen, wirklich mal etwas Neues zu entwickeln, orientiert an den Bedürfnissen derer, um die es geht.

Der Naturkosthandel steckt mitten drin in der Arbeit für die nächsten Jahrzehnte. Das, was hier passiert, könnte richtungsweisend werden auch für andere Branchen. Naturkost hat Zukunft – sie beginnt jetzt! ■

Am 13. Juni in Hamburg-Harburg

Öko ~ Markt

– Erzeuger verkaufen Ihre Bioprodukte von 10–18 Uhr
– Gastvortrag von Dr.med. M.O. Bruker um 19 Uhr

Am Sonnabend, dem 13.Juni 1987, 10 bis 18 Uhr, wird es im Kulturzentrum Rieckhof, Rieckhoffstr. 12, 2100 Hamburg 90, einen Öko-Markt geben, auf dem sich alles um ökologisch erzeugte Lebensmittel dreht.

Bauern und Gärtner aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen werden über ihre Anbaumethoden informieren, ihre Produkte ausstellen und verkaufen.

Naturkosthandel und verarbeitende Betriebe werden mit einem breiten Angebot vertreten sein: so z.B. Bäcker mit herzhaftem Brot und saftigem Kuchen; Käse, Honig, Säfte, Salatplatten, Wein und Bio-Bier werden zu bekommen sein.

Erzeuger - Verbraucher - Gemeinschaften, die Verbraucherzentrale Hamburg, verschiedene Umweltschutzgruppen wie z.B. der „BUND" mit seiner Ausstellung „Biologischer Land- und Gartenbau" und seinen UmweltberaterInnen, die AOK-Hamburg mit ihrem Gesundheitszentrum und der Ernährungsberatung nebst der Ausstellung „Ballaststoffé" stellen sich vor und berichten über ihre Arbeit.

Für Kinder wird es ein eigenes Programm geben, z.B. das Öko-Mobil aus Stade.

Die Veranstalter haben das Ziel, den Absatz und Verzehr ökologisch erzeugter Lebensmittel zu fördern. Es soll auf dem Markt gezeigt werden, daß der ökologische Landbau mit seinen Methoden einen Beitrag dazu leisten kann, die Umwelt weniger zu belasten, und daß wir als Verbraucher die Möglichkeit haben, an einem zentralen Punkt – der täglichen Nahrung – etwas gegen die Vergiftung unserer Umwelt zu tun.

Eintritt ist frei.

Ab 19 Uhr wird der bekannte Mediziner und Ernährungsexperte Dr. med. M.O. Bruker, Autor u.a. des Buches „Unsere Nahrung – unser Schicksal" und Chefarzt des Krankenhauses Lahnhöhe in Lahnstein, einen Gastvortrag zum Thema: „Gesundheit ist ein Informationsproblem" halten.

Eintritt: 2,– DM

Bio-Lebensmittel und Verbraucherschutz

Seminar der „Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit" und der „Verbraucherinitiative"

Seit einiger Zeit ist Naturkost der große Renner, ebenso wie Biowaschmittel und Biopflegemittel und anderes. ‚Natur', ‚Ökotest', ‚Brigitte' und viele andere bringen es uns näher.

In dem Versuch, sich biologisch angebaute und ohne Zusatzstoffe verarbeitete Nahrungs- und Lebensmittel zu beschaffen, unternehmen Verbraucher/innen eine ganze Menge. Sie organisieren sich in Food-Coops, fahren zu den Erzeugern, nehmen Fahrtwege zu Naturkostläden und evtl. höhere Preise in Kauf.

Je mehr mensch sich aber damit beschäftigt, desto häufiger fällt auf, daß die Bezeichnungen unklar und verwirrend sind:‚Bio-ghurt', ‚Naturreis', ‚Ökowaschmittel', **Umweltfreundliche** Tüte', ‚**Reform**kost'. Das Sprachbabylon ist perfekt. Darüberhinaus kostet ‚Bio' auch noch mehr als ‚Öko'.

Auf Anbieter und Gesetzgeberseite werden Versuche unternommen, klare Verhältnisse im Wust der sog. Biolebensmittel und eindeutige, gesetzlich geregelte Bezeichnungen zu schaffen, die nur bestimmte Anbieter verwenden dürfen. Bleibt die Frage:

Zum Schutz der VerbraucherInnen oder um die eigenen Marktanteile zu sichern?

Dieser und damit zusammenhängenden Fragen wie: Möglichkeiten der Selbstorganisation und Kontrollfunktion im Biolebensmittelbereich soll auf dem Seminar nachgegangen werden, und Möglichkeiten tatsächlichen Verbraucherschutzes überprüft werden.

Termin: 26.-28. Juni 1987
Zeit: 18 Uhr bis 16 Uhr
Information und Anmeldung:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstraße 204
5300 Bonn 1 (Graurheindorf)
Telefon: 02 28/67 46 63

Das ganze Chaos live jeden Abend ⇨ 19–23 Uhr auf UKW 100,6 MHz

RADIO 100

ENDLICH:
Mit 5,– DM monatlich könnt ihr uns unterstützen, damit wir auch weiterhin mittenmang sein können.

Auch ich will Abonnent/in von RADIO 100 werden.
RADIO 100, Potsdamer Str. 131, 1000 Berlin 30
Name .....
Adresse .....
den Beitrag für **3 Monate (15 DM)**
6 Monate (30 DM)
1 Jahr (60 DM)
habe ich auf euer Konto ... **Nr. 180 00 903 Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 RADIO 100** ... überwiesen
Schickt mir schnellstens euere Programmzeitung
Unterschrift ..... Datum .....
Hörer/innenabschnitt

Traditionelle Konsumgenossenschaften und Naturkostbewegung

Der Autor des nachstehenden Artikels ist Verbandsvorsitzender des Revisionsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., dem gesetzlichen Prüfungsverband für Konsumgenossenschaften und Verbrauchergenossenschaften aller Art. In diesem Verband sind auch einige Naturkostgenossenschaften Mitglied, z.B. NATURATA-Genossenschaften. Der Autor beschreibt das Verhältnis von traditionellen und neuen Genossenschaften und stellt Überlegungen über die Zukunft der Naturkostszene an.

Oswald Paulig

Die Mitte des letzten Jahrhunderts entstandene Konsumgenossenschaftsbewegung und die neuen, in den letzten Jahren gegründeten Naturkostinitiativen haben zahlreiche historische Berührungspunkte:

- Die Konsumgenossenschaften sind seinerzeit von Arbeiter- und Handwerkerfamilien als Selbsthilfeeinrichtung gegen das Monopol von Lebensmitteleinzelhändlern und gegen das seinerzeit noch verbreitete sogenannte „Trucksystem", das die Arbeiter in immer größere Abhängigkeit zu ihren Arbeitgebern brachte, gegründet worden. Auch die neuen Naturkostinitiativen wollen die festgefügte, zwar von diversen Unternehmen betriebene, jedoch weitgehend einheitliche Lebensmittelversorgung durchbrechen. Sie wollen der „Auswahl" zwischen den Supermärkten verschiedener Anbieter eine ganz andere Alternative entgegensetzen.
- Die Konsumgenossenschaften wollten damals, ebenso wie die Naturkostinitiativen heute, andere und bessere Lebensmittel an ihre Kunden liefern. Damals wie heute ging es um die Qualität der Waren, wie ein historisches Beispiel belegt: Bereits im Jahre 1877 hat der „Consum-Verein Stuttgart" regelmäßig Lebensmitteluntersuchungen durchführen lassen und die Ergebnisse veröffentlicht. Aus diesen Veröffentlichungen kann man entnehmen, daß im Zucker mitunter nicht nur Mehl, sondern auch Kreide und Gips zu finden waren, daß Butter manchmal bis zu 26% aus Nichtfetten bestand und gelegentlich neben Mehl auch Leinwand- und Baumwollfasern enthielt. Die Naturkostinitiativen sind nicht zuletzt als Reaktion auf immer neue Lebensmittelskandale entstanden.
- Die Konsumgenossenschaften haben sich zunächst nicht nur auf die Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen beschränkt. Es ging ihnen auch um die Suche nach einem gemeinsamen und besseren Leben. Ihre Gründung war u.a. eine Reaktion auf die Auflösung der Großfamilie und die Vereinzelung des Menschen im aufstrebenden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts; sie wurden vielfach von bereits bestehenden Arbeiterbildungsvereinen gegründet. Auch die neuen Naturkostinitiativen entstehen häufig aus bereits funktionierenden Zusammenschlüssen, wie z.B. Elternschulen, Bürgerinitiativen etc.
- Traditionelle Konsumgenossenschaften und neue Naturkostinitiativen verfolgen nicht nur materielle Ziele (günstige Preise, gute Qualität, breites Sortiment, Naturbelassenheit), sondern verfolgen auch eine ideelle Zwecksetzung. Die Konsumgenossenschaften sind auf das engste mit der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden; sie gelten neben Sozialdemokratie und Gewerkschaften als deren dritte Säule. Die Naturkostinitiativen beschränken sich nicht darauf, möglichst naturbelassene Waren zu erzeugen und zu verteilen, sondern wollen zugleich auch die Ursachen für die Umweltzerstörung beseitigen.

Diese historischen Berührungspunkte legen es nahe, sich näher mit den Konsumgenossenschaften zu beschäftigen und ihre stürmische Entwicklung von 1860 bis 1930 daraufhin zu untersuchen, wie eine ähnliche Dynamik für den Naturkosthandel entwickelt werden kann. Auch die Schwierigkeiten, in denen sich die Konsumgenossenschaftsbewegung seit Mitte der 50er Jahre befindet, lohnen eine genaue Untersuchung, um gleichartige Fehler zu vermeiden. Darüberhinaus haben Konsumgenossenschaften und Naturkostinitiativen auch aktuelle Berührungspunkte. Teilweise sind sie als Genossenschaften in der gleichen Rechtsform tätig. Zuweilen entwickeln sich zwischen ihnen Konkurrenzängste, und möglicherweise kann es zu einer Kooperation zwischen traditionellen und neuen Genossenschaften kommen. Diese an sich notwendige genaue Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Trennendem kann an dieser Stelle schon aus Platzgründen nicht geleistet werden. Interessierte müssen auf die inzwischen recht umfangreiche Literatur verwiesen werden. Einige Beispiele:

- **HASSELMANN**, Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, co op-Verlag, Hamburg
- **HASSELMANN**, Von der Lebensmittelassoziation zur co op, co op-Verlag, Hamburg
- **WEUSTER**, Theorie der Konsumgenossenschaftsentwicklung, DUNCKER und HUMBLOT-Verlag, Berlin.
- **JÖSCH**, Konsumgenossenschaften und Food-Cooperatives, DUNCKER und HUMBLOT-Verlag, Berlin.

Aus der Sicht der traditionellen Konsumgenossenschaften und aus der Erfahrung der Verbandsarbeit mit traditionellen und neuen Genossenschaften können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

Genossenschaftlicher Verbund

Die traditionellen Genossenschaften sind vor allem aufgrund des genossenschaftlichen Verbundes so zahlreich geworden. In ihrer großen Mehrheit sind sie nicht das Ergebnis eher zufälliger Initiativen oder des Engagements von Einzelpersonen, sondern sind Folge zielgerichteter Gründungsbestrebungen von Konsumgenossenschaftsverbänden überall im damaligen Deutschen Reich. Demgegenüber ist die Verbundbildung im Naturkostsektor wenig ausgeprägt bzw. zersplittert und auf Sonderfragen, wie die Kontrolle des biologischen Anbaus und die Warenzeichenverwaltung, beschränkt. Ziel müßte es sein, mehr Bezugspunkte für gemeinsames Handeln zu schaffen, ohne etwa die Konsumgenossenschaftsbewegung sklavisch nachahmen zu wollen. Es erscheint z.B. schwer vorstellbar, daß die warenwirtschaftliche Zusammenarbeit, wie bei den Konsumgenossenschaften Anfang des 20. Jahrhunderts geschehen, in einer „Großeinkaufsgesellschaft" zusammengefaßt wird. Gleichwohl muß erkannt werden, daß die Warenbeschaffung für die Naturkostinitiativen ein großes Problem ist.

Warenbeschaffung

Ein transparenter Markt für naturbelassene Lebensmittel und nach ökologischen Gesichtspunkten hergestellte Bedarfsgegenstände ist noch nicht vorhanden. Hersteller und Abnehmer sind noch zu weit auseinander. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht mit einfachsten Mitteln Beschaffungsprobleme von Abnehmern und Absatzprobleme von Herstellern gemildert werden können. So ließe sich z.B. mit sehr geringem technischem Aufwand (kleiner Personalcomputer und Telefon) eine Informationsstelle für Angebot und Nachfrage von Waren einrichten. Gerade Erzeuger - Verbraucher - Gemeinschaften haben große Probleme, für einen kontinuierlichen Warenfluß zu sorgen.

Ausbildung von Mitarbeitern

Der traditionell ausgebildete Einzelhandelskaufmann ist in einem Naturkostladen völlig überfordert. Die von ihm geforderte Beratungsleistung kann er ohne weitere Ausbildung nicht bieten. Den „Naturkosteinzelhändler" gibt es nicht. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht gemeinsame Aus- und Fortbildungsprogramme verschiedener Naturkostinitiativen hilfreich sein könnten. Es stellt sich weiter die Frage, ob nicht durch den Austausch von Mitarbeitern sinnvolle Weiterbildungsmöglichkeiten im Naturkosthandel geschaffen werden können. Im Rahmen eines solchen Austauschprogrammes könnten Mitarbeiter z.B. eines in Norddeutschland überwiegend im Trockensortiment handelnden Ladens mit Mitarbeitern eines in Süddeutschland vor allem mit frischen Waren handelnden Ladens für eine gewisse Zeit tauschen. Bei minimaler Kostenbelastung können sich beide während des Austauschprogrammes weiterbilden und neue Erfahrungen sammeln.

Eine Naturkostökonomie entwickeln

Ökonomische Fragestellungen sind im Naturkosthandel völlig unterentwickelt. Insbesondere fehlt die Vergleichsmöglichkeit mit vergleichbaren Initiativen. Im Rahmen eines solchen „Betriebsvergleichs" kann es nicht darum gehen, im traditionellen Lebensmitteleinzelhandel bewährte Daten miteinander zu vergleichen. Es muß darum gehen, einen ganz eigenen, auf die Besonderheiten des Naturkosthandels und seinen erhöhten Beratungsaufwand abgestimmten „Betriebsvergleich" zu entwickeln. Die im Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. tätigen Naturkostgenossenschaften sind an einem solchen Vergleich interessiert. Da die Datenbasis bislang zu klein ist, käme es darauf an, daß weitere Naturkostunternehmen bei einem solchen Informationsaustausch mitwirken wollen.

Öffentlichkeitsarbeit

Hier gibt es bereits vielversprechende, teilweise auf bestimmte Verbände beschränkte Ansätze und auch übergreifende Publikationen, wie z.B. die „Mahlzeit". Es fehlt allerdings an Öffentlichkeitsarbeit, die auf eine Verbreiterung des Naturkostsektors gerichtet ist. Neue Naturkostläden entstehen entweder aus privat-wirtschaftlichem Eigeninteresse von Einzelpersonen oder zufällig durch gemeinsames Handeln, z.B. aus einer Elternschule heraus. In grossen Städten sind die kaufkräftigen Stadtteile zwar schon gut mit Naturkostläden versorgt; teilweise herrscht hier wohl schon eine ausgesprochene Konkurrenzsituation. Kleinere Orte und Randlagen sind aber nach wie vor Naturkostwüste. Eine Offensive zur flächendeckenden Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Naturkost und die Gründung entsprechender Initiativen ist nicht erkennbar. Dabei würden alle Naturkosterzeuger und -verbraucher von einer solchen Verdichtung profitieren, weil sie zwangsläufig mit einer Herstellungs- und Vertriebskostensenkung verbunden wäre. Dort, wo sich neue Initiativen entwickeln, sind sie vielfach auf sich allein gestellt. Hier könnten Patenschaftsmodelle sicherlich helfen.

Kooperation mit traditionellen Konsumgenossenschaften

Eine solche Kooperation ist sicherlich nicht ganz einfach. Sie sind zwar keine direkten Konkurrenten, und die Behauptung, daß etwa die traditionellen Genossenschaften neue Naturkostgenossenschaften behindern wollten, ist nachweislich falsch. Das Gegenteil ist richtig. Im Revisionsverband werden die neuen, sehr kleinen Genossenschaften durch die Solidarität der traditionellen, großen Genossenschaften gefördert, indem sie z.B. den Verband nur mit Anerkennungsbeiträgen finanzieren müssen. Auch die praktische Hilfestellung, z.B. bei der Einrichtung des Ladens mit ausgemustertem Material, kann im Einzelfall organisiert werden. Eine darüber hinausgehende Kooperation ist aber sicherlich problematisch. Denn obwohl keine unmittelbare Konkurrenzsituation zwischen Konsumgenossenschaften als Teil des herkömmlichen Lebensmitteleinzelhandels und Naturkostsektor besteht, sind selbstverständlich auch die traditionellen Konsumgenossenschaften an diesem Marktsegment interessiert. Diese Interessenüberschneidung schließt eine regelrechte Zusammenarbeit aus. Unterhalb einer gemeinsamen Warenwirtschaft sind aber Kooperationsmöglichkeiten denkbar. Beide Seiten sollten prüfen, ob nicht traditionelle Genossenschaften Flächen in oder vor Läden an Naturkostgenossenschaften untervermieten, die dort auf eigene Rechnung tätig werden.
Mit dem Hinweis auf die teilweise Interessenüberschneidung ist zugleich die Frage nach der Zukunft der Naturkostinitiativen gestellt. Die großen Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen werden sich dieses Marktsegments in Zukunft verstärkt annehmen. Naturkostwaren sind bislang vom Umsatzvolumen her zwar noch relativ bedeutungslos. Aber auch der traditionelle Lebensmitteleinzelhandel hat erkannt, daß hier Wachstumschancen liegen. Es erscheint allerdings fraglich, ob dem traditionellen Einzelhandel ein Nebeneinander von herkömmlichen und naturbelassenen Lebensmittel und sonstigen Waren gelingt. Aus der Sicht des Verbrauchers ist bei einer Ergänzung des herkömmlichen Sortiments um Naturkostprodukte nämlich sowohl die Glaubwürdigkeit in bezug auf die Naturbelassenheit der Naturkostprodukte infrage gestellt als auch die Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Unbedenklichkeit des herkömmlichen Sortiments an Lebensmitteln. Bezeichnenderweise sind die „Naturkost-Discountwaren" des Großanbieters REWE–LEIBBRAND unter dem ohnehin aus wettbewerbsrechtlichen Gründen bedenklichen Markenzeichen „Biolan" wieder verschwunden. Trotz dieser Glaubwürdigkeitsprobleme stellen die Bemühungen des traditionellen Lebensmitteleinzelhandels, in den Naturkostbereich einzudringen, eine Bedrohung für Naturkostinitiativen dar. Diese Versuche werden auf Dauer nur abgewehrt werden können, wenn die herkömmlichen Lebensmittler von der Beschaffung nachweislich naturbelassen hergestellter Produkte ausgeschlossen bleiben. Hersteller und Händler solcher Produkte müssen sich darüber im klaren sein, daß sie nur eine gemeinsame Zukunft haben. Wenn DEMETER, BIOLAND, NATURATA und sonstige Anbieter sich dem herkömmlichen Lebensmittelhandel gegenüber öffnen, ist der Naturkosthandel in seiner Existenz jedenfalls langfristig gefährdet und die Naturkosthersteller werden über kurz oder lang in die Abhängigkeit großer Handelsketten geraten.

Gemeinsam handeln?

Der Aufschwung und die derzeitige relative Schwäche der Konsumgenossenschaften zeigen, daß wichtiger als das Nachdenken über mögliche Organisationsformen eines Verbundes die **Übereinstimmung in der Zielbestimmung und im praktischen Handeln ist.** Unterstellt, daß die von herkömmlichen Lebensmittelhandel drohenden Gefahren nur gemeinsam abgewehrt werden können, sollte über die praktikable Organisation des Verbundes beraten werden. In diesem Zusammenhang bietet sich aus der Sicht einer genossenschaftlichen Einrichtung naturgemäß vor allem die genossenschaftliche Rechtsform an. In ihr können Verbände (DEMETER, BIOLAND etc.), Erzeuger und Händler Mitglied werden. Die Genossenschaft eignet sich auch insofern, als ihre mitgliedschaftlichen Bindungen auch zur Vertriebsbindung benutzt werden können, ohne die Pluralität der unterschiedlichen Verbandsströmungen infrage zu stellen. Zur Diskussion steht mit Blick auf die Geschichte der Konsumgenossenschaften also die Frage, ob gemeinsame Probleme und Interessen in einem genossenschaftlichen Verbund gemeinsam gelöst werden können. ■

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine mit beschränkter Haftung.
Der Sitz der Gesellschaft ist Hamburg.
Der Gesellschaftsvertrag datirt vom 16 März 1894.
Der Gegenstand des Unternehmens ist: Consumvereinen und sonstigen Wirthschaftsvereinigungen, Colonialwaaren, Producte und Fabrikate in der Lebensmittelbranche, Lebens-, Haushaltungs- und Wirthschaftsbedürfnisse durch Ankauf oder andere Handelsgeschäfte gut und preiswerth zu beschaffen.
Das Stammcapital beträgt M. 34,500.—. Willenserklärungen und Zeichnungen für die Gesellschaft müssen, wenn ein Geschäftsführer vorhanden ist, durch diesen, wenn zwei vorhanden sind, durch beide Geschäftsführer erfolgen, oder, wenn Prokuristen ernannt sind, durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen.

„Hamburger Nachrichten" vom 1. April 1894
Auszug aus dem Handelsregister

»Ökologisches Marketing«

Zukunftschance für den alternativen Naturkosthandel?

Burghard Flieger

Ökologie und Umweltschutz haben Konjunktur. Ihre Vermarktung kennt kaum noch Grenzen. Ist da nicht die Verknüpfung von Ökologie und Marketing zu einem Begriff der Gipfel des Perfiden? Dies ändert aber nichts daran, daß auch selbstverwaltete und umweltorientierte Betriebe dem Zwang unterliegen, Marketing zu betreiben. Mit den folgenden Überlegungen zum Ökologischen Marketing wird versucht, Anstöße zur Entwicklung eines anspruchskonformen Konzeptes zu geben. Die Suche nach Möglichkeiten, Inhalt und Struktur, also naturbelassene Lebensmittel und Formen der inner- und außerbetrieblichen Kooperation, zu verknüpfen, steht im Vordergrund.

Marketing für die traditionelle Wirtschaft gibt sich offen und progressiv. Seit mehreren Jahren wird es verstärkt von der klassischen Verkaufsstrategie abgegrenzt. Während letztere versucht, vorhandene Produkte zu verkaufen, nach dem Motto „koste es, was es wolle", beansprucht Marketing, dem altehrwürdigen Begriff der Verbrauchersouveränität gerecht zu werden. Unternehmen produzieren danach die vom Konsumenten geforderte Ware und maximieren so das Wohl der Verbraucher. Gewinnerzielung erscheint in diesem Zusammenhang nur als angenehme Begleiterscheinung.

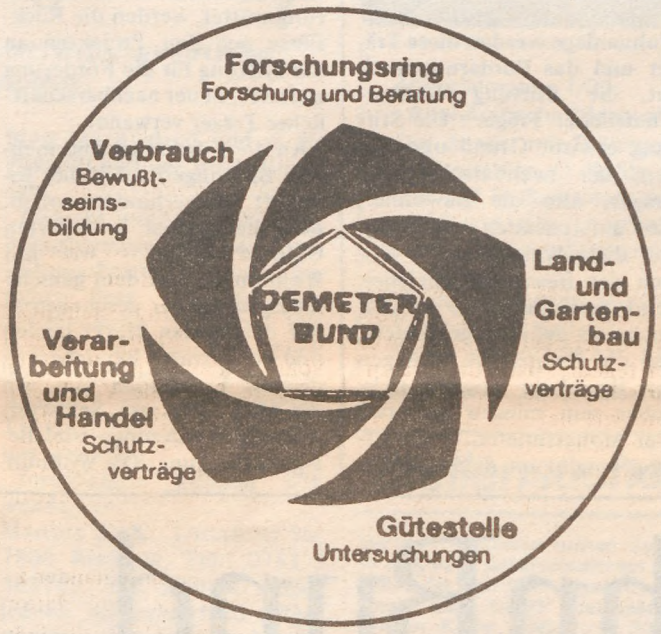
Eine solche Art des Marketings scheint auf den ersten Blick akzeptabel zu sein, wird hier doch auf „Verführung" und Manipulation der Verbraucher verzichtet. Bei genauer Betrachtung entdeckt man jedoch die Entlastungs- und Rechtfertigungsfunktion eines solchen Konzepts: Nicht das einzelne Unternehmen, sondern die Konsumenten selbst werden für die Auswirkungen der heutigen Lebensmittelproduktion verantwortlich gemacht. Belastungen der Umwelt durch Technisierung und Chemisierung der Erzeugung, sinkende Nahrungsmittelqualität mit den entsprechenden Folgen hat sich der Verbraucher selbst zuzuschreiben. Ökologisches Marketing hat den Anspruch, diese Abschiebung von Verantwortung zu vermeiden, indem jeder entsprechend agierende Betrieb sich für die Qualität seiner Produkte auch in Bezug auf die Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt verantwortlich zeigt.

Dieser inhaltlich-materielle Aspekt des Ökologischen Marketings wird im alternativen Naturkosthandel weitgehend erfüllt. Ist doch Verantwortungsübernahme Ausgangspunkt seiner Entstehung. Die verschiedenen Anbauverbände wie Biokreis, Bioland, Naturland und Demeter und ihre „Rahmenrichtlinien für die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten aus ökologischem Anbau in der BRD", überwacht durch eine verbandsübergreifende Aufsichtskommission, sind Garant für die Berücksichtigung des inhaltlich-materiellen Aspektes. Auch die vielen darüberhinaus existierenden „Markenzeichen" im naturbelassenen Lebensmittelhandel können als Hinweis gewertet werden, daß eine eigene Produktethik in diesem Marktsektor für sehr wichtig gehalten wird.

Soziale Ökologie als „Denkweise"

Soll Marketing anders organisiert werden, muß eine andere Denkweise zugrundegelegt werden. Im Sinne von Murray Bookchin könnte dies eine soziale Ökologie sein, die sich um eine ganzheitliche Sichtweise bemüht und die versucht, die ökonomischen Beziehungen einer Gemeinschaft im Sinne eines Gerechtigkeitsanliegens zu gestalten. Es gilt also, nichthierarchische, netzähnliche, mehrdimensionale oder kreislauforientierte Kommunikations- und Austauschstrukturen zu schaffen. Nach einem solchen Verständnis sollen Forschung und Entwicklung, Erzeuger, Groß- und Einzelhandel, Verbraucher sowie politische Initiativen an der Entwicklung sich wechselseitig stützender Beziehungen arbeiten, um der Utopie einer ökologischen und selbstverwalteten Gesellschaft ein Stück näher zu rükken.

Auch wenn im Naturkostbereich sich vielfältige Formen der Zusammenarbeit herausgebildet haben, stehen die Produkte und nicht Kooperation oder gar Selbstverwaltung im Vordergrund. Kooperation und Selbstverwaltung sind eher Mittel zum Zweck. Ihnen wird nicht wie beim Ökologischen Marketing ein Eigenwert zugebilligt. Die Folge ist eine starke Aufgliederung und Zersplitterung des Naturkostbereiches. Individuelle Interessen und ökonomische Konkurrenzen werden weitgehend ideologisch ausgetragen. Ausgrenzungsdiskussionen wie bei den Food Coops oder Öffnungsüberlegungen, beispielsweise gegenüber Supermärkten wie Tegut, gehören zur Tagesordnung. Diese Tendenz verschärft sich, da immer mehr traditionelle Lebensmittelkonzerne den Naturkostmarkt für sich entdekken.



Gleichzeitig gibt es allerdings keine alternative Branche, in der so viele neue Kooperationsformen entwickelt und praktiziert werden. Hilfsgenossenschaftliche Zusammenschlüsse in Form von Anbauringen, Handelsgenossenschaften, Food Coops haben schon „Tradition". Zwei der interessantesten Beispiele, die Ansätze für den strukturell-organisatorischen Aufbau eines Ökologischen Marketing-Konzeptes enthalten, stammen aus dem Naturkostbereich: Die Idee der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und der Demeterbund. Beide Formen ermöglichen und erfordern eine Kooperations- und Stützungsintensität, die vorbildhaft ist. Als Modell der Absatz- und Bestandssicherung lassen sich aus ihnen entscheidende Anregungen gewinnen, aber auch Problem- und Schwachpunkte herausarbeiten.

Die Idee der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft

Bei der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft handelt es sich um einen vertraglich vereinbarten Zusammenschluß zwischen Produzenten und Konsumenten unter Ausschluß des Handels. Der mehr oder weniger anonyme Markt wird ersetzt durch das Prinzip der Verhandlung. Unterschiedliche Interessen werden – vom Anspruch her – nicht einseitig durchgesetzt, sondern finden in Form von Kompromissen ihre Berücksichtigung. Ziel ist die Absatzsicherung für die Produzenten und die Beschaffungserleichterung für die Konsumenten.

Bisher blieb die Idee der Erzeuger - Verbraucher - Gemeinschaft weitgehend Fiktion. Gemeinsame Produktionsplanung und langfristige Abnahmegarantie überfordern „den Verbraucher". Seine Bequemlichkeit und die unvermeidlichen Produktionsschwankungen in der Landwirtschaft sprengen allzuschnell diese auf Überschaubarkeit angewiesene Kooperationsform. Dies ändert nichts daran, daß in Richtung Regionalisierung, Aufbau persönlicher Beziehungen, Information über die Erzeugung zur Verständnisfindung sowie Absatzsicherung und Beschaffungserleichterung gedacht werden muß, auch wenn,oder gerade weil es der Beliebigkeit und Massenauswahl des Supermarktes entgegensteht.

Schafft zwei, drei, viele Demeterbünde

Das Verhältnis von Alternativen und Anthroposophen erinnert in vielen Punkten an die Geschichte vom Hase und vom Igel: Die Anthroposophen sind schon da. Mit dem Demeterbund und den angegliederten anderen Einrichtungen entwickelte sich in den letzten 60 Jahren eine am Ganzheitsprinzip orientierte organisatorische Struktur, von der trotz vieler Wenns und Abers nur gelernt werden kann.

Der Demeterbund als zentrale Stelle wurde mit der Wahrung der Rechte der beiden Schutzzeichen Demeter und Biodyn beauftragt. Er schließt u.a. · Verträge mit Händlern und verarbeitenden Betrieben über die Einhaltung der Verarbeitungsrichtlinien und über die Kontrolle des Warenflusses. Die Anbaurichtlinien für die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise erarbeitete der Forschungsring, der auch der eigentliche Inhaber der genannten Warenzeichen ist. Ergänzend wurde ein Institut zur Erforschung von Fragen der Lebensmittelqualität und ihrer Überwachung gegründet. In ihm ist auch die Gütestelle zur erforderlichen Qualitätskontrolle angesiedelt.

Angestrebt wird eine möglichst direkte Vermarktung vom Erzeuger zum Verbraucher. Aktuelle Überlegungen, Naturkostsupermärkte zu beliefern, stehen dazu im Widerspruch. Abgesichert wird die Lieferfähigkeit durch Verträge mit den Erzeugern, denen umgekehrt auch Abnahmegarantien gegeben werden. Letztlich sind solche Schutzverträge mitausschlaggebend für die relativ hohen Preise. Die Sicherung des Warenflusses geschieht durch ein Netz von Vertragsgroßhändlern. Verbraucher - Vereinigungen für Demetererzeugnisse helfen, Verbraucher in Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Handelsfragen einzubeziehen. Sie sind auch für die Bewußtseinsbildung bzw. Aufklärungsarbeit unter den Konsumenten zuständig.

Durch die Größe des Zusammenhanges ist im Unterschied zur Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft ein vertrautes Verhältnis zwischen dem einzelnen Bauern und einzelnen Verbrauchern nicht mehr gewährleistet. Vertrauen und Sicherung des Absatzes wurden über den Vertrieb von Produkten unter gemeinsamem Namen erreicht. Gemeinsame Bestrebungen werden darüber zum Ausdruck gebracht. Um diese zu verwirklichen, sind in Anbau, Verarbeitung, und Handel persönliche Freiheiten der Beteiligten eingeschränkt. Qualitätsgarantien bei den Produkten können den Verbrauchern nur gegeben werden durch bindende Richtlinien und ein aufwendiges Prüfungssystem.

Zu diskutieren ist nicht der Demeterbund als solcher. Zu analysieren sind vielmehr die dort geschaffenen Strukturen. Kritikpunkte am Demeterbund sollten als Anstoß zum Bessermachen aufgegriffen werden. Dezentralisierung und Demokratisierung , das Mit- und Nebeneinander vieler Bünde, Transparenz der Geschäftspolitik, Offenlegung von Bilanzen und Gewinn sowie die Abführung des letzteren an gemeinsame Einrichtungen mit Diskussionen über deren Verwendung könnten vereinbart werden. Aber lassen sich nicht solche Aspekte Ökologischen Marketings zur Verbesserung der eigenen Glaubwürdigkeit leichter bei anderen einfordern als bei der eigenen Arbeit umsetzen?? ■

Burghard Flieger (Hg.)
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFTEN
oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung

ISBN 3-923126-26-3
340 Seiten, DM 24.–
Bestellung über den Buchhandel oder über:
AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Chips for Müsli
TECHNIK UND AUSSTATTUNGEN FÜR DAS NATURKOSTFACHGESCHÄFT
weil die wenigsten Naturkostläden in Nowosibirsk liegen....
Glastürkühlschränke
Verkaufskühlregale
Verkaufskühltheken
Kühlgeräte, Kassen, Waagen, Preisauszeichner - auch auf Leasingbasis
Adolf Stoll, Wackersteinsraße 6 7417 Pfullingen Tel. 0 07121 73824

MORGENLAND
Pflanzenkost
Naturkostproduktion
Tofu, Seitan u.v.a.
– NATURKOST-ÖKO-PARTY-SERVICE (für ca. 10 bis 1000 Personen!)
– ERNÄHRUNGS - KOCH-KURSE über Tofu- und Seitanherstellung
Dia Vorträge!
Nähere Angaben, Preise, Termine usw. auf Anfrage (bitte Rückporto)
Es werden auch noch verantwortliche Förderer und Teilhaber gesucht.
MORGENLAND
Kurze Straße 1
3406 Leugtern
05593/774

BARNHOUSE –
LEBENSWEG EINER NATURKOST-HERSTELLUNG
1979 mit der „Scheune" fing es an: Neil Reen und Sina Nagl gründen ein Depot für englische Naturkostwaren in München.
1980 die Entwicklung von HONIG KRUNCHY, dem ersten, zuckerfreien Krunchy, mit Getreide aus kontroll. biologischem Anbau nimmt uns ganz in Anspruch: der ‚Klein-Großhandel', der nie einer war, wird aufgegeben.
1981 die Küche wird zu klein, eine verlassene Kellerbäckerei wird gemietet. Zum ersten Mal stehen wir vor einem ‚richtigen' Backofen, bauen die Produktion auf mit selbstgemachten Trockner-Regalen, Küchenquirl und Haushalts-Schweißgerät.
1984 Endlich. Wir ziehen um, sehen mal wieder Himmel und Sonne, nun im ersten Stock, und bauen weiter: Die Handarbeit müssen wir ersetzen durch selbstgebaute, selbstkonstruierte Maschinen – an Industrienormen können wir uns nicht messen. Doch nun geht's schneller, die Qualität wird gleichmäßig, unser Krunchy zum besten, das es gibt.
1985 Sechs Jahre sehr harter Arbeit sind vergangen. Zum ersten Mal können wir einem Dritten Arbeit und Lohn geben, es geht aufwärts. Bald arbeiten wir an der Neuentwicklung von Produkten, bald an einer neuen Maschine, bald als Grafiker, Ausfahrer, Buchhalter ... ... Aber immer mit dem Ziel, barnhouse Produkte noch besser, noch schöner, noch wohlschmeckender, noch ökologischer zu machen.
1986 Nun ist es soweit. Neben dem Getreide kommen jetzt all die Zutaten, die möglich sind, aus kontroll. biologischem Anbau – eine Konsequenz, die uns unumgänglich ist. Ohne Preiserhöhung.
1987 Alle barnhouse Produkte werden zuckerfrei: Als einziges war NUSS FRUCHT KRUNCHY mit Rohrzucker und Honig gesüsst. Diesen ersetzen wir durch den Vollrohrzucker SUCANAT.
Unsere Babynahrung wird auf neue Füsse gestellt: In wiederverschließbarer Dose unter neuem Namen BABY'S VOLLKORNNAHRUNG ist es endlich als das zu erkennen, was es immer war: eine ausgezeichnete Getreidenahrung, ausgewogen im Mineralien-, Ballast- und Eiweißangebot, zum sofortigen Gebrauch.
1987 Wir haben eine lange Entwicklung hinter uns. Sie hat uns und unsere Produkte geprägt.
Und wie dies so ist bei erfolgreichen Geschäften: Viele versuchen nun, uns nachzumachen.
Doch: Qualität muss wachsen können. Daran erkennt man ein gutes Produkt. Wir gehen weiter unseren Weg.
barnhouse naturprodukte gmbh
Oskar-Messter-Str. 14, 8045 Ismaning bei München
Tel. 089/96 43 33

Grell
Alles für den naturgemäßen Land- und Gartenbau
Gesteinsmehle · Algenkalk
biol. Pflanzenpflegemittel
Gartenhäcksler
...für die gesunde Ernährung
BIOLAND-Getreide · Backferment
Spezial-Gärtöpfe · Dörr-Apparate
Getreidemühlen
FRAGEN SIE UNS. WIR BERATEN SIE GERN.
Groß- + Einzelhandel
C. F. Grell Nachf. KG. · Johannisstr. 7 · 2353 Nortorf
Telefon: 04392/4949

Wohnpolitik

Nachbarschaftliche Träger: Teileigentum, Dauerbindung und Selbstverwaltung

Hannelore Schneider

Warum nachbarschaftliche Träger?

Seit über einem Jahrzehnt wird das Angebot preiswerter, alter Mietwohnungen dezimiert. Dafür sorgen eine aggressive Bestandspflege (Luxus- oder Rausschmiß-Modernisierungen), Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Umwidmung von Wohn- in Gewerberaum in Innenstadt-Randgebieten.

Mußten einkommensschwache Mieterhaushalte auch in den Blütezeiten des gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbaues mit dem Wohnraum zufrieden sein, den sie sich gerade leisten konnten, so geht jetzt der Trend für sie gerade abwärts. Sie müssen sich auf immer engerem und schlechter ausgestattetem Wohnraum zusammendrängen.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau, und nicht nur auf dem freien Wohnungsmarkt, wurde ein krasses Mißverhältnis zwischen Wohnkosten und Wohnqualität deutlich. Der Zentralismus in der Verwaltung großer Wohnungsbaugesellschaften vertiefte die Kluft zwischen den Maßnahmen der Angestellten und den Mieterinteressen.

Die Mieterselbstorganisation in nachbarschaftlicher Trägerschaft könnte der verwalteten Wohnwelt praktikable Beispiele entgegensetzen. Die soziale Grundlage der Mieterselbstorganisation in nachbarschaftlicher Trägerschaft ist die frei gewählte Nachbarschaft. Eine Wohngruppe entscheidet sich z.B. dafür, ein Haus oder einen Wohnblock, in dem sie wohnt, gemeinsam zu erwerben und selbst zu verwalten. Oder eine Gruppe entscheidet sich, gemeinsam ein solches Objekt zu suchen, zu beziehen und zu verwalten. Die wirtschaftliche Grundlage ist das kollektive Eigentum am Wohnobjekt sowie dauerhafte Bindungen dieses Eigentums (dazu s.u.).

Die selbstgewählte Nachbarschaft ist bislang immer das Privileg wohlhabender Privatpersonen und kapitalstarker Eigentümergemeinschaften gewesen. Ein Förderungsprogramm für Selbstorganisation und Selbstverwaltung ist notwendig, wenn auch untere Einkommensschichten die Vorteile einer selbst gewählten Nachbarschaft genießen sollen. Zur Idee nachbarschaftlicher Trägerschaft paßt die Programmatik der GRÜNEN Partei, wo Selbstverwaltung und Dezentralisierung als Ziele gesetzt werden. Folgerichtig wurde die Idee des nachbarschaftlichen Trägers im Wohnungsbau von den hessischen GRÜNEN – insbesondere von Jan Kuhnert – aufgegriffen. Er setzte die Gründung einer entsprechenden Förderungseinrichtung in Verhandlungen mit der SPD durch.

„GRÜNE Politik widmet sich besonders den strategisch verstandenen Konzepten von **Selbstverwaltung** und **Dezentralisierung**: Zwischen Staat und Markt soll den Bürgern mehr Handlungsfreiheit und Verantwortung gegeben werden." (Jan Kuhnert). Die Korrektivfunktion des Staates gegenüber dem Markt soll durchaus erhalten und gestärkt werden, aber die Beteiligung der Bürger, z.B. an der Verfügungsgewalt über ihren Wohnraum, ist ebenso zu stärken. Die neue staatliche Förderungsinstitution soll zeigen, daß die Pflege preiswerten Mietwohnungsbestandes und die Vermehrung sozial gebundenen Mietwohnraumes bei größerer Beteiligung der Nutzer möglich ist.

Was ist ein ‚nachbarschaftlicher Träger'?

Die Organisation des nachbarschaftlichen Trägers wird von einer Nachbarschaftsgruppe geschaffen. Ihrem Entschluß, ihre Wohnungen in gemeinsames Eigentum zu überführen, folgt die Gründung einer Genossenschaft, eines Vereins oder einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (ausgenommen: Eigentümergemeinschaft). **Eigentümer der Wohnanlage werden diese Träger und das Förderungsinstitut, die ‚Stiftung Nachbarschaftlicher Träger'.** Die Stiftung erwirbt Grund und Boden, der nachbarschaftliche Träger, also die Bewohner, die aufstehenden Gebäude. Auf diese Weise sind die Kosten der Bewohner entscheidend gemindert. Sie werden nochmals dadurch gemindert, daß die finanziellen Einlagen der Bewohner jeweils nicht höher sein müssen als etwa drei Monatsmieten. Die Stiftung vergibt an den nachbarschaftlichen Träger das Erbbaurecht. Der nachbarschaftliche Träger zahlt dafür Erbbauzinsen, die von der Stiftung wieder zweckgebunden verwendet werden.

Die staatliche Förderung wird verbunden mit gesellschaftlicher Kontrolle und Dauerbindung des nachbarschaftlichen Trägers an eine Wohnraumbewirtschaftung, die sowohl an den Interessen derzeitiger Nutzer, als auch an derjenigen von Wohnungssuchenden orientiert ist.

Die Fördermittel der Stiftung sind ideell und finanziell. Bevor eine finanzielle Förderung eines Wohnprojektes durch die Stiftung beschlossen wird, berät die Stiftung die Nachbarschaftsgruppen, die sich an sie wenden, über die Förderungsbedingungen und die Eigenschaften nachbarschaftlicher Träger.

Die Stiftung bezieht ihre Förderungsmittel aus dem Landeshaushalt. Das Stiftungsvermögen wächst mit dem Erwerb von Grundstücken und durch die Erbbauzinseinnahmen. Wie die Förderungsmittel, werden die Rückflüsse aus den Projekten an die Stiftung für die Förderung weiterer, neuer nachbarschaftlicher Träger verwandt.

An die Förderung sind mehrere Bindungen auf Dauer geknüpft, die verhindern sollen, daß die einmal geförderten Objekte doch – wie mit Wohnungen aus dem gemeinnützigen Sektor geschehen – auf dem freien Markt landen und der privaten Bereicherung dienen. Es handelt sich um die Miet-, Ertrags-, Selbstverwaltungs-, Nutzungs- und Belegungsbindung. Die Wohnungen des nachbarschaftlichen Trägers dürfen in überwiegender Anzahl nur an Mieterhaushalte unter der Einkommensgrenze nach dem II. Wohnungsbaugesetzes vergeben werden (Wohnberechtigte). Wohnräume dürfen nicht in Gewerberäume verwandelt werden. Die Bewohner müssen ihren Wohnraum selbst verwalten. Erträge werden an die Stiftung zur Weitergabe als Förderungsmittel abgeführt. Die Mietpreise sind für Wohnberechtigte niedriger als für die freien Mieter. Letztere zahlen eine Miete knapp unter der örtlichen Vergleichsmiete.

Was ist gemeint mit ‚Nachbarschaft'?

Nachbarschaftliche Träger haben **soziale** und **kulturelle** Beziehungen der Nachbarschaft zur wesentlichen Grundlage, und über sie werden die Wohnverhältnisse der Beteiligten bezahlbar. Dagegen haben die üblichen Träger im Wohnungsbau nur die **finanzielle** Grundlage, denn Wohnungen sind für diese Unternehmen Waren, wie alle anderen Dinge auf dem Markt. Öffentliche Förderung und soziale Bindungen waren bisher nur an diesem marktwirtschaftlichen Prinzip orientiert.

Die Selbstverwaltung der Wohnungsnutzer ist der Kern der besagten sozialen und kulturellen Trägerschaft.

Die Selbstverwaltung des nachbarschaftlichen Trägers hat eine ganze Reihe Vorteile:

- Selbstverwaltung senkt die Verwaltungskosten;
- selbsttätige Bestandspflege richtet sich nach dem Haushaltsbudget der Mieter und Mieterinnen;
- das Nutzungsinteresse der Bewohner und Bewohnerinnen gebietet ihnen, auf das angemessene Verhältnis zwischen Kosten und Qualität zu achten. Hohe Investitionskosten sind keineswegs gleichbedeutend mit guter Qualität.
- Die Anregung des öffentlichen Lebens durch politische, soziale und kulturelle Arbeit bringt wohl weniger Ersparnisse auf der Kostenseite als immaterielle Gewinne.

Der letzte ist ein zentraler Punkt der Selbstverwaltung. Selbstverwaltung hat auch eine kulturelle Bedeutung. Sie beinhaltet eine bestimmte kulturelle Form des Zusammenlebens und die bewußt gestaltete Außenwirkung des nachbarschaftlichen Trägers, zumindest in wohnungspolitischer Hinsicht.

Der Selbstbestimmung der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner von Wohnanlagen in nachbarschaftlicher Trägerschaft stehen gewisse Pflichten gegenüber. Sei es, daß Ehrenämter in der Verwaltung zu bekleiden sind, sei es, daß bei der Nutzung des Wohnobjektes ein Gefühl öffentlicher Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Nachbarschaft und Fremden entsteht. Das bedeutet, der Alltag verändert sich. Für die Angehörigen der Nutzergemeinschaft sind die Verwaltung und das Förderungsinstitut keine fernen Bürokratien, an die nur Forderungen zu stellen sind. Die Verwaltung und die Auseinandersetzung mit anderen nachbarschaftlichen Trägern und mit der Stiftung arbeiten eben so gut, wie die Wohnungsnutzer/innen dort selbst aktiv sind. Die Nutzergemeinschaft ist nicht nur für sich selbst verantwortlich, sondern auch für die öffentliche, breitere Wirksamkeit des Wohnprojektes. Dazu gehört – zumindest exemplarisch – die Auseinandersetzung mit anderen nachbarschaftlichen Trägern, d.h., Verantwortung im Verhältnis zu anderen nachbarschaftlichen Trägern zu übernehmen. Der Stiftungsbeirat, in dem alle Projekte, die von der Stiftung beraten und betreut werden, vertreten sind, wird der eine Kristallisationspunkt dieser Auseinandersetzung sein.

Fortsetzung Seite 15

Forderungen zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechtes (WGG)

Forderungen zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechtes (WGG)

- Abschaffung der Bedürfnisprüfung im WGG
- Eigenes Recht für Kleingenossenschaften (GenG)
- Klare Trennung der Prüfungsaufgaben von der Interessensvertretung im Verbandsbereich; Pluralisierung der Verbände
- Die Institutionalisierung der „Hilfe zur Selbsthilfe"; Förderung der aktiven Gründungshilfe und -beratung
- Bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung von Neugründungen ist differenziert auf deren Besonderheiten (Selbsthilfebereitschaft, Bindungen, soziale und kulturelle Dienste) einzugehen
- Wiederzulassung sozialer und kultureller Leistungen gegenüber Mietgliedern und der Nachbarschaft im WGG; Kontrolle durch Sozialbilanzen
- Zulassung von nicht-wachsenden Bewohnergenossenschaften
- Staatliche Förderung ist zu staffeln entsprechend der Bindungsbereitschaft; die Privatisierung in frei verfügbares Vermögen ist durch Erbbaurecht, Wiederkaufsrecht usw. auszuschließen.
- Die Baupflicht im WGG ist nicht einfach abzuschaffen, sondern ihrem ursprünglichen Gehalt nach als Solidarpflicht auszulegen und in folgenden Varianten alternativ zu interpretieren:
  - Übernahme sozialer, kultureller oder wirtschaftlicher Aufgaben, die entweder „öffentliche Güter" sind oder aber – falls nur bewohnerbezogen – die die öffentliche Hand entlasten;
  - stärkere Vermögensbindung als bisher – in der Tradition des abgeschafften § 8 WGG (Privatisierung nur bei Rückbindung);
  - wirtschaftliche Betreuung und Förderung neu entstehender „selbstnutzender Gemeinschaften" (z.B. durch Eigenkapitalersatz usw.);
  - Solidarabgabe bei reinen Verwaltungsgenossenschaften in einen Verbundfonds;
  - Neubau oder Erwerb von bedrohten Privatbeständen und Überführung in gebundenen Bestand.
- Statt Kostenmiete die einkommensbezogene Wohnwertmiete
- Ausstieg aus dem WGG nur unter den klassischen Bedingungen der Genossenschaft: in Höhe des eingebrachten Kapitals.

(in: WOHN BUND Journal, Nr. 2, Mai 1984)

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift für libertäre Kultur und Politk

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht das reaktionäre Schlagwort vom »anderen Staat« mit Leben zu füllen, also Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.24

★ **Anarchoseminar in Arnoldshain**
★ **VOBO – ja bitte! // Exil – Berliner »Asyl«-Politik**
★ **Prozesse gegen linke Zeitschriften**
★ **Hausbesetzerprozeß Wuppertal** – Prozeßerklärung von Dieter Nelles
★ **Das Tabuthema: Knast in Deutschland** – ein Diskussionsbeginn anhand der Knastthesen der GAL Hamburg ★ **Wahlnachschlag** – UngüLtiG, Trude Unruh und die Geisterfahrer
★ **Über die patriarchalische Struktur unserer Gesellschaft** – von Stefan Schütz
★ **Karl Otten** – oder die expressionistischen Wurzeln unserer Tradition von Herby Sachs
★ **Hans Litten** – eine (seltsam-überarbeitete) Neuausgabe in der DDR von Bernd Siegel
★ **Freilassung von SMOT-Angehörigen in der UdSSR/Libertäre in Ungarn heute** – der Versuch einer Kontaktaufnahme

Einzelnummer: 5.-DM
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

WohnBund

Informationen zum WohnBund

1983 wurde der WohnBund e.V. – gemeinnütziger Verein zur Förderung wohnpolitischer Initiativen – gegründet. 1986 hat sich dieser Bund von Initiativen, Fachleuten und Vereinen (Beratungsvereine, Mietervereine usf.) zu einer Institution entwickelt, deren Vorstellungen in den wohnpolitischen Diskussionen gehört werden.

- im WohnBund haben sich verschiedene **Projekte** zusammengeschlossen. Um nur einige zu nennen: Brunsviga Braunschweig, Cherisy-Kaserne Konstanz, Ökologische Siedlung Herford, Hannover Südstrükken, Wolfgang Borchert Siedlung Hamburg, Rheinpreußensiedlung in Duisburg, Heimat-Siedlung in Frankfurt...
- **Beratung** von Initiativen wird bislang vor allem von regionalen Beratungsvereinen im WohnBund und von Projekten untereinander wahrgenommen. Der Aufbau eines leistungsfähigen, dezentralen Beratungsnetzes scheitert zur Zeit noch an der finanziellen Ausstattung des WohnBunds. Am ehesten wird sich diese Aufgabe in Hessen verwirklichen, dem ersten Bundesland, in dem ein Landesverein, der WohnBund Hessen e.V., gegründet worden ist.
- In **Arbeitsgemeinschaften** oder **Arbeitsgruppen** schließen sich WohnBund-Mitglieder zusammen, um gemeinsam interessierende Fragen zu erörtern, Positionen und Orientierungshilfen für die WohnBund-Arbeit zu erarbeiten. Zu nennen sind etwa die AG's „Bestandspolitik", „industriegebundene Wohnungen", „Gemeinnützigkeitsrecht" u. „Neue Heimat".

Fortsetzung von Seite 14

Der andere Kristallisationspunkt ist die Selbstorganisation der wohnungspolitischen Projekte außerhalb des Selbstverwaltungs- und Stiftungsgremiums. Der WOHN BUND Landesverband Hessen hat sich die Aufgabe gestellt, dieses Forum, das der Stiftungsbeirat darstellt, außerhalb der Stiftung zu organisieren und lebendig zu erhalten. Die Entscheidungen, die im Beirat und in der Stiftung fallen, sollen im WOHN BUND ausführlich diskutiert werden. Gleichzeitig sorgt der WOHN BUND für die gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung wohnpolitischer Projekte und nachbarschaftlicher Träger.

Beispiel:
Mietergenossenschaft Heimat
Die Genossenschaft ist ein zwar untypisches, aber von ihrem Umfang und ihrer Geschichte her bedeutendes Beispiel für einen nachbarschaftlichen Träger. (Einen ausführlichen Bericht haben wir bereits im November '86 in CONTRASTE Nr. 26 veröffentlicht.)

Die Idee der Selbstverwaltung setzte sich erst nach der Gründungsversammlung der Genossenschaft im Vorstand durch. Sie widerspricht dem gültigen genossenschaftlichen Satzungsrecht, weil die Haftungsbestimmungen für Vorstand und Aufsichtsrat die verantwortliche Mitarbeit weiterer Personen in Selbstverwaltungsorganen ausschließen. Mit einem Anhang zur Satzung, in dem sich die ehrenamtlichen Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane selbst ihre Aufgaben stellen, wird ein Kompromiß versucht.

Die Genossenschaft sollte gemeinnützig werden. Das geltende Recht schließt für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften die soziale, politische und kulturelle Betätigung aus. Da aber diese Aufgaben trotzdem erfüllt werden sollten, wurden sie zum Tätigkeitsfeld des Mietervereins nach der Genossenschaftsgründung.

Es gibt nicht nur finanzielle und rechtliche, es gibt auch innere Probleme der Mietervereins- und Genossenschaftsarbeit. Sie muß gegen Vorurteile, Fremdenhaß, Neid auf ‚Trittbrettfahrer' und die Vorstellung ankämpfen, die Gründung der Genossenschaft habe genug Unruhe in das Leben der Mieterinnen und Mieter gebracht. Es sei jetzt an der Zeit wieder Ruhe einkehren zu lassen. Das kleinbürgerliche Ghetto muß demnach noch aufgebrochen und die neue demokratische Kultur entwickelt werden. ■

Über die Autorin:
Sozialwissenschaftlerin, Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen: Soziologie und Sozialpsychologie für Architekten und Planer. 1984 Dissertation ‚Urbanität und Ideologie' in Frankfurt, 1986/87 Arbeit in der Mieterselbstorganisation

UdSSR-Reise

PERESTROJKA UND GLASNOST

sind die Stichworte für ein neues Studienreise-Angebot in die Sowjetunion des Frankfurter Veranstalters ABBAKUS.

Ziel der Reise ist es, die Veränderungen in der UdSSR unter dem neuen Kurs des Staats- und Parteichefs Gorbatschow selbst kennenzulernen. Der Umbau der Gesellschaft (russ.: Perestrojka) und die dafür erforderliche Transparenz (russ.: Glasnost) soll auf Anspruch und Wirklichkeit kritisch beleuchtet werden.

Dazu werden den Teilnehmern neben einem umfangreichen Besichtigungsprogramm zahlreiche Gespräche angeboten, die auch 'heiße Eisen' nicht ausklammern. U.a. soll über die sowjetische Energiepolitik nach Tschernobyl, mit Zeitungsredakteuren über ‚Glasnost', dem Friedenskomitee über die neuen Abrüstungsvorschläge und mit Vertretern der Gewerkschaften über Inhalt und Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik gesprochen werden.

Die Reiseroute umfaßt nicht nur einige der schönsten Städte der UdSSR wie Leningrad, sondern verbindet diese mit dem Besuch markanter historischer Stätten wie in Jalta dem Besuch des Palastes der historischen Konferenz.

Die Reise beginnt und endet in Frankfurt und findet vom 3.–17. Oktober 87 statt. Im Reisepreis ab DM 1.717.- sind der Flug, Unterkunft in Hotels der 1. Kategorie, Vollpension sowie das komplette Programm inklusive aller innersowjetischer Transporte enthalten.

Interessenten können sich bei ABBAKUS in Frankfurt, Tel. 069/74 01 87-8 informieren lassen.

Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

Buch „Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft" in der Endphase.

Parallel zum Seminar „Konflikte in selbstverwalteten Betrieben" des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie vom 30. 4. bis 3. 5. 1987 fand eine 1. Redaktionssitzung zum Buch „Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft" statt. Hauptschwerpunkt der AG lag auf der Überarbeitung der Buch-Konzeption. Die 25 vorliegenden Aufsätze wurden diskutiert und Themenblöcken zugeordnet. Als Gliederungssystem einigten wir uns auf die unterschiedlichen Perspektiven der Verfasserinnen: der eher distanziert theoretischen, der empirischen und der darstellenden, von der Praxis herkommend. Ein Blick ins Ausland und in die Zukunft soll das Buch abrunden.

Gesucht werden noch einige Praxisberichte aus Selbstverwaltungsbetrieben, sowie Berichte über die alternativ-ökonomische Situation von Frauen im Ausland. Auch über Anregungen, Tips und Beiträge zu den anderen Themenblöcken freuen wir uns weiterhin.

Interessierte können sich wenden an:
Martina Racki, Lorettostr.56, 7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 405707. Der Kontakt sollte jedoch möglichst bald aufgenommen werden, da bereits für Ende Juli die Endredaktion angesetzt ist.

Lebenslaute
Am 31. August 1987 werden in Mutlangen und Heilbronn Konzertblockaden als direkte gewaltfreie Aktionen gegen die dortigen Militäreinrichtungen stattfinden. Veranstalter sind die Lebenslaute, eine Vereinigung junger Musiker/innen, die „schöpferisches Leben und Widerstand miteinander verknüpfen" wollen. Informationen über die Aktivitäten der Lebenslaute sind in einer 75-seitigen Dokumentation zusammengefaßt, die für DM 5,– bestellt werden kann bei:
Friedensladen
Bergheimerstr. 125
6900 Heidelberg
oder
Friedensbüro
Neckarhalde
7400 Tübingen

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Kleinanzeigen

Selbständige Unternehmerin, ein Kurs für alle, die es werden wollen, Einzelunternehmerin, Kollektivfrau, Freiberufliche, vom 10. bis 12. Juli 87 in FFH-Zülpich. Tel.: 02252/65 77, Info gegen Rückumschlag, Prälat-Franken-Str. 13

Großes Bauernhaus, Vorharz, Grdst/Wohnfl. 3635/400 qm, 14 Wohnräume, Scheune, Stall, Remise seminarhausgeeignet, v. privat. VB 295.000,–. Tel.: 030/781 31 66 oder 324 17 81

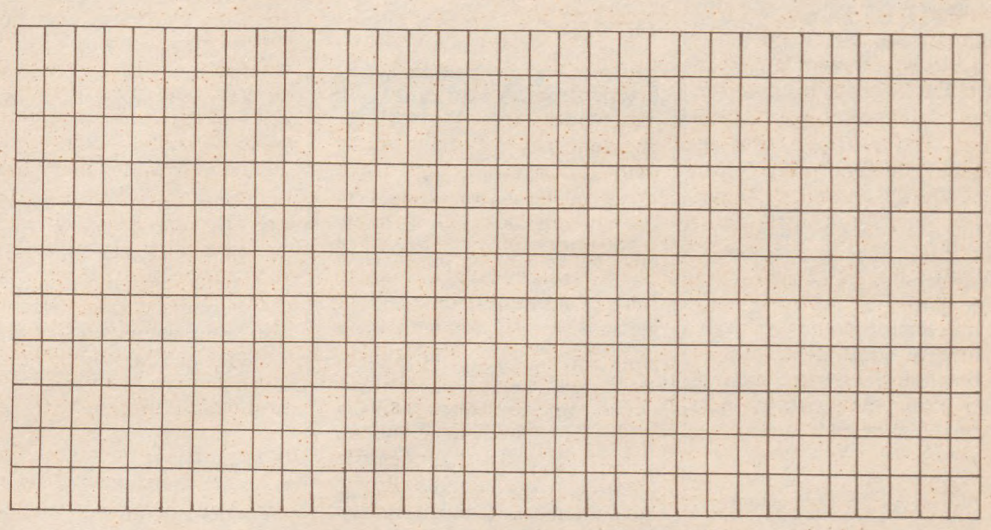
Suche Naturkostladen auf Pachtbasis. Angebote an Rainer Vogel, Viktor Rennerstr. 59, 7400 Tübingen, Tel. 07071/8 74 72 ab 20 h

Schmeißt Bücher und anderes Informationsmaterial zum Thema Umwelt (Ökologie, Soziales, 3. Welt, Gentechnologie, Reisen etc.) nicht weg. Wir suchen Spenden in Form von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften oder Veröffentlichungen aller Art für unsere Umweltbibliothek. Verein zur Förderung der Kommunikation e.V., 7850 Lörrach, Tel. 07621/4 53 14

Raum 41 – Nach meiner Trennung möchte ich nicht wieder warten, bis alles „verarbeitet" ist. Ich – m, 36, 184 cm, 57 kg – suche für mein weiteres Leben eine (die?) Frau, die die Welt mit mir erleben möchte. Chiffre: Erlebnisse

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen**, jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).



Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon . . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Materialmappe 1/87
Anarchistische Pädagogik – Traditionen und Modelle
Der Reader mit Beiträgen von G. Godwin, L.N. Tolstoi, P. Kropotkin, O. Rühle, F. Ferrer, E. Mühsam, G. Dennison und P. Goodman wurde als Arbeitssammlung konzepiert und gibt in prägnanter Weise einen ersten Einblick in die traditionsreiche Geschichte dieser Freiheitspädagogik.
Zusammengestellt von Ulrich Klemm
DM 7,50, 90 Seiten
Bezug über AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Stellensuche

Gärtner, Gärtnerin suchen Stelle in möglichst selbstverwalteten Betrieb oder Hof (bio. organ./dynamisch) zum 1.8.87 oder später. Carsten Kolbe, Siebstr. 2, 3000 Hannover, Tel.: 0511/28 24 54

Suche dringend Kontakt zu Projekten oder Betrieben, die im Bereich Orthopädie- oder Rehatechnik arbeiten. Bin selbst Orthopädiemechaniker/Maschinenschlosser und suche eine Arbeitsstelle oder Projektideen. Henning, Tel.: 040/439 92 47

Verlagskaufmann (25) sucht Arbeit in selbstverwaltetem oder kellektiv betriebenem Buch- oder Zeitschriftenverlag (z.Zt. Student) Andreas Fischer, Hoffstr. 4, 3000 Hannover 21

Suche ab August '87 Ausbildungsplatz in Selbstverwaltetem Betrieb, habe dann das Abitur. Ich möchte gerne handwerklich arbeiten und kann mir eine Ausbildung in den Bereichen Tischlerei, Zimmerei, Dachdeckerei, Gas-Wasser-Installation und Zweiradmechanik vorstellen. Bin auch an Praktika interessiert.
Katharina Dreitzel, Weststr. 14, 48 Bielefeld 1, 0521/122720

Ich bin 34 J., Holztechniker, Tischler- und Drechslermeister und suche mit meiner Partnerin Anschluß, bzw. Kontakt zu Projekten auf dem Land, die im Bereich Ausbildung oder Kunsthandwerk arbeiten. Kai Simonsen, Gut Waldhausen, 3202 Heinde.

Industriekaufmann, sucht Tätigkeit in selbstverwaltetem Betrieb, Raum Düsseldorf/Köln. Telefon: 02101/59 26 92

Student der BWL (HS Bremen) IV. Semester, abgeschl. Lehre zum Kfm. im Groß- und Außenhandel sucht Praktikanten- bzw. Volontärstelle in möglicht selbstverwalteten Betrieb o.ä. Einsatzgebiete u.a. Verwaltung, Kostenrechnung, Fakturierung etc. für die Zeit von ca. Anfang bis Ende Juli 1987.
Bitte Zuschriften an: Thomas Asendorf, Ottilie-Hoffmann-Str. 44, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/21 14 84 oder 21 31 41

Jobs

Frau gesucht, die gegen Unterkunft und Verpflegung mitarbeiten will in Garten, Kneipe, Tagungshaus und Hausausbau. Tel.: 02663/87 97 Regina

Unser Kollektiv sucht engagierte, verantwortungsvolle und qualifizierte Einsteigerin für unser Tagungshaus mit Bildungsarbeit auf dem Lande.
Tel.: 05777/4 36

Schreiner/in mit Berufserfahrung, langfristig gesucht. Meldet Euch schnell 02151/73 52 60, Legno Tischlerei Kollektiv GmbH, Krueserstr. 22, 4150 Krefeld 29

Tischler-Ausbildungsprojekt sucht neue Mitarbeiterin, die Lust hat und in der Lage ist, anstehende Arbeiten bei Aufträgen, Ausbildung, Büro und Projektweiterentwicklung in einer Gruppe mit 5 Leuten ohne Arbeitsteilung mitzuübernehmen. A.G. Bethanien, Berlin, Tel. 030/65 10 12

Selbstverwalteter Betrieb sucht Maurermeister/in. Wir bieten nicht die dicke Kohle, dafür selbstbestimmtes Arbeiten bei gutem Arbeitsklima. ELA-Bau GmbH, Postfach 1202, 6702 Bad Dürkheim, Tel. 06322/2825

Im Rahmen einer wiss. Untersuchung suchen wir Geistes- und Sozialwissenschaftler/innen, die in unkonventionellen, selbstinitiierten Projekten, Betrieben o. Initiativen eine fachadaquate Beschäftigung gefunden haben. Wir bitten um Mitarbeit. Kontakt: Verein für sozialwiss. Praxis, Freiherr-von-Stein-Str. 24–26, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/72 92 45

Dezember – Bau- und Kaffeebrigade für Nicaragua: Ab August dieses Jahres werden wieder Baubrigaden, organisiert von verschiedenen Solidaritätsgruppen, in Nicaragua, Region VI – Matagalpa, arbeiten.
Wir wollen von Berlin für die Monate Dezember 87/Januar 88 eine Brigade zusammenstellen. Wer Interesse hat, daran teilzunehmen, kann bei der Kontaktadresse ein Informationspapier und die Einladung zum 1. Treffen Mitte Juni 87 anfordern.
Kontaktadresse: LAZ, Brigaden, Crellestr. 22, 1000 Berlin 62

versiko
Versicherungsvermittlung

Alfred & Klaus haben einen neuen Namen!

Telefon 02 11 - 27 70 11
Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12
Mitglied im Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden.

Infodienst der Gesundheitsläden

Der Infodienst...
- ◆ stellt wichtige gesundheitspolitische Schwerpunktthemen zur Diskussion
- ◆ dient der inhaltlichen Vorbereitung der Gesundheitsladentreffen
- ◆ ist in den Gesundheitsläden für 3.- DM erhältlich
- ◆ ist zu bestellen wie folgt: überweise den entsprechenden Betrag auf das Sonderkonto Infodienst: PGA Hamburg (BLZ 200 100 20) Kto-Nr. 1037 - 202 und vermerke auf dem linken Zahlkartenabschnitt deutlich deinen Wunsch und deine Anschrift.
- ◆ kostet incl. Porto einzeln: 4.- DM
- ◆ kostet incl. Porto im Abo: Nr. 25 - 29 (1987/88) 20.- DM

Anfragen richtet bitte an:

Infodienst der Gesundheitsläden c/o Bremer Gesundheitsladen e.V. Braunschweiger Straße 53b 2800 Bremen 1
Telefon: 0421 / 498 86 34

Tagungen...Seminare...Treffen

volks uni

8. Berliner Volksuni
5.-8. Juni '87 – Pfingsten
Hochschule der Künste

- Die Entscheidungen stehen an: Perspektiven rot-grüner Politik
- Demokratisierung in der SU – Ende eines linken Alptraums?
- „Popular Planning": lokale Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung
- Anforderungen an eine linke Kulturbewegung
- Postmoderne? Postmarxismus? Was steckt dahinter?
- Neue Beziehungen durch neue Techniken
- AIDS – Ursachen und politische Dynamik einer Seuche

Infos: Volksuni e.V.
Dominicusstraße 3
1000 Berlin 62
Telefon 030 / 784 44 40

Die Kollektive Versicherungsagentur
Alfred + Klaus heißt jetzt
VERSIKO
Versicherungsvermittlung GmbH
Neue Anschrift: 4000 Düsseldorf
Vennhauser Allee 245 T 0211 - 277011

5. landesweites Treffen der SvB-Betriebe Baden-Württemberg

am 4. Juli 1987, ab 10.30 Uhr
im Tagwerk Bauersbach
7115 Kupferzell
Tel. (07944) 21 62

Alternative Computer

vom 17. bis 18. Juni 1987
im Gewerbehof Karlsruhe
Immer mehr selbstverwaltete Projekte und Betriebe denken an die Anschaffung eines Computers oder besitzen schon einen. Dem Einsatz eines Computers gehen dabei kontroverse Diskussionen über Sinn und Unsinn dieses Schritts voraus.
Oft wird in dieser Diskussion die Frage, „mit welchem Ziel wollen wir bestimmte Arbeitsstrukturen verändern und welchen Nutzen soll uns ein Computer bringen", nicht gestellt.
In diesem Seminar wollen wir diese Fragen in Kleingruppen diskutieren, Möglichkeiten eines Computereinsatzes demonstrieren und ein Beratungskonzept vorstellen.
Ein Reader wird nach Anmeldung und Überweisung der Seminargebühr (50 DM) zugesandt.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:
isis
Zähringer Str. 41
7500 Karlsruhe
Tel. (0721) 37 40 22
oder ifas
Schwetzinger Str. 48
6900 Heidelberg
Tel. (06221) 37 31 56

Liebe Leser (innen),
zwar sind wir mittlerweile in der einen oder anderen Bibliothek vertreten, aber es sollen mehr werden, Ihr könnt uns dabei helfen, indem Ihr untenstehenden Coupon ausschneidet, auf eine Postkarte klebt und an Eure Universitäts- oder Stadtbibliothek schickt. Dankeschön!

Betr.: Anschaffungswunsch (Zeitung)

Liebe Bibliothekarin, lieber Bibliothekar,

hiermit möchte ich Sie auf CONTRASTE – Zeitung für Selbstverwaltung – aufmerksam machen und die regelmäßige Beschaffung durch Ihre Bibliothek vorschlagen. CONTRASTE berichtet monatlich aus folgenden Bereichen: Selbstverwaltete Betriebe – Belegschaftsbetriebe – Genossenschaften – Alternative Ökonomie – Projekte in der Dritten Welt – Parteien und Selbstverwaltung – Finanzierung – Sozio-kulturelle Zentren – aus der sozialpolitischen Arbeit u.v.a.m. ...

CONTRASTE erscheint im 4. Jahrgang und hat zur Zeit eine Auflage von 7.000 Exemplaren. CONTRASTE ist im gesamten deutschsprachigen Raum (incl. Schweiz und Österreich) verbreitet.

Ein kostenloses Probeexemplar erhalten Sie bei:
CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung
Gaisbergstr. 97 (HH)
6900 Heidelberg 1

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

AG SPAK

Alfabetisierung

Schreibwochenende zur Erwachsenenalphabetisierung
12. bis 14. Juni 1987
Kinder- & Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
Anmeldung & Information:
HEB
Fruchtallee 7
2000 Hamburg 20

Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Rückblick auf den Gesundheitstag 1987, Ort noch unklar
12. bis 14. Juni 1987
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Lebensgarten Steyerberg e.V.

Kultische Tänze verschiedener Länder
27. bis 28. Juni 1987
Lebensgarten Erfahrungswoche
4. bis 9. Juli 1987
Sommerakademie: Biologisches Bauen
10. bis 23. Juli 1987
Jahresversammlung des Permakultur-Instituts e.V.
24. bis 26. Juli 1987

Information & Anmeldung:
Lebensgarten Steyerberg e.V.
Akazienhain 4
3074 Steyerberg

Kriminalpolitischer AK

Treffen des KRAK
12. bis 14. Juni 1987
Altes Amtsgericht, Fronhausen
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Von der Wiege bis zur Bahre Resozialisierungskonzepte in der Diskussion
26. bis 28. Juni 1987
Altes Amtsgericht Fronhausen
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Übergreifende Tagungen

Bundestreffen der Wissenschaftsläden in Mainz
20. bis 21. Juni 1987
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Gesundheitsläden

Überregionales Treffen der Gesundheitsläden
3. bis 5. Juli 1987
Haus Einschlingen, Bielefeld
Anmeldung & Information:
Gesundheitszentrum Neustadt
Meller Str. 69
4500 Osnabrück
Tel. (0541) 58 90 44
(Do 14 bis 20 Uhr)

21. Bundeskongreß sozio-kultureller Zentren

vom 12. bis 14. Juni 1987 im Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon in Hannover.
Ab April 1987 stehen Programme (incl. Kulturellem Rahmenprogramm) mit Teilnehmerhinweisen etc. zur Verfügung und sind erhältlich bei:
BI Raschplatz e.V.
Lister Meile 4
3000 Hannover 1
Tel. (0511) 34 45 58

IFANOS

Institut für angewandte ökologische Studien

Biotop- und Artenschutz am Beispiel einer reich gegliederten Kulturlandschaft am Albtrauf
Vorstellung verschiedener Vegetationstypen, Sukzession, Erarbeitung von Bewertungskriterien, Problematik des Naturschutzes, Pflegemaßnahmen.
Vormittag und Nachmittag: Exkursion in die Fränkische Alb nordöstlich von Forchheim
Termin: 19. September 1987
Anmeldung bis 7. August 1987

Wochenendseminare:

Bodenökologie
Kennenlernen von Bodenbildungsprozessen und ihren Ursachen, Bodentypen unserer Heimat, Bodenleben und seine Funktion im Stoffkreislauf. Das Seminar hat einen praktischen Teil im Gelände und einen theoretischen im Labor.
Termin: 11. bis 13. Sept. 1987
Ort: Kipfenberg/Altmühltal
Anmeldung bis 1. August 1987
Landwirtschaft
Einführung in verschiedene Agroökosysteme, Besuch konventioneller und alternativer Betriebe in der näheren Umgebung von Ansbach, Problematik Landwirtschaft und Naturschutz, EG-Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf den ländlichen Betrieb.
Termin: 9. bis 11. Okt. 1987
Anmeldung bis 29. August 1987
Ökologie im Haushalt
Energieverbrauch und Einsparmöglichkeiten im Haushalt, Besuch eines Energiesparhauses, Waschmittel, Reinigungsmittel und Kosmetika im Haushalt – Problematik und Alternativen.
Ort: Gröbenzell bei München
Termin: 28. bis 29. Nov. 1987
Anmeldung bis 17. Oktober 1987

Mehrtägiges Fortbildungsseminar

Die Alpen – natürliche Grundlagen, traditionelle Bewirtschaftung und Bedrohung durch den Massentourismus am Beispiel des Nationalparks Berchtesgarden.
Termin: 27.9. bis

Termin: 27.9. bis 3.10.1987
Anmeldung bis 31. Juli 1987

Anmeldung und nähere Informationen schriftlich oder telefonisch bei IFANOS, Austr. 14
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 44 08

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Ensemble Workshop
vom 5. bis 7. Juli 1987
Der musikalische Einsatz elektronischer Klangerzeuger in verschiedenen Musikstilrichtungen
vom 10. bis 12. Juli 1987
Hexenmusik
vom 12. bis 17. Juli 1987
Tango - Wiener Walzer - Samba - Rumba - Cha-Cha - Quickstep - Boogie-Woogie
vom 17. bis 19. Juli 1987
Selbst (um) bauen mit Lehm „Vier Wände sind ein Haus"
vom 19. bis 24. Juli 1987
Steinbildhauerei
vom 24.7. bis 2.8.1987

Das ausführliche Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit

Bio-Lebensmittel und Verbraucherschutz
26. bis 28. Juni 1987
Näheres Seite 11

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaub

Alltagsökologie
15. bis 19. Juni 1987

Wochenendseminare

Windenergie
19. bis 21. Juni 1987
Pflanzengesellschaften
26. bis 28. Juni 1987

Lern-werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrute.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, ein

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:
Name, Vorname . . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . . .
Ort . . . . . .

Spender/in:
Name, Vorname . . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . . .
Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1